

Freie Universität Berlin
Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften
Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft

Masterarbeit

im Masterstudiengang Politikwissenschaft
auf Grundlage der Studien- und Prüfungsordnung vom 08.05.2013

Die Entfristung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“

Eine Untersuchung programmbezogener Faktoren und gesellschaftlicher Entwicklungen

Erstprüfer: Prof. Dr. Eberhard Sandschneider
Zweitprüferin: Prof. Dr. Sabine Kropp

Vorgelegt von: Viktoria Raufer

Abgabedatum: 14.04.2020

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
2. Begriffliches und theoretisches Verständnis.....	5
2.1 Bundesprogramme	5
2.1.1 Entstehung und Definition.....	5
2.1.2 Funktionen und Eigenschaften hinsichtlich Extremismusprävention und Demokratieförderung.....	5
2.1.3 Aufbau, Inhalte und Ziele von „Demokratie leben!“ (2015-2019).....	8
2.2 Evaluation und wissenschaftliche Begleitung.....	13
2.2.1 Definition, Aufgaben und Entstehungskontext.....	14
2.2.2 Herausforderungen	17
2.2.3 Programmtheorien, logische Modelle und Wirkungsketten	18
3. Analyse der Entfristung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“	21
3.1 Die Vorgängerprogramme von „Demokratie leben!“ (1992-2014)	21
3.2 Die wissenschaftlichen Begleitungen der Programmbereiche A bis E (2015-2017)	23
3.2.1 Einordnung der Zwischenberichte der wissenschaftlichen Begleitungen	23
3.2.2 Umgang mit Herausforderungen in der Praxis	27
3.3 Leistungsanalyse der Programmbereiche A bis E (2015-2017).....	29
3.3.1 Programmbereich A.....	30
3.3.2 Programmbereich B	35
3.3.3 Programmbereich C	39
3.3.4 Programmbereiche D und E.....	44
3.4 Gesellschaftliche Entwicklungen in Deutschland (2015-2017)	47
3.4.1 Erkenntnisse aus und zu den Verfassungsschutzberichten.....	48
3.4.2 Studienergebnisse zu extremistischen, fremdenfeindlichen und antidemokratischen Einstellungen	50
3.5 Diskussion: Die Entfristung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“	52
4. Fazit und Ausblick	65

Anhang	68
Literaturverzeichnis.....	87

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abbildung 1: Die Programmstruktur von „Demokratie leben!“ (2015-2016)	68
Abbildung 2: Die Programmstruktur von „Demokratie leben!“ (2017-2019)	69
Abbildung 3: Die Grundstruktur eines logischen Modells	70
Abbildung 4: Multiple Wirkungskette in Mehrebenensystemen (schematisch)	70
Abbildung 5: Untersuchungsdesign der wissenschaftlichen Begleitung für den Programmbereich A von „Demokratie leben!“ (2017)	71
Abbildung 6: Logisches Modell der wissenschaftlichen Begleitung für den Programmbereich B von „Demokratie leben!“ entsprechend der Programmleitlinie (2015)	72
Abbildung 7: Logisches Modell der wissenschaftlichen Begleitung für den Programmbereich C von „Demokratie leben!“ (Stand: September 2017)	73
Abbildung 8: Logisches Modell der wissenschaftlichen Begleitung für die Programmbereiche D und E von „Demokratie leben!“ (2015)	74
Tabelle 1: Bundesprogramm „Demokratie leben!“, 2015-2019	75
Tabelle 2a: „Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt“ (AgAG), 1992-1996	76
Tabelle 2b: Bundesprogramm „Jugend für Toleranz und Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“, 2001-2006	77
Tabelle 2c: Bundesprogramm „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“, 2007-2010	78
Tabelle 2d: Bundesprogramm „kompetent. für Demokratie - Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“, 2007-2010	79
Tabelle 2e: Bundesprogramm „Initiative Demokratie Stärken“ (IDS), 2010-2014	80
Tabelle 2f: Bundesprogramm „TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN“ (TFKS), 2011-2014	81
Tabelle 3a: Einordnung der Zwischenberichte der wissenschaftlichen Begleitungen nach Charakteristika der Evaluationsforschung: Programmbereiche A bis E, Berichtsjahr 2015 ..	82
Tabelle 3b: Einordnung der Zwischenberichte der wissenschaftlichen Begleitungen nach Charakteristika der Evaluationsforschung: Programmbereiche A bis E, Berichtsjahr 2016 ..	82

Tabelle 3c: Einordnung der Zwischenberichte der wissenschaftlichen Begleitungen nach Charakteristika der Evaluationsforschung: Programmbereiche A bis E, Berichtsjahr 2017 ..	83
Tabelle 4: Bundesprogramm „Demokratie leben!“, 2020-2024	84
Diagramm 1: Gesamtanzahl der Personen mit Extremismuspotenzial in Deutschland nach Phänomenbereich des Extremismus (2015-2017)	85
Diagramm 2: Gesamtanzahl der extremistisch motivierten Straftaten in Deutschland nach Phänomenbereich des Extremismus (2015-2017)	86

Abkürzungsverzeichnis

AfD	Partei „Alternative für Deutschland“
AgAG	„Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt“ (1992-1996)
BAFzA	Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben
BAMF	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
BfV	Bundesamt für Verfassungsschutz
BHO	Bundeshaushaltsordnung
BAK	Bundeskriminalamt
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BMFJ	Bundesministerium für Frauen und Jugend (1991-1994)
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (ab 1994)
BMI	Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat
BRH	Bundesrechnungshof
bzT	bundeszentrale/r Träger (Programmbereich C von DL, 2015-2019)
Camino	Werkstatt für Fortbildung, Praxisbegleitung und Forschung im sozialen Bereich gGmbH
DeGEval	Gesellschaft für Evaluation e. V.
DJI	Deutsches Jugendinstitut e. V.
DL	Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ (2015-2019); Bundesprogramm „Demokratie leben! Demokratie fördern. Vielfalt gestalten. Extremismus vorbeugen“ (2020-2024)
ESF	Europäischer Sozialfonds
f-bb	Forschungsinstitut Betriebliche Bildung gGmbH (f-bb), unterhielt bis Mai 2017 das Fachforum von DL
FES	Friedrich-Ebert-Stiftung
GMF	Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit
gsub	gsub - Projektgesellschaft mbH
IDA	Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e. V.

IDS	Bundesprogramm „Initiative Demokratie Stärken“ (2010-2014)
ISS	Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V.
KJH	Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII)
kompetent. für Demokratie	Bundesprogramm „kompetent. für Demokratie - Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“ (2007-2010)
LAP	Lokale Aktionspläne (lokale Gremien zur Umsetzung von Strategien gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus in den Bundesprogrammen VIELFALT TUT GUT. und TFKS; struktureller Vorgänger der Pfd in DL)
LDZ	Landes-Demokratiezentrum/-zentren (Programmbereich B von DL, 2015-2019 und 2020-2024)
LKS	Landeskoordinierungsstelle/n (struktureller Vorgänger der LDZ in DL)
MP	Modellprojekt/e (Programmbereiche D bis J von DL, 2015-2019 und 2020-2024 sowie in den Vorgängerprogrammen von DL)
Pfd	Partnerschaft/en für Demokratie (Programmbereich A von DL, 2015-2019 und 2020-2024)
PMK	Politisch motivierte Kriminalität
SGB VIII	Sozialgesetzbuch, 8. Buch, Kinder- und Jugendhilfe
TFKS	Bundesprogramm „TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN“ (2011-2014)
VIELFALT TUT GUT.	Bundesprogramm „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ (2007-2010)
VV	Vorläufige Verwaltungsvorschriften (BHO)
wB	wissenschaftliche Begleitung/en
ZdT	Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ (BMI)

1. Einleitung

Die rassistisch motivierten Angriffe auf die Unterkünfte von Geflüchteten und Asylbewerber*innen in Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen Anfang der 1990er-Jahre markieren den Ursprung staatlicher Maßnahmen gegen Rechtsextremismus in Deutschland (Bischoff et al. 2017: 13; vgl. Frei et al. 2019: 104). 1992 wurde mit dem „Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt (AgAG)“ erstmals ein Programm gegen Rechtsextremismus in den ostdeutschen Bundesländern initiiert. Seit diesem Zeitpunkt fördert der Bund - mit einer Unterbrechung - Programme zur Extremismusprävention in Deutschland. 2001 wurde dieser Förderschwerpunkt um den der Demokratieförderung ergänzt (BMFSFJ 2016: 7). Demokratieförderung und Extremismusprävention sind daher in Deutschland zentrale Komponenten, um die liberalen Werte der demokratischen Gesellschaft zu sichern, Extremismus vorzubeugen und demokratisches Engagement zu unterstützen (BMFSFJ 2016: 7, 2017: 5).

Das Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“¹ leistete hierzu einen wichtigen Beitrag. Es wurde am 01.01.2015 mit einer Laufzeit von insgesamt fünf Jahren vom *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* (BMFSFJ) initiiert (BMFSFJ 2020a, 2017: 26). In diesem Zeitraum wurden durch das Programm „[...] Initiativen und Vereine [gefördert], die sich für Demokratie und gegen Menschenfeindlichkeit einsetz[t]en“ (BMFSFJ 2019a). In den verschiedenen Programmbereichen von DL wurden „[...] mehr als 600 Projekte mit kommunalen, regionalen und überregionalen Schwerpunkten“ unterstützt (BMFSFJ 2019a).

Gemäß den anfänglichen Planungen sollte DL nach einer fünfjährigen Förderphase am 31.12.2019 auslaufen (BMFSFJ 2019d). Bereits im Mai 2018 wurde jedoch dessen Entfristung von Bundesfamilienministerin Franziska Giffey bekannt gegeben (BMFSFJ 2019a). Der Begriff der Entfristung des Bundesprogramms DL impliziert jedoch keine ab 2020 dauerhaft gesetzlich verankerten Maßnahmen zur Demokratieförderung und Extremismusprävention. Vielmehr bedeutet die Entfristung des Bundesprogramms DL, dass dessen ursprüngliche, zeitliche Limitation (bis 31.12.2019) aufgehoben wurde und dieses Bundesprogramm am 01.01.2020 in eine zweite Förderphase startete. Diese ist jedoch ebenfalls aus rechtlichen Gründen befristet und wird bis zum 31.12.2024 andauern (vgl. BMFSFJ 2019b; BMI 2019: 803). Insofern liegt das Novum dieser Entfristungsentscheidung darin, dass erstmalig das gleiche BMFSFJ-Bundesprogramm in einer zweiten Förderperiode fortgeführt wird, wenngleich mit leicht veränderter

¹ Dies ist die ausführliche Bezeichnung des Bundesprogramms. Die Kurzbezeichnung „Demokratie leben!“ wird nachfolgend, bis auf einige Ausnahmen (z. B. Überschriften, wörtliche Zitate, Sätze, die die Forschungsfrage der Arbeit beinhalten), durch „DL“ abgekürzt. Vgl. das Abkürzungsverzeichnis der Arbeit.

inhaltlicher Schwerpunktsetzung (vgl. BMI 2019: 801-803; BMFSFJ 2019b). Dieses Novum drückt sich in folgendem Zitat aus:

„Damit [mit der Entfristung] wurde die Voraussetzung dafür geschaffen, dass Bundesmittel zur Demokratieförderung und Extremismusprävention auch über 2019 weiter eingesetzt werden können - es ist das erste Mal überhaupt, dass dies passiert“ (BMFSFJ 2019b).

Bisher wurde kein Bundesprogramm des *Bundesministeriums für Frauen und Jugend* (BMFJ; vgl. BMFSFJ 2019c) bzw. des BMFSFJ zur Extremismusprävention und Demokratieförderung entfristet: Die Vorgängerprogramme von DL endeten jeweils nach einer befristeten Förderphase respektive nach einer Transitionsphase.

Im Mai 2018, als die Entscheidung der Entfristung von DL getroffen wurde, lagen allerdings nur die jährlichen Zwischenberichte der wissenschaftlichen Begleitungen der einzelnen Programmbereiche von 2015 und 2016 sowie teilweise aus 2017 vor. Eine abschließende Programmevaluation war damals noch nicht verfügbar, da sich DL inmitten der Durchführungsphase befand. Außerdem wurde von Abgeordneten der FDP eine Kleine Anfrage zum Bundesprogramm DL gestellt (DS 19/6852, vgl. Deutscher Bundestag 2019a: 1-4). Eine der darin enthaltenen Fragen lautete:

„Nach welchen Kriterien wurde vor der Entscheidung der Entfristung des Programms ‚Demokratie leben!‘ die Förderung durch das Deutsche Jugendinstitut oder andere Akteure evaluiert, und inwiefern fließen diese Erkenntnisse in eine Weiterentwicklung ein?“ (Deutscher Bundestag 2019a: 3).

Die Bundesregierung antwortete darauf:

„Das Bundesprogramm ‚Demokratie leben!‘ wird seit dem Beginn der Förderung im Januar 2015 stetig durch das DJI [*Deutsches Jugendinstitut e. V.*] evaluiert. Es untersucht die Umsetzung und die Effektivität der Programmaktivitäten, ordnet sie fachlich ein und bewertet sie. Die Erkenntnisse dieser Evaluierung fließen stets in die Programmentwicklung mit ein“ (Deutscher Bundestag 2019a: 3).

Konkretere Angaben, wie genau evaluiert wird und wie die Programmumsetzung sowie die Wirksamkeit untersucht werden, wurden in dieser Antwort der Bundesregierung nicht gemacht (vgl. Deutscher Bundestag 2019a: 1-4).

Ziel der vorliegenden Arbeit ist demnach, den Fall der Entfristung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ zu untersuchen und einen Beitrag zu ihrer Erklärung zu leisten. Die erste Forschungsfrage lautet daher: Was hat zum Erfolg des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ beigetragen und sprach somit für dessen Entfristung im Mai 2018? Ergänzend lautet die zweite Forschungsfrage: Inwiefern sprachen gesellschaftliche Entwicklungen für eine Entfristung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“? Der Untersuchungszeitraum, auf den die Forschungs-

fragen referieren, umfasst den Zeitraum vor der Entfristungsentscheidung im Mai 2018. Der Fokus der vorliegenden Arbeit liegt auf der ersten Forschungsfrage.

Die gesellschaftliche Relevanz und die Aktualität der Forschungsfragen lassen sich erstens dadurch begründen, dass der vorliegende Fall der Entfristung von den bisherigen Fällen - verstanden als staatliche Programme des BMFJ/BMFSFJ zur Demokratieförderung und Extremismusprävention in Deutschland - abweicht und somit atypisch ist.

Zweitens widmet sich diese Untersuchung zwei Forschungslücken: Erstens liegt derzeit² der „Bericht der Bundesregierung über Arbeit und Wirksamkeit der Bundesprogramme zur Extremismusprävention“ aus der 18. Wahlperiode vor, welcher auch eine Wirksamkeitsanalyse der geförderten Bundesprogramme und „[...] ‘Handlungsempfehlungen‘ [...]“ enthalten soll (BMFSFJ 2017: 3; vgl. Deutscher Bundestag 2017: 3). Allerdings referiert dieser nicht auf 2017, sondern u. a. nur auf die Berichtsjahre 2015 und 2016 von DL. Zudem erfolgt darin keine „[...] Einschätzung des Programmes als Ganzes [...]“ (BMFSFJ 2017: 29). Ein vergleichbarer Bericht der Bundesregierung aus der aktuellen 19. Legislaturperiode liegt derzeit noch nicht vor. Zweitens liegt auch die abschließende Programmevaluation für die erste Förderperiode von DL (2015-2019) derzeit noch nicht vor (vgl. BMFSFJ 2020b).

Drittens handelt es sich bei DL um ein sehr weitreichendes und finanzstarkes Bundesprogramm, dessen jährliche Fördersummen kontinuierlich erhöht wurden. Für 2019 standen 115,5 Millionen Euro Bundesmittel zur Verfügung (BMFSFJ 2020a).

Viertens erfuhr das Bundesprogramm wegen seines finanziellen Umfangs, seiner Reichweite und seiner Inhalte in der ersten Förderphase von der *Alternative für Deutschland* (AfD) Kritik. Auf Landes- und Kommunalebene wurden Forderungen nach budgetären Kürzungen geäußert und Kritik an der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus geübt (Bischoff et al. 2017: 44, 59, 91; Figlestahler et al. 2019: 56).

Für die diesbezügliche Untersuchung werden im zweiten Kapitel der Arbeit die zentralen Begrifflichkeiten und das theoretische Verständnis geklärt. Bundesprogramme werden allgemein definiert sowie ihre Funktionen hinsichtlich Extremismusprävention und Demokratieförderung bestimmt und es wird erklärt, was DL in seiner ersten Förderperiode kennzeichnete (Kap. 2.1). Anschließend werden Evaluation und wissenschaftliche Begleitung (wB), deren Aufgaben und Herausforderungen determiniert sowie Programmtheorien, logische Modelle und Wirkungsketten definiert (Kap. 2.2).

² „Derzeit“ wird in der vorliegenden Arbeit mehrfach verwendet und referiert auf den Stand vom 13.04.2020.

Das dritte Kapitel analysiert die Entfristung des Bundesprogramms DL. Zunächst wird ein Überblick über die Vorgängerprogramme von DL gegeben (Kap. 3.1). Danach werden die wB und die Zwischenberichte der Programmbereiche A bis E von 2015 bis 2017 untersucht. Die Berichte werden anhand von Charakteristika der Evaluationsforschung eingeordnet und es wird überprüft, inwiefern diese und die wB gängigen Herausforderungen begegnen konnten (Kap. 3.2). Außerdem werden die inhaltlichen Leistungen der Programmbereiche A bis E von 2015 bis 2017 anhand der Zwischenberichte analysiert (Kap. 3.3). Danach werden die gesellschaftlichen Entwicklungen in Deutschland von 2015 bis 2017 mittels der Verfassungsschutzberichte sowie zweier repräsentativer Studien zu rechtsextremen, fremdenfeindlichen und antidemokratischen Einstellungen in Deutschland beleuchtet (Kap. 3.4). Schließlich werden die beiden Forschungsfragen der Arbeit diskutiert und es wird überprüft, inwiefern DL von 2015 bis 2017 die ihm zugeschriebenen Funktionen erfüllt hat. Darüber hinaus wird auf die Kontroversen um die Programmkonzeption ab 2020 eingegangen (Kap. 3.5).

Im vierten Kapitel werden die zentralen Erkenntnisse der Arbeit zusammengefasst und es wird ein Ausblick auf weitere Forschungsvorhaben gegeben. Zudem werden Empfehlungen an die Politik ausgesprochen. Am Ende der Arbeit finden sich Anhang und Literaturverzeichnis.

2. Begriffliches und theoretisches Verständnis

2.1 Bundesprogramme

Nachfolgend werden Bundesprogramme definiert (Kap. 2.1.1) und es wird aufgezeigt, welche Funktionen und Eigenschaften sie im Bereich der Extremismusprävention und Demokratieförderung haben (Kap. 2.1.2). Danach werden die Inhalte und Ziele sowie der strukturelle Aufbau von DL von 2015 bis 2019 erklärt (Kap. 2.1.3).

2.1.1 Entstehung und Definition

Das erste Bundes(modell)programm wurde 1965 in Deutschland vom Bundesbauministerium initiiert (Haubrich 2009a: 40, 2009b: 81; Haubrich et al. 2007: 183). Bundes(modell)programme dienten „[...] als ein Instrument innovativer Politik auf Bundesebene [...]“ (Haubrich 2009a: 40, 2009b: 81). Ziel war es, „[...] Reformvorhaben in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen versuchsweise [zu] erprob[en] [...], bevor sie evtl. zu einer flächendeckenden Umsetzung gelangten“ (Haubrich 2009a: 40).

Besonders unter der sozial-liberalen Koalition ab 1969 fanden Modellprogramme zur Umsetzung von Reformen Anwendung. Der Bund nahm mit Bundes(modell)programmen Eingriffe in die originären Zuständigkeitsbereiche der Länder und Kommunen vor. Aufgrund des Einsatzes von Bundesmitteln war dies jedoch legitim. Eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts im Jahre 1967 und die zweite Finanzreform begrenzten jedoch „[...] die Einsatzmöglichkeiten von Förderprogrammen und Initiativen [...]“ und knüpften diese „[...] an klare Kriterien [...]“ (Haubrich 2009a: 40 f.).

Seit diesem Zeitpunkt darf der Bund die finanzielle Förderung von Projekten und Programmen nur in einem befristeten Rahmen durchführen und diese darf lediglich Projekte umfassen, die neue Ansätze testen und dadurch Ergebnisse generieren, welche durch eine wB beobachtet und ausgewertet werden (Haubrich 2009a: 41). Außerdem darf der Bund Modellprogramme nur finanzieren, sofern „[...] sie der Erfüllung überregionaler Aufgaben des Bundes oder eigener Aufgaben der politischen Ressorts dien[en] [...]“ (Haubrich 2009a: 41). Wenn diese Aufgaben jedoch auch in die „[...] Verwaltungszuständigkeit der Länder [...]“ fallen, kooperieren Bund und Länder bei der Finanzierung (Haubrich 2009a: 43).

2.1.2 Funktionen und Eigenschaften hinsichtlich Extremismusprävention und Demokratieförderung

Diese Kriterien gelten auch für Bundesprogramme zur Extremismusprävention und Demokratieförderung, wie beispielsweise für DL. Bund, Länder und Kommunen arbeiten dabei gemäß der „[...] föderalen Aufgabenteilung [...]“ zusammen (BMFSFJ 2017: 5). Die Umsetzung von

DL wurde vom BMFSFJ „[...] auf Basis der Kinder- und Jugendhilfe [KJH] durch[geführt] [...]“ (BMFSFJ 2017: 47). Aufgrund der föderal distribuierten Aufgaben ist der Bund im Politikbereich der KJH nur begrenzt zuständig (BMFSFJ 2017: 5). Als verantwortlicher oberster Bundesbehörde kommt dem BMFSFJ somit die Aufgabe zu „[...] ,die Tätigkeit der Jugendhilfe an[zu]regen und [zu] fördern [...], soweit sie von überregionaler Bedeutung ist und ihrer Art nach nicht durch ein Land allein wirksam gefördert werden kann‘ (SGB VIII)“ (BMFSFJ 2017: 47). Bundesmodellprogramme fungieren demnach „[...] auch als eine Form der Umsetzung der Anregungsfunktion des Bundes (§83 SGB VIII) gegenüber der Fachpraxis [...]“ (BMFSFJ 2017: 5; vgl. Haubrich 2009a: 42, 2009b: 81; Haubrich et al. 2007: 184).³

Trotz der zeitlich begrenzten Projektförderungen wurden in den letzten Wahlperioden „Bundesprogramme im Bereich Extremismusprävention und Demokratieförderung [...] als stetige und dauerhafte Instrumente zur Extremismusprävention und Demokratieförderung ausgerichtet [...]“ (BMFSFJ 2017: 5). Gemäß der Bundesregierung besteht die Aufgabe solcher Bundesprogramme nicht nur

„[...] in der flächendeckenden Bekämpfung des politischen Extremismus und der Förderung von Demokratie, sondern in der beispielhaften Entwicklung und Erprobung von Konzepten, Strategien und Arbeitsformen zur Extremismusprävention und Demokratieförderung“ (BMFSFJ 2017: 5).

Bundesprogramme werden primär „[...] als exemplarische Feldexperimente [...]“ verstanden, die in ihrem spezifischen Feld Erkenntnisse sammeln sollen, indem sie innovative Strategien zur Lösung oder Verbesserung von Problemlagen anwenden und dabei Wissen generieren (Haubrich et al. 2007: 186; vgl. BMFSFJ 2017: 5). Die Durchführung der Modellprogramme erfolgt in verschiedenen lokalen Kontexten. Überregionalität ist demnach ein weiteres Merkmal von Bundes(modell)programmen der KJH (Haubrich 2009a: 42). Aufgrund der Erprobung in verschiedenen lokalen Zusammenhängen bezeichnet man sie auch als „[...] ,multizentrische‘ Programme“ (Haubrich et al. 2007: 186).

Die Bundeshaushaltsordnung (BHO) betont die modellhafte Förderung dieser Programme (BMFSFJ 2017: 5). Die damit einhergehende, begrenzte Zuständigkeit des Bundes wird ebenfalls im Adressatenkreis dieses Projektförderungsbereichs evident, da „[...] vorrangig pädä-

³ Vgl. zu den Hoheitsrechten der Länder Art. 30 GG (Deutscher Bundestag 2012: 35). Das achte Sozialgesetzbuch (SGB VIII) referiert auf die KJH. Zum Aufgabenspektrum der KJH gehört die Förderung von Kindern und Jugendlichen sowie „[...] ihre Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit zu unterstützen und zu ergänzen“ (Wiesner 2012: 566). Die Leistungen der KJH werden durch die „[...] partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Trägern der öffentlichen und den Trägern der freien Jugendhilfe“ erbracht (Wiesner 2012: 571, vgl. ausführlich 565-586). Als Einrichtungen der KJH gelten beispielsweise „[...] Schulen, Kindertagesstätten/Horte, Jugendarbeit [...]“ (Ficlestahler et al. 2019: 127).

gogische und bildende Projekte für zivilgesellschaftliche Akteure [...]“ gefördert werden (BMFSFJ 2017: 5).

Ein weiteres Ziel ist die Erprobung eines möglichen Transfers der in den Projekten gesammelten Erfahrungen und Resultate „[...] auf andere Kontexte (Orte, Trägerstruktur, Themenfelder etc.) [...]“ (BMFSFJ 2017: 5; vgl. Haubrich 2009a: 82). Wenn die in den (Modell-)Projekten lokal erprobten Strategien und Maßnahmen erfolgreich waren, können diese auch an anderen Orten eingesetzt werden. Wenn die Übertragung erfolgreicher, modellhafter Strategien auf die Regelpraxis, z. B. auf die KJH, gelungen ist, war die Anregungsfunktion des Bundes erfolgreich. Für die konkrete Übertragung der (Modell-)Projekte in die Regelpraxis sind die Bundesländer selbst zuständig (Haubrich 2009a: 43 f.). Um den (Modell-)Projekttransfer zu sichern, werden sie in der Regel wissenschaftlich begleitet. Aufgabe der wB ist u. a., „[...] die an verschiedenen Orten gewonnenen Erfahrungen zu bündeln, das generierte Wissen zu sichern und die Ergebnisse in angemessener Weise in Fachpraxis und -politik zu verbreiten“ (Haubrich 2009a: 44, 2009b: 82).

Sofern die in den (Modell-)Projekten erprobten Strategien nicht erfolgreich waren, können auch aus dem Misserfolg Erkenntnisse für künftige Projekte gezogen werden. Zudem ist „[...] das politische Risiko von Reformvorhaben [...]“ durch die Erprobung im kleinen Rahmen begrenzt, weil die Umsetzung von Strategien in der Fläche nur bei Gelingen erfolgen würde (Haubrich 2009a: 43).

Bundes(modell)programme sind somit „[...] als lernende und d. h. auf Veränderung angelegte Programme konzipiert“ (BMFSFJ 2017: 6). Einerseits sind sie responsiv, weil sie angesichts „[...] veränderte[r] gesellschaftlich[r] und politische[r] Herausforderungen [...]“ tätig werden können, andererseits lernen sie durch die von ihnen generierten Erkenntnisse (BMFSFJ 2017: 6). Dieser Lernprozess wird durch die wB externer Institute sowie durch den fachlichen Austausch zwischen den beteiligten Akteur*innen unterstützt. So können während der Programmlaufzeit Nachsteuerungen, sprich Modifizierungen, erfolgen und die Programme können ggf. auch eine Neuausrichtung erfahren (BMFSFJ 2017: 6).

In die Effektivitätsbewertung dieser Bundesprogramme sollte aus Sicht der Bundesregierung neben ihren Leistungen zur Vorbeugung verschiedener Extremismusformen und zur Förderung demokratischer Kräfte auch miteinfließen, inwieweit sie innovativ sind, sie in den Fokus bisher nicht erreichter Zielgruppen rücken und ob ihnen der dauerhafte Transfer in die Regelpraxis gelingt (BMFSFJ 2017: 6).

Bei der Bewertung des Programmerfolgs wird darüber hinaus „[...] zwischen ‘interner‘ und ‘externer‘ Nachhaltigkeit“ differenziert (BMFSFJ 2017: 6). Erstere referiert auf Verstetigung,

spricht, ob es gelingt, bei einem Projektträger für das zu lösende Problem geeignete „[...] Strukturen und Verfahren [...]“ herauszubilden und diese fest zu etablieren (BMFSFJ 2017: 6). Interne Nachhaltigkeit eines (Modell-)Projekts ist dann gegeben,

„[...] wenn die Maßnahme bzw. Teile der Maßnahme des (ehemaligen) Modellprojekts beim Träger fortgesetzt werden, Mitarbeitende des Modellprojekts bzw. der Trägerorganisation (positive wie auch negative) Lernerfahrungen, die im Laufe des Modellprojekts gemacht wurden, in ihrer aktuellen Arbeit anwenden bzw. berücksichtigen“ (BMFSFJ 2017: 6).

Externe Nachhaltigkeit bezieht sich dahingegen auf den Transfer bzw. die Verbreitung „[...] der implementierten Innovationen in den externen Umweltbereich des Trägers (Multiplikator- und Modellwirkung)“ (BMFSFJ 2017: 6). Multiplikatorwirkungen sind vorhanden, wenn die Wirkungen und Lernerfahrungen des Projekts über das eigentliche Projekt hinaus diffundieren. Modellwirkungen liegen vor, „[...] wenn die durch das Projekt geschaffenen Strukturen bzw. Angebote [...]“ zum Vorbild für weitere Institutionen werden und sie sich den dortigen Anforderungen entsprechend entwickeln (BMFSFJ 2017: 7). Evident wird externe Nachhaltigkeit, wenn eine Fortsetzung des gesamten oder partieller Aspekte des (Modell-)Projekts bei anderen Trägern erfolgt, wenn „[...] (positive oder auch negative) Lernerfahrungen des (ehemaligen) Modellprojekts von Dritten aufgenommen werden“ oder, wenn die Effekte des (Modell-)Projekts bei den Zielgruppen andauern (BMFSFJ 2017: 7).

2.1.3 Aufbau, Inhalte und Ziele von „Demokratie leben!“ (2015-2019)

Das Bundesprogramm DL ist eine zentrale Komponente der Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung (BMFSFJ 2016: 7 f.). In die Programmgestaltung der ersten Förderphase flossen die

„[...] Erkenntnisse[...] der wissenschaftlichen Begleitung der Vorgängerprogramme, d[ie] Empfehlungen des Berichts des zweiten NSU-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages (DS 17/14600) sowie d[ie] Empfehlungen des 2011 veröffentlichten Berichts des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus ‚Antisemitismus in Deutschland - Erscheinungsformen, Bedingungen, Präventionsansätze‘ (DS 17/7700)“ ein (BMFSFJ 2017: 27).

Das Bundesprogramm setzte sich aus verschiedenen Programmbereichen (A bis J; vgl. Abb. 1, 2, Tab. 1, s. Anhang) zusammen (vgl. DJI 2020).

Nachhaltige Strukturen sollten auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene angestrebt werden. Auf kommunaler Ebene engagierten sich „[...] ‚Partnerschaften für Demokratie‘ [PfD] [...] für Vielfalt und Demokratie“ (BMFSFJ 2019a). Es handelte sich dabei um „[...] strukturell angelegte lokale bzw. regionale Bündnisse[...]“, in denen Kommunalpolitiker*innen, Verwaltungsmitarbeitende und die Zivilgesellschaft „anhand der lokalen Gegebenheiten und Problemlagen

[...] gemeinsam eine auf die konkrete Situation vor Ort abgestimmte Strategie [entwickelten]“ (BMFSFJ 2020c). Aufgabe der PfD war die

„[...] Weiterentwicklung der erfolgreichen Arbeit der Lokalen Aktionspläne [LAP], die im Rahmen der Vorgängerprogramme ‚VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie‘ (2007-2010) und ‚TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN‘ [TFKS] (2011-2014) durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert wurden“ (Bohn et al. 2015: 1).

Im Sinne interner Nachhaltigkeit wurde der vorhandene strukturelle Aufbau unterstützt. Gleichzeitig wurde die Herausbildung innovativer Ansätze zur Prävention von Extremismus und zur Förderung von Demokratie in den geförderten Kommunen und Landkreisen ermöglicht (Bohn et al. 2015: 1). 2015 wurden 217 PfD gefördert, 2017 waren es bereits 265 Fördergebiete (Bohn et al. 2017: 1). In den ostdeutschen Bundesländern wurden die PfD vorwiegend auf Landkreisebene durchgeführt und in den westdeutschen Bundesländern meist auf Kommunalebene (Bohn et al. 2015: 1).

Mithilfe eines Aktions- und Initiativfonds konnten die geförderten PfD gesonderte Aktionen durchführen. Über deren konkrete Umsetzung entschied ein Begleitausschuss „[...] als strategisch handelndes, zentrales Gremium [...]“ (BMFSFJ 2020c). Der Koordinierungs- und Fachstelle oblagen die „[...] Steuerung der Umsetzung der lokalen ‚Partnerschaft für Demokratie‘ [...]“ und die Publikation der umgesetzten Aktionen (BMFSFJ 2020c). Über eigens etablierte Jugendforen sollte die Partizipation von Jugendlichen in den lokalen PfD angeregt werden (BMFSFJ 2020c).

Auf Landesebene wurde bereits 2007 in enger Kooperation zwischen Bund und Ländern der „[...] Aufbau von landesweiten Beratungsnetzwerken gefördert, die die vor Ort vorhandenen Beratungs- und Unterstützungsangebote verknüpf[t]en“ (BMFSFJ 2020d). In den 16 Bundesländern wurden im Vorgängerprogramm TFKS Landeskoordinierungsstellen (LKS) aufgebaut, die „[...] Informationen über die Kompetenzen der Fachkräfte in den staatlichen und nicht-staatlichen Einrichtungen des Landes in der Arbeit gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ zusammenfassten (BMFSFJ 2020d).

Das Ziel interner Nachhaltigkeit wurde in diesem Programmbereich ebenfalls durch Rückgriff auf die Erfahrungen aus den vorangegangenen Bundesprogrammen TFKS und „kompetent. für Demokratie - Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“ (2007-2010) verfolgt (Bischoff et al. 2015a: 7). Inhaltlich erfuhr Programmbereich B eine thematische Ausweitung gegenüber dem Vorgängerprogramm TFKS: Islamismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit⁴

⁴ Der Begriff Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) wurde maßgeblich durch die Forschungsgruppe um Wilhelm Heitmeyer geprägt. „Menschenfeindlichkeit meint kein individuelles Feindschaftsverhältnis zu einem anderen Menschen, sondern bezieht sich auf Gruppen. Werden Personen aufgrund ihrer gewählten oder zuge-

kamen zu Rechtsextremismus als bearbeitungswürdige Phänomene hinzu (Bischoff et al. 2015a: 7).

Ab 2015 erfolgte der Ausbau zu Landes-Demokratiezentren (LDZ), welche sich entweder im jeweiligen Landesministerium oder bei einem Träger mit entsprechender Expertise befanden. Ziel war, dass die LDZ als Ansprechpartner*in für die im Bundesprogramm beteiligten Akteur*innen dienen und sie „[...] die Ausgestaltung einer nachhaltigen Beratungs-, Informations- und Vernetzungsstruktur auf Landesebene“ aufbauen (BMFSFJ 2020d).

Die LDZ boten verschiedene Beratungsformen „[...] für die Arbeit gegen Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit [...]“ an (BMFSFJ 2020d). Die Beratungsleistungen waren an die spezifischen Gegebenheiten der jeweiligen Bundesländer und die dort bereits vorhandenen Strukturen angepasst. Die Opferberatung unterstützte beispielsweise „[...] Betroffene rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Vorfälle [...] [bei der] Bewältigung der materiellen und immateriellen Folgen solcher Taten [...]“ (BMFSFJ 2020d). Die Mobile Beratung bot Hilfe und Beratung an, wenn Menschen „[...] rassistische[...] Übergriffe[...]“ erleiden mussten oder sie der Verbreitung von „[...] rechtsextremem Gedankengut [...]“ entgegentreten wollten (BMFSFJ 2020d). Die Distanzierungs- und Ausstiegsberatung adressierte „[...] Personen, die sich aus dem Einflussbereich demokratiefeindlicher, gewaltbereiter Gruppierungen lösen wollen“ (BMFSFJ 2020d; vgl. Bischoff et al. 2017: 7).

Der ab 2015 neu integrierte Programmbereich C - Strukturentwicklung bundeszentraler Träger (bzT) - verkörpert Lernerfahrungen aus den Vorgängerprogrammen. Diese hatten Schwierigkeiten, auf Bundesebene geförderte Angebote - beispielsweise gegen Rechtsextremismus - in die auf Kommunal- und Landesebene bestehende, lokale Regelpraxis wie der KJH zu übertragen. Hinzu kam, dass für die lokale Regelpraxis aufgrund der föderalen Kompetenzverteilung

wiesenen Gruppenzugehörigkeit als ungleichwertig markiert und feindseligen Mentalitäten der Abwertung, Ausgrenzung etc. ausgesetzt, dann sprechen wir von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, so daß [sic] die Würde der betroffenen Menschen antastbar wird oder zerstört werden kann“ (Heitmeyer 2003b: 14, Hervorh. dort). „Da angenommene Ungleichwertigkeit den gemeinsamen Kern aller genannten Elemente ausmacht, sprechen wir vom *Syndrom* einer Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ (Heitmeyer 2002b: 21, Hervorh. dort). Heitmeyer hat von 2002 bis 2012 die Reihe „Deutsche Zustände“ herausgegeben (2012b: 9): Dabei handelt es sich um eine jährliche, repräsentative Umfrage, die die gesellschaftlichen Einstellungen in Deutschland analysierte. Ziel der Langzeituntersuchung war zu überprüfen, ob und wenn ja in welchem Maße GMF in Deutschland verbreitet war und wie sie sich im Zeitverlauf entwickelte (Heitmeyer 2002a: 9-11). Das Konzept der GMF basierte zunächst auf den sechs Phänomenen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Heterophobie, Etablierenvorrechte und Sexismus (Heitmeyer 2002b: 19-21). Die erste empirische Erhebung 2002 bestätigte, dass die einzelnen Komponenten von GMF in wechselseitiger Beziehung stehen (Heitmeyer 2002b: 22-27; vgl. 2003b: 19). 2003 wurde GMF um das Element Islamphobie ergänzt (Heitmeyer 2003b: 15). Im weiteren Studienverlauf wurde das Syndrom der GMF erweitert bzw. der Begriff der Heterophobie ausdifferenziert: Abwertung von Langzeitarbeitslosen, von Asylbewerbern, von Sinti und Roma, von Obdachlosen, von Behinderten sowie Homophobie (Heitmeyer 2012c: 16 f.; vgl. Greuel et al. 2015: 35-39).

eine kontinuierliche Fortführung und Finanzierung bundesgeförderter Angebote auf Kommunal- und Landesebene problematisch bzw. nicht möglich war (Heinze et al. 2017: 20). Programmbereich C ist somit „[...] selbst [...] eine Art *Bundesmodellprojekt* [...], in dem das BMFSFJ die *strukturorientierte* Verstetigung von (bewährten) Ansätzen und der Arbeit in ausgewählten Themen- und Strukturfeldern erprobt [...]“ und interne Nachhaltigkeit erreichen möchte (Heinze et al. 2017: 20, Hervorh. dort; Bischoff et al. 2015b: 7).

Auf Bundesebene wurden von 2015 bis 2019 daher erstmalig gemeinnützige Träger gefördert, die als „[...] nichtstaatliche[...] Organisationen [...]“ aufgrund ihrer jahrelangen Tätigkeit über thematisch profunde Expertise verfügten (BMFSFJ 2020e, 2019a). Intention war, „[...] die Entwicklung einer bundesweit tätigen Infrastruktur [zu fördern] [...], die fachliche Unterstützung durch Expertinnen und Experten ermöglicht und erfolgreiche Arbeitsansätze weiterentwickelt“ (BMFSFJ 2020e). Zudem sollten Akteur*innen anderer Programmbereiche durch den neuen Programmbereich fachliche Unterstützung erhalten (Bischoff et al. 2015b: 7).

Die bzT arbeiteten durch fortdauernden Austausch und Zusammenarbeit an der Evolution der „[...] thematischen Schwerpunkt[setzung] des Programms [...]“ mit und unterstützen die Identifikation und Bearbeitung gegenwärtiger Problemlagen (BMFSFJ 2020e). 2015 wurden „[...] 28 nichtstaatliche Organisationen, die sich grob in Dach-/Fachverbände sowie Träger einteilen lassen, welche primär Bildungs- und Beratungsmaßnahmen für Letztzielgruppen (z. B. Kinder und Jugendliche) anbieten“, gefördert (Bischoff et al. 2015b: 7). 2017 erstreckte sich die Förderung bereits auf 35 Organisationen (Heinze et al. 2017: 7).

Ein weiterer Bestandteil von DL war die Förderung innovativer Modellprojekte (MP) in verschiedenen Themenfeldern (BMFSFJ 2019a; vgl. BMFSFJ 2017: 34-38). Zu diesen zählten bis 2016 ausgewählte Phänomene von GMF und Demokratiestärkung im ländlichen Raum (Programmbereich D) sowie Radikalisierungsprävention (Programmbereich E). In den beiden Programmbereichen D und E wurden Ende 2015 insgesamt 106 MP (Greuel et al. 2015: 11) und Ende 2017 172 MP gefördert (Figlesthler et al. 2019: 8).

2017 wurden die MP um die Programmbereiche F bis J erweitert (vgl. Abb. 2, s. Anhang; BMFSFJ 2020a). Allgemein war für die MP handlungsleitend, bewährte Strukturen aus den Vorgängerprogrammen von DL weiterzuentwickeln und neue Strategien zur Extremismusprävention und Demokratieförderung zu entwickeln und zu erproben (vgl. Greuel et al. 2015: 11). Ziel war der Transfer der gemachten Erfahrung auf andere Träger und auf die Regelpraxis der KJH (BMFSFJ 2020f, 2020g).

Die MP von Programmbereich D setzten sich mit den GMF-Formen „Rassismus und rassistische Diskriminierung“, „Aktuelle Formen des Antisemitismus“, „Antiziganismus“, „Aktuelle

Formen von Islam-/Muslimfeindlichkeit“ sowie „Homosexuellen- und Transfeindlichkeit“ auseinander (BMFSFJ 2020f). Darüber hinaus wurden MP gefördert, die sich in ländlichen, strukturschwachen Regionen „[...] gegen Rechtsextremismus, Gewalt und gruppenbezogene[...] Menschenfeindlichkeit [...]“ engagierten (BMFSFJ 2020f). Zudem wurden Projekte finanziell unterstützt, die sich für „Antidiskriminierung und Frühprävention im Vorschulalter [...]“ einsetzen (BMFSFJ 2020f). Letztgenanntes Themenfeld sowie „Rassismus und rassistische Diskriminierung“ kamen 2017 neu zu Programmbereich D hinzu (Figlestahler et al. 2019: 8).

Programmbereich E befasste sich von 2015 bis 2019 mit

„[...] der Prävention von Radikalisierungsprozessen in den Bereichen Rechtsextremismus, Ultranationalismus, gewaltorientierte islamistische, salafistische Phänomene bzw. Instrumentalisierungen des Islam sowie gewaltorientierte und demokratiefeindliche Erscheinungsformen linker Militanz“ (BMFSFJ 2020g).

Die Projekte wurden „[...] im Sinne indizierter und selektiver Prävention umgesetzt, die mit spezifischen Zielgruppen arbeiten, die bereits erste problematische ideologische Haltungen ausgeprägt haben und/oder spezifische Risikokonstellationen aufweisen“ (Greuel et al. 2015: 11).⁵ Aufgrund der sehr unterschiedlichen Formen, Ausbreitungsgrade und Gründe für die Phänomene „[...] soll[t]en die Modellprojekte heterogene Zugänge, verschiedene sozialräumliche Ansätze sowie unterschiedliche Deeskalations- und Distanzierungsstrategien erproben“ (BMFSFJ 2020g). Ein besonderes Augenmerk lag dabei u. a. auf der Entwicklung präventiver Online-Angebote und in der „[...] Auseinandersetzung mit Internetangeboten politisch radikalen Inhalts“ (BMFSFJ 2020g).⁶

DL war ein dynamisches und auf Veränderung angelegtes Bundesprogramm, das in verschiedenen lokalen Kontexten mithilfe unterschiedlicher Strategien zur Lösung gesellschaftlicher Problemlagen beitragen sollte. Es wird daher auch als multizentrisches und multimodales Programm bezeichnet (Figlestahler et al. 2019: 8, 42; vgl. Haubrich et al. 2007: 186). Die

⁵ Man unterscheidet zwischen universeller, selektiver und indizierter Prävention. Strategien universeller Prävention adressieren Personen „[...] und Strukturen [...], die potenziell gefährdet sind, rechtsextreme beziehungsweise fremdenfeindliche oder antisemitische Erscheinungsformen auszuprägen [...]“, wohingegen sich selektive Präventionsstrategien „[...] an besonders gefährdete Akteure/Strukturen [...], zum Beispiel in der Arbeit mit Jugendlichen aus Sozialräumen, in denen überdurchschnittlich häufig fremdenfeindliche Einstellungen verbreitet sind [...] richten [...]“ (BMFSFJ 2014b: 69). Strategien indizierter Prävention kommen zum Einsatz, wenn bei Akteur*innen oder strukturellen Gegebenheiten „[...] bereits (deutliche) Anzeichen rechtsextremistischer, fremdenfeindlicher oder antisemitischer Einstellungen [...]“ vorhanden sind (BMFSFJ 2014b: 70).

⁶ Die Analysekapitel 3.2 und 3.3 beschränken sich auf die Programmbereiche A bis E, die bereits seit 2015 Bestandteil von DL waren (vgl. Abb. 1, 2, s. Anhang). Die MP-Programmbereiche F bis J (vgl. Abb. 2, s. Anhang) sind aufgrund der zeitlichen Vergleichbarkeit und des Umfangs der Arbeit nicht Bestandteil von Kap. 3.2 und 3.3. Auch wenn die Entfristungsentscheidung im Mai 2018 fiel, werden die Zwischenberichte der wB aus 2018 nicht in die Analyse inkludiert, weil diese erstens für 2018 derzeit nur für die Programmbereiche A, C und E vorliegen, jedoch noch nicht für die Programmbereiche B und D. Zweitens wurden die Zwischenberichte für 2018 erst nach der Entfristungsentscheidung veröffentlicht (vgl. BMFSFJ 2020b).

qualitative und quantitative Ausweitung 2017 (vgl. Figlestahler et al. 2019: 20; Heinze et al. 2017: 7; Bohn et al. 2017: 1) erfolgte aufgrund von Ereignissen und gesellschaftliche Entwicklungen, wie beispielsweise

„[...] eine[r] wachsende[n] Zahl islamistisch motivierter Terroranschläge zunächst im europäischen Ausland, später auch in Deutschland selbst sowie [...] d[es] Anstieg[s] flüchtlingsfeindlicher bzw. rechtsextremer Angriffe und insgesamt [...] d[er] wachsende[n] gesellschaftliche[n] Polarisierung“ (Figlestahler et al. 2019: 22 f.)

Die Fördersummen von DL stiegen kontinuierlich an: 2015 erhielt DL 40,5 Millionen Euro und 2016 50,5 Millionen Euro (BMFSFJ 2020h). 2017 wurde die Fördersumme mit 104,5 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdoppelt (BMFSFJ 2017: 28, 2020h). 2018 standen 120,5 Millionen Euro und 2019 115,5 Millionen Euro zur Verfügung (BMFSFJ 2020h).⁷

Die beim *Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben* (BAFzA) eingerichtete Regiestelle war von 2015 bis 2019 für die offizielle Umsetzung des Bundesprogramms verantwortlich. Bis Mai 2017 wurde der fachliche Austausch und die Konsultation der Programmteiligten durch das „[...] ‚Fachforum‘ [...], angesiedelt im *Forschungsinstitut Betriebliche Bildung gGmbH (f-bb)* [...]“, unterstützt (Bischoff et al. 2015a: 16, eigene Hervorh.). Danach übernahm das BAFzA diese Aufgabe (Heinze et al. 2017: 23). DL wurde in den Programmbereichen B, C, D, E, F, G und J vom DJI wissenschaftlich begleitet. Das *Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V.* (ISS) übernahm die wB für Programmbereich I und die wB für Programmbereich A erfolgte gemeinsam durch ISS und *Camino – Werkstatt für Fortbildung, Praxisbegleitung und Forschung im sozialen Bereich gGmbH* (Camino). Camino führte zudem die wB für Programmbereich H aus. Die abschließende und alle Programmbereiche A bis J umfassende Programmevaluation obliegt dem DJI (BMFSFJ 2020a, 2020b; DJI 2020).⁸

2.2 Evaluation und wissenschaftliche Begleitung

Nachfolgend werden Evaluation und wB determiniert sowie ihre Aufgaben und ihre Entstehung skizziert (Kap. 2.2.1). Ebenso wird erläutert, welche Herausforderungen in diesem Kontext auftreten können (Kap. 2.2.2). Programmtheorien und logische Modelle als Instrumente der Evaluation bzw. der wB werden definiert, welche in Bundes(modell)programmen Anwendung finden. Zudem werden Wirkungsketten erklärt (Kap. 2.2.3).

⁷ Das zu DL komplementäre Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ (ZdT) des *Bundesministeriums des Inneren, für Bau und Heimat* (BMI) unterstützt Initiativen und Vereine, die sich in ländlichen Gebieten gegen Extremismus und für Demokratie einsetzen. Das jährliche Finanzvolumen des Programms umfasst derzeit 12 Millionen Euro (BMI 2020). ZdT ist als BMI-Programm nicht Teil dieser Arbeit.

⁸ Vgl. resümierend für Kap. 2.1.3 Tab. 1, s. Anhang.

2.2.1 Definition, Aufgaben und Entstehungskontext

Evaluationen haben die Aufgabe, durch Erfahrungen Wissen zu erzeugen:

„Sie werden durchgeführt in dem [sic] Informationen gesammelt und anschließend bewertet werden, um letztendlich Entscheidungen zu treffen. Die dabei verwendeten Bewertungskriterien können sehr verschieden sein, orientieren sich jedoch sehr oft an dem Nutzen eines Gegenstandes, Sachverhaltes oder Entwicklungsprozesses für bestimmte Personen oder Gruppen. Je nach Kriterienauswahl kann die Nutzenbewertung durch einzelne Personen oder Gruppen dementsprechend sehr unterschiedlich ausfallen (Stockmann 2000b: 11).

Reinhard Stockmann zufolge sei entscheidend, wer wen mit der Durchführung einer Evaluation betraut, was mit dieser beabsichtigt wird und welche Verfahren und Methoden verwendet werden (2000b: 12; vgl. Haubrich 2009a: 18 f.; DeGEval 2017a: 66).

Evaluationsforschung kann sich mit verschiedenen Stadien des Politikprozesses auseinandersetzen und ihren Untersuchungsfokus dementsprechend ausrichten. In der Programmformulierungs- und Planungsphase trägt Evaluationsforschung dazu bei, ein Programm oder eine geplante Maßnahme zu konkretisieren und den strukturellen Aufbau festzulegen. Auch die in das Programm einfließenden Ressourcen und Ausgangsbedingungen werden dabei analysiert. Zudem wird versucht, nicht-intendierte Effekte des Programms zu antizipieren, um diesen im Vorhinein entgegenwirken zu können (Stockmann 2000b: 13-15). Diese Form der Evaluation wird auch als Ex-ante Evaluation bezeichnet (vgl. DeGEval 2017a: 66; Stockmann 2000b: 13-15). In der Umsetzungsphase des Programms obliegt der Evaluationsforschung die Aufgabe, kontrollierend und beratend zu agieren:

„Indem Informationen über den Programmverlauf und die Programmergebnisse gesammelt und bewertet werden, sollen Entscheidungshilfen für die Steuerung eines Programms gegeben und durch eine frühzeitige Korrekturmöglichkeit Veränderungen des Programmdesigns ermöglicht werden [...]“ (Stockmann 2000b: 13).

Diese Form der Evaluation bezeichnet man „[...] als ‚Begleitforschung‘ [...] oder als ‚formative Evaluation[...]‘ [...]“ (Stockmann 2000b: 13; vgl. DeGEval 2017a: 67) bzw. als „[...] *Verbesserungsevaluation* [...]“ (Widmer 2000: 80, Hervorh. dort). Sie richten sich vor allem an Beteiligte innerhalb einer Organisation und beabsichtigen „[...] Lernprozesse auszulösen und Ansatzpunkte zur Verbesserung aufzuzeigen“ (Widmer 2000: 80).

Die dritte Phase des politischen Prozesses, die die Evaluationsforschung untersuchen kann, ist die Wirkungsphase nach Programmabschluss, in der die Auswirkungen des Programms zusammengefasst und bewertet werden. Diese Form der Evaluation wird als summativ (Stockmann 2000b: 13-15), als Ex-post Evaluation (DeGEval 2017a: 70, 66) oder als „[...] *Bilanzevaluation* [...]“ bezeichnet (Widmer 2000: 80, Hervorh. dort). Diese Evaluationsform wendet sich vorrangig an Personen außerhalb der Organisation und verpflichtet sich gegenüber diesen durch die Bereitstellung von „[...] Entscheidungsgrundlagen [...]“ und einen Beitrag zur Legitima-

tion der Organisation (Widmer 2000: 80). Die Evaluationskonzepte und die damit verbundenen Erkenntnisinteressen können

„[...] mehr *formativ*, d. h. aktiv-gestaltend, prozeßorientiert [sic], konstruktiv und kommunikationsfördernd angelegt sein, oder mehr *summativ*, d. h. zusammenfassend, bilanzierend und ergebnisorientiert“ (Stockmann 2000b: 14, Hervorh. dort).

Während der Durchführungsphase kann auch eine Kombination aus formativen und summativen Evaluationskonzepten Anwendung finden (Stockmann 2000b: 14 f.).

Außerdem können Evaluationen vier verschiedene Funktionen haben: Erstens können sie Erkenntnisse für politische Entscheidungen liefern, indem u. a. die Wirkungen der Maßnahmen, die Erreichung der Zielgruppen und die Programmumsetzung untersucht werden. Zweitens dienen Evaluationen dazu, mehr oder weniger direkt die Implementation des Programms durch die beteiligten Akteur*innen zu kontrollieren. Drittens können Evaluationen durch das gesammelte Erfahrungswissen den Austausch zwischen den verschiedenen Akteur*innen wie „[...] Mittelgeber[n], Durchführungsorganisation, Zielgruppen, sonstige[n] Beteiligte[n] und Betroffene[n] [...]“ befördern (Stockmann 2000b: 15). Viertens können Evaluationen eine „[...] *Legitimitätsfunktion* [...]“ erfüllen (Stockmann 2000b: 15, Hervorh. dort). Diese wird in der Regel von den Auftraggebenden und den durchführenden Organisationen verwendet, um die Effizienz der eingesetzten Gelder und die Effektivität eines Programms mithilfe des in der Evaluation generierten Erkenntniswissens nachzuweisen (Stockmann 2000b: 15; vgl. 2017: 38-41).

Eine weitere Funktion ist die „[...] ‘*taktische*’ Funktion[...] [...]“ von Evaluationen (Stockmann 2000b: 15, Hervorh. dort). Diese ist gegeben, wenn mittels Evaluationserkenntnissen „[...] bestimmte politische Entscheidungen (manchmal sogar nachträglich) [...] legitimiert werden], z. B. weil ein Programm weitergeführt oder im Gegenteil eingestellt werden soll“ (Stockmann 2000b: 16). Diese Funktion steht jedoch den eigentlichen Intentionen der Evaluation - Erkenntnis, Kontrolle, Dialog und Legitimität - diametral gegenüber, weswegen sie auch nicht zu den originären Funktionen der Evaluation gezählt wird (Stockmann 2000b: 16).⁹

Je nach Untersuchungsfokus und dem damit verbundenen Erkenntnisinteresse wurden verschiedene Theorien und Methoden entwickelt, die „[...] sich entweder stärker an wissenschaftlichen Standards oder an den Informationsbedürfnissen der Auftraggeber bzw. der Zielgruppen“ ausrichteten (Stockmann 2000b: 17; vgl. Widmer 2000: 80). In der methodisch-theoretischen Debatte der Evaluationsforschung einigte man sich dennoch auf zentrale Kriterien, die

⁹ Vgl. zu Evaluationsfunktionen in modernen Gesellschaften (Programmsteuerung, z. B. durch logische Modelle, Legitimität politischer Strategien, gesellschaftliche Aufklärungsfunktion durch Normen und Werte) Stockmann (2017: 35-52, 38-41) sowie zu Evaluationen als notwendiger Bedingung rationaler Politik Stockmann (2017: 38); Stockmann/Meyer (2014: 21-27).

Evaluationen erfüllen sollten: die Verwendung quantitativer und qualitativer Methoden, die Nutzung von Evaluationsergebnissen durch politische Akteur*innen sowie die Inklusion der Interessen aller an der Evaluation Beteiligten (Stockmann 2000b: 17-19).

In den USA erlangten die vom *Joint Committee on Standards for Educational Evaluation* formulierten Evaluationsstandards große Reichweite: Evaluationen sollen nützlich, durchführbar, korrekt und genau sein (Stockmann 2000b: 19; vgl. Widmer 2000: 86-92). Die Entwicklungen in den USA und in Europa beeinflussten die Genese der Evaluationsforschung in Deutschland (Stockmann 2000b: 20-28, vgl. Stockmann/Meyer 2014: 29-39). Dort wurde der Evaluations-Trend folglich einerseits „[...] durch die Haushaltsreform von 1970“ verstärkt (Stockmann 2000b: 25, 2017: 35; vgl. Stockmann/Meyer 2014: 38 f.). Die Vorläufigen Verwaltungsvorschriften (VV) verlangten hinsichtlich §7 der BHO, künftig sogenannte „[...] Erfolgskontrollen bei ganz oder teilweise abgeschlossenen Maßnahmen [...]“ durchzuführen (Stockmann 2000b: 25). Diese Kontrollen beinhalteten eine jährliche Verlaufskontrolle sowie eine abschließende Kontrolle, die untersuchte, ob die beabsichtigten Ziele erreicht und ggf. Modifikationen vorzunehmen sind und welches Erfahrungswissen daraus gewonnen werden kann (Stockmann 2000b: 25; vgl. Stockmann/Meyer 2014: 38 f.). Der *Bundesrechnungshof* (BRH) kritisierte Ende der 1980er-Jahre, dass jedoch nicht alle Evaluationen erfolgreich waren bzw. in der Verwaltung einige Defizite hinsichtlich der Fachkenntnisse und der Verwendung von Evaluationen bestanden (Stockmann 2000b: 25-29; vgl. Stockmann/Meyer 2014: 55 f.). Daraufhin sicherte die Bundesregierung zu, Erfolgskontrollen, wie in §7 der BHO verlangt, durchzuführen. Der BRH setzte sich sehr für Evaluationen staatlicher *policies* ein und §7 der BHO fungierte fortan als „[...] gesetzliche Grundlage[...]“ (Stockmann 2000b: 30 f.; vgl. Stockmann/Meyer 2014: 48).¹⁰ Andererseits hatte die Knappheit finanzieller staatlicher Mittel zum Evaluationsboom beigetragen, weshalb die Effektivität und Effizienz staatlicher Maßnahmen folglich besser eingeschätzt werden sollten (Stockmann 2000b: 30; Stockmann/Meyer 2014: 48). Evaluationen dienen somit zur Steuerung und Kontrolle politischer Reformen. Die Ministerien beauftragen dazu meist externe Institutionen (Stockmann 2000b: 24 f.).

1997 wurde der Fachverband *Gesellschaft für Evaluation e. V.* (DeGEval) in Deutschland gegründet. Dieser entwickelte im Jahre 2002 Qualitätskriterien guter Evaluation, die sich an den US-amerikanischen Standards des *Joint Committee on Standards for Educational Evaluation*

¹⁰ Nach 2006 erfolgte eine erneute Modifizierung der VV: Seither darf der Bund Zuwendungen bei Projektförderungen nur leisten, „[...] wenn die Ziele inhaltlich so weit bestimmt sind, dass eine Erfolgskontrolle möglich wird“ (Stockmann/Meyer 2014: 57). Unterschieden wird zwischen einer einfachen („[...] Zielerreichungskontrolle“) und einer umfassenden Erfolgskontrolle („[...] Zielerreichungs-, Wirkungs- und Wirtschaftlichkeitskontrolle [...]“; Stockmann/Meyer 2014: 57).

orientierten.¹¹ Evaluationen sollen demnach nützlich, durchführbar, fair und genau sein (DeGEval 2017b: 1-6, 2017a).

Karin Haubrich kritisierte die in Deutschland oftmals nicht exakte Unterscheidung zwischen den Begriffen Evaluation und wB (2009a: 54-57; vgl. Widmer 2000: 78). Zwar gebe es Gemeinsamkeiten, jedoch auch Unterschiede: Beispielsweise stehe der Bewertungsanspruch bei der wB weniger im Vordergrund als bei Evaluationen. Die wB könne deskriptiv analysieren oder dokumentieren. Nichtsdestotrotz beinhalteten Produkte der wB oftmals indirekte oder direkte Beurteilungen in Form von Handlungsanweisungen (Haubrich 2009a: 56 f.).

2.2.2 Herausforderungen

In der Evaluationsforschung werden einige Herausforderungen genannt, die sich in der praktischen Umsetzung von Evaluationen oder wB ergeben können. Stockmann zählt dazu unter anderem die „[...] *Dualität*‘ der Evaluationsforschung [...]“ (2000b: 17, Hervorh. dort). Evaluationsforschung bewege sich demnach in zwei Feldern: in der empirischen Sozialforschung sowie in politischen Vorgängen. Letztere beeinflusse sie durch ihre Funktionen - Erkenntnis, Kontrolle, Dialog und Legitimität - und somit liefere sie auch einen Beitrag zu politischen Entscheidungen (Stockmann 2000b: 16 f.).

Evaluationen oder wB stehen bei ihrer Tätigkeit im Austausch mit sehr unterschiedlichen Akteur*innen wie Auftraggebern, den an der Durchführung beteiligten Organisationen und Mitarbeitenden, Zielgruppen und anderen. Oft zeichnen sich diese Akteur*innen durch unterschiedliche oder konträre Interessen und Erwartungen an die Evaluation bzw. an die wB aus (Stockmann 2000b: 16 f.; Widmer 2000: 82-84). Daher ist es bedeutend, dass von der wB bzw. der evaluierenden Einrichtung die Objektivität gegenüber dem Bewertungsgegenstand gewahrt wird (Haubrich 2009a: 45).

Ein weiteres Spannungsverhältnis besteht zwischen der „[...] *Aufklärungsfunktion* (enlightenment function)“, die die Evaluation ausfüllen soll und der Unabhängigkeit der evaluierenden Einrichtung von der auftraggebenden und sie finanzierenden Institution (Stockmann 2017: 44 f., Hervorh. dort). Diese Funktion beinhaltet, dass von der Evaluation sowohl beabsichtigte als auch unbeabsichtigte Wirkungen sowie „[...] alle gesellschaftlich relevanten Fragestellungen [...]“ untersucht werden (Stockmann 2017: 44 f.).

Eine weitere Herausforderung liegt in der zunehmenden Komplexität von (Modell-)Programmen, wodurch gleichermaßen die „[...] Erfolgsmessung [...]“ zunehmend anspruchsvoller und

¹¹ Haubrich (2009a: 18); DeGEval (2017a: 9, 12); vgl. Stockmann (2000b: 31); Stockmann/Meyer (2014: 191-196) sowie allgemein zur Qualität von Evaluationen Widmer (2000: 77-102).

die Wirkungsnachweise [...] schwerer zu erbringen [sind]“ (Stockmann 2000b: 34). Neben den investierten Ressourcen (*inputs*) und den dadurch erzielten Resultaten (*outputs*) müssen folglich auch die Wirkungen (*outcome* und *impact*) eines Programms analysiert werden (Stockmann 2000b: 34).

Gerade in der Umsetzungs- bzw. Implementationsphase kann es zu zeitlichen Problemen kommen. Einerseits bedarf es eines gut durchdachten Arbeitsplans, in dem verschiedene Erhebungsmethoden zeitgleich durchführt werden, welche sich inhaltlich aufeinander beziehen. Im Vorhinein müssen eventuelle Verzögerungen eingeplant werden, die sich beispielsweise durch zu spät zurückkehrende Interviewbögen ergeben können. Andererseits gibt es „[...] zumeist restriktive[...] zeitliche[...] Anforderungen der Auftraggeber, also bis wann erste Ergebnisse, Zwischen- und Endbericht vorzulegen sind [...]“ (Stockmann/Meyer 2014: 178).

Darüber hinaus muss sichergestellt sein, dass die Evaluationsergebnisse tatsächlich zur Gestaltung von *policies* genutzt werden. Hierzu bedarf es „[...] wirksame[r] *Wissenstransfermechanismen* [...]“ zwischen evaluierender Institution und den Auftraggebenden (Rich 1984: 567, Hervorh. dort). Des Weiteren sollte verhindert werden, dass Politiker*innen - auch unbeabsichtigt - falsche logische Schlüsse aus den empirischen Daten ziehen (Rich 1984: 568).

Eine weitere Herausforderung ist

„die Beschreibung und Analyse eines Programms sowie der durch ein Programm verursachten positiven wie negativen, intendierten wie nicht-intendierten Effekte unter bestimmten situativen Bedingungen [...]“ (Stockmann/Meyer 2014: 179).

Eine zusätzliche Schwierigkeit liegt darin, wie ein Bundesprogramm, das aus verschiedenen Programmbereichen und vielen Einzelprojekten besteht, als Gesamtprogramm evaluiert werden kann (Haubrich 2009b: 79).

2.2.3 Programmtheorien, logische Modelle und Wirkungsketten

Bevor die Evaluation eines Programms durchgeführt werden kann, muss bestimmt werden, mit welchen Mitteln die politisch intendierten Programmziele - beispielsweise eines Bundesprogramms - erreicht werden können. Programmtheorien sind dabei „[...] die zugrunde liegenden Annahmen, wie über das Programm Veränderungen hervorgebracht werden [...]“ (Haubrich 2009b: 85). Im Bereich der programmtheoriebasierten Evaluation bezieht sich der Theorie-Begriff weniger auf wissenschaftlich abgesicherte Theorien, sondern auf

„[...] eher alltagsweltliche, erfahrungsbasierte und nur zum Teil wissenschaftlich begründete [...] ‚Theorien‘, die es den Menschen ermöglichen, die Welt zu verstehen und sich in ihr zurechtzufinden“ (Haubrich 2009a: 170 f.).

Programmtheorien, z. B. von Bundes(modell)programmen, bauen folglich auf bereits gewonnenen Erkenntnissen, empirischem Material oder folgerichtigen Schlüssen auf (Haubrich

2009a: 171). Sie beinhalten einen Erfahrungsschatz über die Ursachen und den Entstehungskontext sozialer Probleme und darüber, wie pädagogische Fachkräfte an der Problemlösung mitwirken können (Haubrich 2009a: 171; vgl. Giel 2013: 116-120):

„A program theory identifies program resources, program activities, and intended program outcomes, and specifies a chain of causal assumptions linking program resources, activities, intermediate outcomes, and ultimate goals“ (Wholey 1987: 78, zit. n. Haubrich 2009a: 172).

Für die Erreichung des Programmziels müssen verschiedene Maßnahmen durchgeführt werden, die - sofern korrekt durchgeführt - folglich bestimmte beabsichtigte Wirkungen entfalten. In diesem Fall besteht ein Zusammenhang zwischen ursächlicher Maßnahme und dem erreichten Ziel. Meistens hat eine Maßnahme nicht nur eine, sondern mehrere Wirkungen. Diese bezeichnet man auch als Wirkungsketten (Stockmann/Meyer 2014: 180) bzw. als Ketten kausaler Annahmen. Durch Wirkungsketten können gleichermaßen nicht beabsichtigte Wirkungen abgebildet werden (Stockmann/Meyer 2014: 181; vgl. Widmer 2012: 42 f.).

Logische Modelle dienen in Evaluationen als Hilfsmittel, um Programmtheorien abzubilden. Sie ermöglichen eine grafische Darstellung der einzelnen Programmbestandteile (Haubrich 2009a: 255; vgl. Giel 2013: 125 f.). Diese

„[...] werden bei einem einfachen ‚logischen Modell‘ in einer linearen Kette über Pfeile miteinander verknüpft. Diese zeigen an, aufgrund welcher ‚inputs‘ (wie finanzielle oder personelle Ressourcen), mit welchen Aktivitäten, welche ‚outputs‘ (Angebote oder Leistungen der Projekte) für welche Zielgruppen bereitgestellt und welche ‚outcomes‘ (Ergebnisse) und langfristigen gesellschaftlichen Ziele oder ‚impacts‘ (Wirkungen) angestrebt werden“ (Haubrich 2009a: 255).

Zu den *inputs* zählen überdies „[...] Informationen, Netzwerke, Organisationsstrukturen etc. [...]“, die Voraussetzung für die Implementation des Programms sind (Haubrich 2009a: 255). Aktivitäten werden definiert als „alle Aktivitäten, die unternommen werden, um die angestrebten Veränderungen und Ergebnisse hervorzubringen“; unter *outputs* werden auch Produkte der Projekte gefasst (Haubrich 2009a: 255). Zielgruppen gehören nicht zwingend zu logischen Modellen. Allerdings hebt Haubrich (2009a: 255) hervor, dass die Resultate von Programmen nur durch die Interaktion mit bestimmten Zielgruppen erreicht werden könnten. *Outcomes* sind

„Veränderungen oder Resultate, die durch die Programmaktivitäten und Reaktionen der Zielgruppen hervorgebracht werden. Diese können sequenziell strukturiert werden: beispielsweise kurz-, mittel- und langfristige Ergebnisse“ (Haubrich 2009a: 256).

Der *impact* eines Programms referiert auf den „Beitrag zur Lösung des Ausgangsproblems und zum Erreichen der Endziele des Programms sowie [auf] soziale und ökonomische Konsequenzen“ (Haubrich 2009a: 256; vgl. 2009b: 84-86).

Der grundlegende Aufbau des logischen Modells basiert „[...] auf Joseph S. Wholeys Arbeiten in den 1970er und 1980er Jahre[n]“ (Haubrich 2009a: 255; vgl. Abb. 3, s. Anhang). Als logisch

werden die Modelle bezeichnet, weil sie die Maßnahmen und die dadurch erzielten Wirkungen in einer linearen, ununterbrochenen Kette darstellen. Daher werden die Annahmen bzw. Hypothesen, die hinter den Wirkungsketten stehen, oft auch als „[...] ,Wenn-dann‘-Aussagen [...]“ verbalisiert, wodurch auch die Folgerichtigkeit des Modells kontrolliert werden kann (Haubrich 2009a: 256; vgl. Stockmann/Meyer 2014: 181).

In der praktischen Anwendung der Programmevaluation sind lineare logische Modelle jedoch selten. Haubrich zufolge komme es zu „[...] Rückkopplungsprozesse[n] und Interaktionen zwischen den Komponenten [...]. Oder [...] [zu] positive[n] oder negative[n] Selbstverstärkungen [...]“ (2009a: 256; vgl. Widmer 2012: 49 f.). Umso komplexer das Programm, desto anspruchsvoller ist seine realitätsgetreue Veranschaulichung in einem logischen Modell (Haubrich 2009a: 257).¹²

In einem Bundes(modell)programm laufen verschiedene Prozesse auf unterschiedlichen Programmebenen gleichzeitig ab (vgl. Abb. 1, 2, s. Anhang). Thomas Widmer und Kathrin Frey stellten die in einem Mehrebenensystem vorhandenen multiplen Wirkungsketten, die auch in Bundes(modell)programmen vorkommen können, schematisch dar (2006: 293; vgl. Widmer 2012: 43 f.; Abb. 4, s. Anhang): Die erste Ebene der Abbildung referiert auf die strategische Ebene. Dabei kann es sich beispielsweise um die Strategie einer Regierung handeln, wie ein gesellschaftliches Problem gelöst werden soll. Auf zweiter Ebene folgt das Programm, mit dem die Strategie umgesetzt werden soll. Die dritte Ebene bezieht sich auf die konkrete Projektebene (vgl. Widmer 2012: 43 f.). Die *outputs* der ersten Ebene beeinflussen die *inputs* der zweiten Ebene. Die *outputs* der zweiten Ebene üben wiederum Einfluss auf die *inputs* der dritten Ebene aus (Widmer 2012: 43 f.; vgl. Abb. 4, s. Anhang).

In diese schematische Darstellung können weitere Ebenen, beispielsweise eine Programmbereichsebene, eingefügt werden. Dadurch ist es möglich, logische Modelle sowohl für das Programm als Ganzes als auch für seine einzelnen Programmbereiche sowie für die Projekt- bzw. Maßnahmenebene eines Programmbereichs aufzustellen. Die logischen Modelle formulieren dann für die entsprechende Ebene - Gesamtprogramm, Programmbereich oder Einzelmaßnahmen - Hypothesen darüber, wie auf dieser Ebene Veränderungen hervorgerufen werden können (vgl. Widmer 2012: 43-46).

¹² Vgl. Giel (2013: 116-129) und Haubrich (2009a: 234-246) für weitere Modelle, um die Funktionsweise von Programmen bzw. Programmtheorien abzubilden.

3. Analyse der Entfristung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“

3.1 Die Vorgängerprogramme von „Demokratie leben!“ (1992-2014)

Die Tabellen 2a-2f (s. Anhang) dienen der zusammenfassenden, chronologischen Übersicht über die von 1992 bis 2014 vom BMFJ/BMFSFJ geförderten Bundesprogramme zur Extremismusprävention und Demokratieförderung, die jeweils nach einer Förderperiode endeten. Die Tabellen bilden die Programmbereiche und -ziele, die adressierten Zielgruppen, die Ergebnisse und Erfolge sowie die Weiterentwicklungsbedarfe und Herausforderungen der Vorgängerprogramme von DL ab. Vergleichend betrachtet wird anhand der Tabellen 2a-2f ersichtlich, dass die Programme im Zeitverlauf inhaltlich, strukturell, finanziell und in Bezug auf die adressierten Zielgruppen ausgeweitet wurden und aufeinander aufbauten. Nachfolgend werden Besonderheiten und maßgebliche Entwicklungsschritte dieser Bundesprogramme erläutert.

Das AgAG wurde am 01.01.1992 unter Angela Merkel als Bundesministerin für Frauen und Jugend als „[...] bundesgefördertes Modellprogramm [...]“ in den ostdeutschen Bundesländern initiiert (Bohn 1997: 61). Es stellte eine Reaktion auf mehrere rechtsextreme und fremdenfeindliche Ausschreitungen Anfang der 1990er-Jahre in Ostdeutschland dar. Zunächst war es auf eine dreijährige Laufzeit bis 31.12.1994 ausgerichtet und setzte MP, vor allem im urbanen Kontext, um (Bohn 1997: 61; vgl. Bohn et al. 1994: 1; Fuchs et al. 1997a: 11, 25). Nach der deutschen Wiedervereinigung herrschte vor allem in den europäischen Nachbarstaaten „[...] Furcht vor einer neuen ‚Großmacht‘ [...]“ (Fuchs et al. 1997a: 15), welche durch die rechtsextremen Gewalttätigkeiten noch verstärkt wurde.

„Das AgAG hatte es also mit einem Problem zu tun, das nicht ausschließlich ein Jugendproblem war, vielmehr mit einem, das sofort auch an das Problem der Legitimität dieser Gesellschaft, dieses Staates und der Beständigkeit der deutschen Demokratie rührte“ (Fuchs et al. 1997a: 16).

Fuchs et al. (1997a: 16) bezeichneten dies als den „[...] außen- und gesellschaftspolitische[n] Hintergrund [...]“, in dem das AgAG entstand.¹³

Neben den MP sollten Jugendhilfestrukturen in den ostdeutschen Bundesländern aufgebaut werden, da diese damals, im Gegensatz zu den westdeutschen Bundesländern, noch nicht bzw. nicht mehr vorhanden waren. Viele ehemalige Jugendeinrichtungen der DDR wurden in der Nachwendezeit aufgelöst. Daher war es in Ostdeutschland zu einem Mangel an Freizeitangeboten für Jugendliche gekommen und gleichzeitig hatten rechte Einrichtungen an Attraktivität gewonnen (Bohn/Münchmeier 1997: 182, 191). Da es kein „[...] im westdeutschen Sinne ausgestattetes und handlungsfähiges Jugendhilfesystem [...]“ gab (Fuchs et al. 1997a: 16), konnte

¹³ Vgl. zum Fokus auf Ostdeutschland und den Ursachen der Ausschreitungen ausführlicher Fuchs et al. (1997a: 16); Bohn (1997: 64); gsub (o. J.: 1).

das AgAG nicht wie bei MP sonst üblich an der „[...] Fortschreibung der Regelpraxis [...]“ ansetzen, was die Ausgangslage des Bundesprogramms erschwerte (Bohn 1997: 63 f., 66; vgl. Fuchs et al. 1997a: 16 f.; Böhnisch et al. 1997: 14).¹⁴

Anfang 1994 wurde entschieden, ab 1995 eine zweijährige Übergangsphase durchzuführen, die den Projekttransfer in die kommunale Regelpraxis erleichtern und vorbereiten sollte. Diese Entscheidung konnte Anfang 1994 „[...] die Stabilität der Projektarbeit beförder[n]“.¹⁵ „Nach 1996 erfolgte die Überführung eines Großteils der Projekte in kommunale Regelfinanzierung“ (gsub o. J.: 1).

Von 2001 bis 2006 wurde das Bundesprogramm „Jugend für Toleranz und Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ durchgeführt. Bei der inhaltlichen Ausgestaltung orientierte man sich u. a. an den Resultaten und gewonnenen Erfahrungen aus bereits durchgeführten Programmen (vgl. BMFSFJ 2006: 79). Für die qualitative Analyse und zur Abbildung der Projektlogik wurden im Programmteil ENTIMON logische Modelle verwendet. Letztere wurden im Programmverlauf an die geänderten Bedarfe angepasst (BMFSFJ 2006: 79, 25, Fn. 6). 2006 konnte die NPD bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern große Gewinne verzeichnen, was auch ein Argument für die Initiierung eines neuen Bundesprogramms ab 2007 war (vgl. BMFSFJ 2006: 81). Hervorgehoben wurde allerdings ebenso, dass man die Bundesprogramme mit inhaltlichen Erwartungen nicht überfrachten dürfe, sondern es vielmehr allumfassender Strategien bedürfe, die Kommunal-, Landes- und Bundesebene miteinbeziehen (BMFSFJ 2006: 82 f.).

Daraufhin haben von 2007 bis 2010 „Bund, Ländern und Kommunen [...] erstmals ihr Engagement für ein demokratisches Zusammenleben gebündelt und gemeinsam Handlungsstrategien entwickelt“, welche in den parallellaufenden Bundesprogrammen „VIELFALT TUT GUT.“ sowie „kompetent. für Demokratie“ umgesetzt wurden.¹⁶

Zu Beginn der 17. Wahlperiode wurde vonseiten der Bundesregierung eine Erweiterung der Bundesprogramme im Bereich Extremismusprävention und Demokratieförderung beschlossen. Ab Sommer 2010 setzte sich „Initiative Demokratie Stärken“ (IDS) mit den „[...] Themenfelder[n] islamistischer Extremismus und Linksextremismus [...]“ auseinander (BMFSFJ 2014a: 4). In der Implementationsphase zeigte sich u. a., dass die Bezeichnung des Themenfeldes „Linksextremismus“ die pädagogische Arbeit und die öffentliche Anerkennung beeinträchtigte,

¹⁴ Vgl. zur Kritik am AgAG als „Glatzenpflege auf Staatskosten“ [...] und deren entschiedener Zurückweisung Merkel (1994: II, I-IV).

¹⁵ Bohn et al. (1994: 10 f.); vgl. Bohn/Münchmeier (1997: 26 f.); Merkel (1994: IV); Fuchs et al. (1997a: 11, 21 f.).

¹⁶ Regiestelle Vielfalt, gsub - Gesellschaft für soziale Unternehmensberatung mbH/Zentralstelle kompetent. für Demokratie, Stiftung Demokratische Jugend (ohne Jahr: 2), nachfolgend abgekürzt: „R. V. et al. o. J.: Seitenzahl“.

sodass „[...] Zielgruppenzugänge verstellt oder mindestens erschwert“ wurden (BMFSFJ 2014a: 50).

Von 2011 bis 2014 wurden durch TFKS zivilgesellschaftliches Engagement, „[...] demokratische[s] Verhalten[...] sowie [...] Vielfalt und Toleranz [...]“ gefördert, was durch eine Kombination „[...] von Prävention, Erprobung und Beratung“ erreicht werden sollte (BMFSFJ 2014b: 6). TFKS basierte auf den Vorgängerprogrammen „VIELFALT TUT GUT.“ und „kompetent. für Demokratie“ und setzte deren Arbeitsansätze fort (vgl. BMFSFJ 2014b: 10-14). Die in den Vorgängerprogrammen noch getrennt agierenden Handlungskonzepte (LAP, MP, landesweite Beratungsnetzwerke) wurden in TFKS in einem Bundesprogramm vereint (BMFSFJ 2014b: 6 f.). Der aktuelle Forschungsstand implizierte 2014 die Notwendigkeit und Rechtfertigung einer weiterführenden Bearbeitung der Phänomene Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rechtsextremismus (BMFSFJ 2014b: 25).

3.2 Die wissenschaftlichen Begleitungen der Programmbereiche A bis E (2015-2017)

Nachfolgend werden die wB und die Zwischenberichte der Programmbereiche A bis E von DL der Jahre 2015 bis 2017 analysiert. Die Durchführung einer vollständigen Meta-Evaluation (vgl. Widmer 2000: 93 f.), orientiert an den DeGEval-Evaluationsstandards (DeGEval 2017a, 2017b), würde für fünf Programmbereiche und drei Berichtsjahre den Umfang der Arbeit übersteigen. Daher erfolgt nachstehend eine generalisierende Einordnung der ausgewählten Zwischenberichte anhand von Kriterien der Evaluationsforschung (vgl. Stockmann 2000b: 11-40; Haubrich 2009a: 54-57): Es wird untersucht, wie die Zwischenberichte der wB der Programmbereiche A bis E von 2015 bis 2017 aus Sicht der Evaluationsforschung gestaltet sind (Kap. 3.2.1). Zudem wird überprüft, inwiefern die wB und die Zwischenberichte gängigen Herausforderungen, die in der Evaluationsforschung genannt werden, bis Ende 2017 begegnen konnten (Kap. 3.2.2).

3.2.1 Einordnung der Zwischenberichte der wissenschaftlichen Begleitungen

Bei den nachfolgend untersuchten Zwischenberichten der Programmbereiche A bis E handelt es sich um wissenschaftliche Begleitforschung bzw. formative Evaluation, welche die Phase der Programmumsetzung jährlich untersuchte (vgl. Stockmann 2000b: 13; Haubrich 2009a: 54 f.). Insofern führten die Zwischenberichte der wB die jährliche Verlaufskontrolle durch, wie sie von den VV hinsichtlich §7 BHO gefordert wird (vgl. Stockmann 2000b: 25; Kap. 2.2.1).

In den Zwischenberichten der Programmbereiche A bis E wurden in den Berichtszeiträumen 2015, 2016 und 2017 bis auf eine Ausnahme sowohl quantitative als auch qualitative Methoden

eingesetzt (vgl. Stockmann 2000b: 17-19): Quantitative Methoden wurden in der Regel bei überblicksartigen, Zeiträume betrachtenden Erhebungen verwendet. Qualitative Methoden fanden dahingegen bei inhaltlichen Analysen einzelner Untersuchungsgegenstände, wie beispielsweise bei qualitativ begleiteten MP, Anwendung.¹⁷ Eine Ausnahme bildete Programmbereich C 2015: Es wurden nur qualitative Methoden in Form einer qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring verwendet (Bischoff et al. 2015b: 30).

Die wB betonte, dass die Evaluationskonzepte der Programmbereiche A, B, D und E 2015 sowohl formative als auch summative Elemente beinhalteten (Bohn et al. 2015: 15; Bischoff et al. 2015a: 23; Greuel et al. 2015: 31). In Programmbereich C wurde von 2015 bis 2017 nur das formative Erkenntnisinteresse hervorgehoben. Dies ist meines Erachtens darauf zurückzuführen, dass es sich bei Programmbereich C nicht um einen in Vorgängerprogrammen bereits etablierten Programmbereich (A, B, D und E) handelt, sondern, dass dieser 2015 als neuer, innovativer Programmbereich hinzukam. Insofern mussten von der wB im Durchführungsprozess zunächst Erfahrung gesammelt werden, bevor erste resümierende Bilanzen gezogen werden konnten.¹⁸

Für 2016 und 2017 wurden die formativen und summativen Elemente nur in Programmbereich A ausdrücklich erwähnt (Bohn et al. 2016: 15, 2017: 16). In den Programmbereichen B, D und E erfolgte dies nicht explizit, aber die Konzepte der wB und deren Methoden waren jeweils formativ, sprich prozessorientiert, ausgerichtet.¹⁹ Auch wenn die summativen Elemente in den Programmbereichen B, D, E (2016, 2017) und C (2015-2017) nicht akzentuiert wurden, enthalten diese Zwischenberichte dennoch erste resümierende Bilanzen.²⁰ Der summative, bilanzierende und somit auch bewertende Charakter ist bei den Zwischenberichten der Programmbereiche A bis E als wissenschaftlicher Begleitforschung nicht so stark ausgeprägt, wie bei einer summativen Gesamtevaluation. Nichtsdestotrotz beinhalten diese Zwischenberichte auch Handlungsempfehlungen oder vorläufige Bewertungen (vgl. Haubrich 2009a: 56 f.; Kap. 2.2.1).²¹

Eng verknüpft mit dem formativ prozessorientierten, gestaltenden und kommunikationsanregenden Evaluationskonzept ist der partizipative Evaluationsansatz der wB. In den Programm-

¹⁷ Bohn et al. (2015: 16-22, 2016: 16 f., 22 f., 2017: 17 f., 28); Bischoff et al. (2015a: 25 f., 2016: 9, 16 f., 22, 2017: 9-12); Heinze et al. (2016: 15 f., 2017: 17-19); Greuel et al. (2015: 31 f., Projektcluster Kap. 2, 3, 2016: 11, 24-27); Figlestahler et al. (2019: 25-30).

¹⁸ Bischoff et al. (2015b: 29); Heinze et al. (2016: 16, 2017: 19); vgl. Stockmann (2000b: 14 f.).

¹⁹ Bischoff et al. (2016: 15-19, 2017: 8-12); Greuel et al. (2016: 24-27); Figlestahler et al. (2019: 25-30).

²⁰ Bischoff et al. (2016: Kap. 5, 2017: Kap. 6); Greuel et al. (2016: Kap. 6); Figlestahler et al. (2019: Kap. 6); Bischoff et al. (2015b: Kap. 5); Heinze et al. (2016: Kap. 5, 2017: Kap. 6).

²¹ Vgl. die Angaben in Fußnote 20; Bohn et al. (2016: 15, 2017: 16).

bereichen A, B und C wurden die partizipativen Elemente des Untersuchungsdesigns der wB herausgestellt. Die Berücksichtigung der Interessen aller Programmakteur*innen (vgl. Stockmann 2000b: 17 f.) erfolgte durch aktiven Austausch der Beteiligten: In Programmbereich A wurden die Zwischenergebnisse 2015 beispielsweise mit den Programmakteur*innen diskutiert und geprüft (Bohn et al. 2015: 15, 22). In Programmbereich B wurden „[...] Fragestellungen sowie ausgewählte Erhebungsinstrumente und Ergebnisse der wB gemeinsam mit Programmakteuren diskutiert [...]“ (Bischoff et al. 2015a: 23, 27). Dabei handelte es sich um zwei Bundesländer-Treffen mit „[...] Landeskoordinatorinnen und -koordinatoren [...]“ sowie um Workshops mit Mitarbeitenden der Opfer- und der Mobilen Beratung (Bischoff et al. 2015a: 23). Im Programmbereich der bzT wurden die Ergebnisse 2015 in die Praxis des Programmbereichs kommuniziert und „[...] auf spezifische Bedürfnisse des Programmgebers [BMFSFJ] und der Träger [...] reagier[t]“ (Bischoff et al. 2015b: 29). Für 2016 und 2017 wurden die o. g. partizipativen Elemente des Untersuchungsdesigns der wB für die Programmbereiche A, B und C weitgehend beibehalten.²² In Programmbereich C wurde im Zwischenbericht für 2017 der partizipative Ansatz nicht explizit hervorgehoben, aber die Zusammenarbeit zwischen Programmgeber*in, den geförderten Trägern und der wB war dialogisch, durch Respekt geprägt und basierte auf „[...] der gemeinsame[n] (Weiter-)Entwicklung des Programmbereichs [...]“ (Heinze et al. 2017: 63, 17-19).

In den Programmbereichen D und E wurde der partizipative Ansatz dahingegen nicht ausdrücklich betont (Greuel et al. 2015: 1-154, 2016: 1-198; Figlestahler et al. 2019: 1-228). Dies ist meines Erachtens auf den Programmbereich an sich zurückzuführen, welcher Anfang 2017 sehr viele (137 Stck.) und sehr heterogene MP umfasste. Wegen der thematischen Ausweitung ab 2017 befanden sich die Projekte zudem in unterschiedlichen Entwicklungsstadien (vgl. Kap. 2.1.3). Der Austausch zwischen den Programmbereichsakteur*innen fand 2015 daher eher themenfeldübergreifend statt, beispielsweise in Workshops der wB für die MP (Greuel et al. 2015a: 33). Das Fachforum (f-bb/BAFzA) ermöglichte zudem den Austausch der Akteur*innen unterschiedlicher Programmbereiche (Greuel et al. 2015: 25 f.). 2016 fanden Workshops und fachliche Austausche statt (Greuel et al. 2016: 11), 2017 Workshops und Seminare (Figlestahler et al. 2019: 25-30). Die wB hatte ein qualitatives Sample von MP ausgewählt, die repräsentativ für die beiden Programmbereiche waren. Die wB stand den MP beratend und begleitend zur Seite und übte konstruktive Kritik an der Projektumsetzung. Diese wurde in der Regel von den Projektmitarbeitenden angenommen (Figlestahler et al. 2019: 185, 196, 201, Kap. 4, 5). Die

²² Bohn et al. (2016: 15, 22, 2017: 16, 28); Bischoff et al. (2016: 17-19, 2017: 9-12); Heinze et al. (2016: 15 f.).

Tabellen 3a-3c (s. Anhang) fassen diese Befunde bzgl. der Einordnung der Zwischenberichte der wB nach Charakteristika der Evaluationsforschung zusammen.

Daraus lässt sich folgern, dass die wB der Programmbereiche A bis E von 2015 bis 2017 die Austausch- bzw. Dialogfunktion von Evaluationen allgemein erfüllt hat. Ebenfalls trifft zu, dass die wB aufgrund des formativen Evaluationsdesigns erste Zwischenergebnisse prozessorientiert in die Programmgestaltung und -durchführung miteinfließen ließ (vgl. Stockmann 2000b: 15, 13, Tab. 3a-3c, s. Anhang).

Zur Erfüllung der Erkenntnis- und Kontrollfunktion (vgl. Stockmann 2000b: 14-16) leisteten die partizipativen Evaluationsansätze sowie die formativen und summativen Elemente bereits einen anteiligen Beitrag. Den komplementären Anteil dazu erbrachten in den Programmbereichen B bis E die logischen Modelle bzw. die jeweiligen Programm(bereichs)theorien. Diese ermöglichten, den Durchführungsprozess der Programmbereiche und deren Projekte beratend und kontrollierend zu begleiten und dabei Erkenntnisse zu gewinnen. Zudem konnten notwendige Modifikationen am Programmdesign durchgeführt werden.²³ Die logischen Modelle und die zugehörigen Programmtheorien wurden im ersten Berichtsjahr für die Programmbereiche B bis E aufgestellt (Bischoff et al. 2015a: 15-22, 2015b: 18-26; Greuel et al. 2015: 22-29). Sie dienten laut wB dazu, die (Wirk-)Logik der Programmbereiche darzustellen sowie im Programmverlauf als Abgleich zwischen den erwarteten und den tatsächlich erreichten Resultaten (Bischoff et al. 2015a: 20, 14, 2017: 8; vgl. Haubrich 2009a: 255 f.). Allerdings erfolgte dieser Abgleich aus meiner Sicht in den Zwischenberichten der Programmbereiche B bis E nur ungenügend. Daher wird dieser nachfolgend für diese Programmbereichsebenen von 2015 bis 2017 vorgenommen (vgl. Kap. 3.3, 3.3.2-3.3.4).

In Programmbereich B wurde ein zusätzliches logisches Modell aufgestellt, das die „[...] Wirkungslogik für die Einzelmaßnahmen“ darstellte (Bischoff et al. 2015a: 20). Es bildete „[...] die Beratungsebene und die Durchführung von Einzelmaßnahmen [...]“ im Programmbereich B der LDZ ab (Bischoff et al. 2015a: 22, 20-22). Die Abbildung erfolgte jedoch „[...] nicht für jede Einzelmaßnahme getrennt, sondern generalisierend für die Einzelmaßnahmen“ (Bischoff et al. 2015a: 20). Dieses logische Modell orientierte sich u.a. an der schematischen Darstellung einer multiplen Wirkungskette in Mehrebenensystemen.²⁴

In Programmbereich A wurden von der wB dahingegen andere methodische Instrumente verwendet, die ebenfalls zur Erfüllung der Erkenntnis- und Kontrollfunktion beitrugen. Camino

²³ Vgl. Heinze et al. (2016: 17-20, 88, 2017: 25); Kap. 3.3.3, Abb. 7, s. Anhang; Stockmann (2000b: 13).

²⁴ Bischoff et al. (2015a: 15, 22, 55); vgl. Widmer/Frey (2006: 293); Widmer (2012: 43 f.); Kap. 2.2.3, Abb. 4, s. Anhang.

verwendete für die zu evaluierenden Programmbereichskomponenten auch Programmtheorien.²⁵ Allerdings wurde diese Bewertungsebene mit „[...] eine[r] zweite[n] Bewertungsebene [...] [kombiniert], die sich auf wissenschaftstheoretische Annahmen und Erkenntnisse stützt[e]“, um Bewertungsgrundlagen zu entwickeln und zu standardisieren (Bohn et al. 2015: 22). Dies habe laut wB den Vorteil, dass praktische und theoretische Annahmen verknüpft wurden. Auch Limitationen könnten so verhindert werden, die sich bei einer rein praktisch orientierten Bewertung anhand von Programmtheorien ergeben können (Bohn et al. 2015: 21 f., 2016: 21 f., 2017: 27 f.). Das ISS nutze dahingegen für die zu evaluierenden Programmbereichskomponenten weder Programm(bereichs)theorien noch logische Modelle: Zur Anwendung kamen quantitative und qualitative Analysen, mit denen die Programmbereichsleistungen prozessorientiert untersucht werden konnten. Zudem wurden zwei Erhebungsinstrumente entwickelt: das prozessbegleitende Monitoring und der PfD-Demokratie-Index. Diese ermöglichten, die Programmbereichsumsetzung summativ zu untersuchen (Bohn et al. 2015: 16). Das Untersuchungsdesign dieses Programmbereichs wurde im Verlauf ebenfalls angepasst.²⁶

Die programmbereichsbezogenen Fragestellungen sowie die programmbereichsübergreifenden Fragestellungen wurden in jedem Zwischenbericht der Programmbereiche A bis E zu Beginn erläutert.²⁷

Für die wB spielte die Legitimitätsfunktion (vgl. Stockmann 2000b: 15) bei den ausgewählten Zwischenberichten keine bzw. eine nur untergeordnete Rolle. Diese Funktion wird meiner Einschätzung nach bei der summativen Programmevaluation von DL dominieren.

3.2.2 Umgang mit Herausforderungen in der Praxis

Die logischen Modelle der Programmbereiche B bis E und die Programm(bereichs)theorien der Programmbereiche A bis E dienten bei DL auch dazu, das Problem der Dualität der Evaluationsforschung abzuschwächen. Gleiches gilt für die in Programmbereich A verwendeten qualitativen und quantitativen Analysen und die zwei summativ ausgerichteten Erhebungsinstrumente. Die Annahmen, wie über das Bundesprogramm DL Veränderungen hervorgerufen werden können, wurden zu Anfang für alle Programmbeteiligten transparent dargestellt.²⁸ Dieses transparente Vorgehen wurde auch hinsichtlich der programmbereichsbezogenen und programmbereichsübergreifenden Fragestellungen angewendet (vgl. Kap. 3.2.1). Diese beiden

²⁵ Bohn et al. (2015: 21 f., 2016: 21 f., 2017: 27 f.); vgl. Giel (2013: Kap. 4); Kap. 2.2.3, Abb. 5, s. Anhang.

²⁶ Vgl. Bohn et al. (2015: 15 f., 2016: 15 f., 2017: 16 f.); Kap. 3.3.1, Abb. 5, s. Anhang.

²⁷ Bohn et al. (2015: 5-14, 2016: 6-14, 2017: 6-15); Bischoff et al. (2015a: 23-25, 2016: 15, 2017: 8 f., 2015b: 27-29); Heinze et al. (2016: 13-15, 2017: 15-17); Greuel et al. (2015: 31-34, 2016: 24-27); Figlestahler et al. (2019: 25-30).

²⁸ Bohn et al. (2015: 5-28); Bischoff et al. (2015a: 15-22, 2015b: 18-26); Greuel et al. (2015: 22-29).

Aspekte gelten als Sicherheit für die wB: Einerseits wendeten sie Methoden der empirischen Sozialforschung durch Programmtheorien, eigens konzipierte Erhebungsinstrumente, wissenschaftstheoretische Annahmen und logische Modelle an. Andererseits war für alle Programmakteur*innen im Voraus ersichtlich, welche Resultate, adressaten- und systembezogene Wirkungen zu erwarten waren (vgl. Kap. 3.2.1; Haubrich 2009a: 255).

Mithilfe der in Kap. 3.2.1 beschriebenen partizipativen Mechanismen und Austauschmodi der Programmbeteiligten konnten die wB der Herausforderung begegnen, unterschiedliche Interessen der beteiligten Programmakteur*innen zu berücksichtigen (vgl. Stockmann 2000b: 16 f.). Die wB standen in kontinuierlichem Austausch mit den umsetzenden Akteur*innen und der Auftraggeber*in (vgl. Kap. 3.2.1). Auch wenn hinsichtlich des Austauschs in den einzelnen Programmbereichen Verbesserungspotentiale festgestellt wurden (vgl. Kap. 3.3), war dieser dennoch Grundlage dafür, dass das Wissen der wB, welches sie im Durchführungsprozess gewonnen haben, auch an die Auftraggeber*in und die übrigen Programmakteur*innen vermittelt werden konnte (vgl. Rich 1984: 567).

Die Komplexität von DL als Bundesprogramm hat sich durch die quantitative und qualitative Ausweitung 2017 zusätzlich erhöht. Die Erfolgsmessung und die Wirkungsnachweise können jedoch trotz der komplexen Programmbereiche B bis E mithilfe der Programm(bereichs)theorien und der logischen Modelle prozessorientiert und bilanzierend realisiert werden. Grund dafür ist, dass letztere neben den Resultaten (*outputs*) auch die Wirkungen (*outcomes* und *impacts*) formulieren. Diese beiden Instrumente machen die Programmbereiche und das Gesamtprogramm als multimodales und multizentrisches Bundesprogramm evaluierbar (vgl. Stockmann 2000b: 34; Figlestahler et al. 2019: 8, 42). In Programmbereich A können die Erfolgsmessung und die Wirkungsnachweise mithilfe des prozessbegleitenden Monitorings, des PfD-Demokratieindexes, der Programm(bereichs)theorien und der analytischen Erhebungsinstrumente prozessorientiert und bilanzierend erbracht werden (Bohn et al. 2015: 16; vgl. Kap. 3.2.1).

Im betrachteten Zeitraum wurden bis auf eine Ausnahme alle Zwischenberichte der wB auch im gleichen Berichtsjahr veröffentlicht. Einzig der Zwischenbericht der Programmbereiche D und E für das Berichtsjahr 2017 wurde Ende 2019 veröffentlicht (vgl. Figlestahler et al. 2019: 1-228). Er lag somit zum Zeitpunkt der Entfristungsentscheidung im Mai 2018 noch nicht vor.²⁹ Die wB konstatierte diesbezüglich, dass mit der Dynamik des Bundesprogramms Herausforderungen einhergingen, die beispielsweise die Rechtzeitigkeit dieses Zwischenberichts und dessen Umfang beeinflussten (Figlestahler et al. 2019: 23, 20). Auch eine Adressatenbefragung

²⁹ Dennoch wird dieser wegen der Vergleichbarkeit des betrachteten Untersuchungszeitraums in die vorliegende Analyse miteinbezogen.

der MP wurde wegen Zeitproblemen auf den Zwischenbericht für 2018 verschoben (Figlesthaller et al. 2019: 25, 29; vgl. Kap. 3.3.4).

Die in den Programmbereichen B bis E verwendeten logischen Modelle ermöglichten überdies, unbeabsichtigte Nebeneffekte aufzudecken (vgl. Stockmann 2017: 44 f.). Diese wurden von der wB ebenfalls kommentiert (vgl. Bischoff et al. 2017: 68, 91 f.). In Programmbereich A ermöglichen die quantitativen und qualitativen Analysen, unbeabsichtigte Effekte oder nicht antizipierte Entwicklungen in den Zwischenberichten abzubilden bzw. diese in die Erhebungen zu integrieren. Dies betrifft beispielsweise die Bedrohungslagen in den PfD, die sich ab 2016 manifestierten (Bohn et al. 2017: 3 f.; vgl. Kap. 3.3.1).

Die Fragestellungen der wB referierten jeweils auf die Programmbereichsebene als auch auf die Projektebene (vgl. Kap. 3.2.1). DL bearbeitete in den einzelnen Programmbereichen gesellschaftliche Problemlagen (Figlesthaller et al. 2019: 8; Bohn et al. 2017: 2015: 4), reagierte auf gesellschaftliche Veränderungen und wurde daher 2017 thematisch und finanziell ausgeweitet. Insofern kann geschlussfolgert werden, dass das Bundesprogramm in seiner ersten Förderphase gesellschaftliche relevante Fragestellungen untersuchte (vgl. Stockmann 2017: 44 f.; Kap. 3.3, 3.4).

Hinsichtlich des Spannungsverhältnisses zwischen der Unabhängigkeit der evaluierenden Einrichtung und der Aufklärungsfunktion, der die Begleitforschung nachkommen soll (vgl. Stockmann 2017: 44 f.), bleibt hervorzuheben, dass das DJI und das ISS mit BMFSFJ-Mitteln gefördert werden (Greuel et al. 2015: 4; ISS 2020). Bezüglich Camino konnten keine Nachweise auf Bundesmittelförderung gefunden werden (Camino 2020).

In Bezug auf die in den Zwischenberichten der wB verwendeten Evaluationsstandards kann festgehalten werden, dass das DJI und das ISS Mitglieder der DeGEval sind und sie laut DeGEval (2020) deren Arbeit und Ziele unterstützen. Camino ist dahingegen nicht als DeGEval-Mitglied gelistet (DeGEval 2020). Im Gegensatz zum DJI konstatierten Camino und ISS in den Zwischenberichten explizit, dass sie dabei den DeGEval-Standards folgen (Bohn et al. 2015: 15, 2016: 15, 2017: 16; vgl. DeGEval 2017a, 2017b).

3.3 Leistungsanalyse der Programmbereiche A bis E (2015-2017)

Nachstehend werden die inhaltlichen Programmbereichsleistungen von 2015 bis 2017 analysiert. Für Programmbereich A werden die Leistungen und Entwicklungen der PfD und ihrer einzelnen Programmbereichskomponenten von 2015 bis 2017 anhand der Zwischenberichte der wB zusammengefasst (vgl. Abb. 5, s. Anhang; Kap. 3.3.1).

In den Zwischenberichten der Programmbereiche B bis E (2015 bis 2017) wurden von der wB keine expliziten Aussagen darüber getroffen, inwieweit die erwarteten Resultate der logischen Modelle bereits jeweils erfüllt wurden oder nicht. Dies kann meines Erachtens auf den vorwiegend formativen Charakter dieser Zwischenberichte zurückgeführt werden. Um jedoch die Leistungen von DL bis zur Entfristungsentscheidung im Mai 2018 vollständig nachzeichnen zu können, wird nachfolgend mithilfe der von der wB aufgestellten logischen Modelle ein Abgleich zwischen den erwarteten und von 2015 bis 2017 bereits realisierten Resultaten der Programmbereichsebenen B bis E vorgenommen (Kap. 3.3.2-3.3.4). Die Details zu den jeweiligen *inputs*, Maßnahmen und ggf. *incomes*³⁰ sowie zu den Einflussfaktoren der Programmbereichsebenen können den Abbildungen 6 bis 8 (s. Anhang) entnommen werden.

3.3.1 Programmbereich A

Das Untersuchungsdesign der wB (ISS/Camino) wurde im betrachteten Zeitraum leicht modifiziert. Die nachfolgenden Aussagen referieren auf das Untersuchungsdesign aus 2017, welches die einzelnen Schwerpunkte bzw. Programmbereichskomponenten abbildet (Bohn et al. 2017: 17; Abb. 5, s. Anhang).

Erster Schwerpunkt war das prozessbegleitende Monitoring der Implementierung und Umsetzung der PfD. Es handelte sich dabei um eine jährlich stattfindende, quantitative Befragung der PfD, bei der *inputs* und *outputs* - verstanden als Ressourcen und Leistungen - sowie die strukturelle und prozessuale Ebene der PfD im Zeitverlauf beleuchtet wurden. Durch diese Vollerhebung konnten die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der PfD analysiert sowie übergreifende Fragestellungen des Bundesprogramms DL beantwortet werden (Bohn et al. 2017: 7 f., 18-20).

Aus der Erhebung des Jahres 2017, an der 264 der 271 PfD teilnahmen, ging u. a. hervor, dass mit 89% der Großteil der Koordinierungs- und Fachstellen bei freien, externen Trägern etabliert und nur 10% der PfD verwaltungsintern an kommunalen Stellen angegliedert waren (Bohn et al. 2017: 35 f.). Zudem konnte die Personalausstattung in den Koordinierungs- und Fachstellen im betrachteten Zeitraum verbessert werden: Im Schnitt arbeiteten dort jeweils 1,8 Mitarbeitende „[...] mit einem Stellenvolumen von 81,6% eines Vollzeitäquivalents [...]“ (Bohn et al. 2017: 1, 36 f., 35-52). Weitere Details zu den Umsetzungsständen in der PfD werden nachfolgend in den Schwerpunkten zwei bis elf erläutert.

³⁰ Damit sind die Eigenschaften der Zielgruppe, beispielsweise der geförderten Träger in Programmbereich C, gemeint (vgl. Abb. 7, s. Anhang.)

Zweite Programmbereichskomponente war der „Gesamtindex zur Zielerreichung: [der] PfD-Demokratie-Index“ (Bohn et al. 2017: 8). Die wB entwickelte ein empirisches Erhebungsinstrument, um

„[...] die demokratische Qualität von Prozessen innerhalb der Partnerschaften für Demokratie entlang der Dimensionen ‚Partizipation‘, ‚Autorisierung‘, ‚Responsivität‘, ‚Menschenrechtsorientierung‘, ‚Repräsentation‘, und ‚Verantwortlichkeit‘ zu untersuchen“ (Bohn et al. 2017: 8 f.).

Mittels dieses Erhebungsinstruments kann die demokratische Qualität von Arbeitsstrukturen, Verfahren und Prozessen in den PfD analysiert werden. Da es sich um eine Längsschnittanalyse handelte, konnten diesbezügliche Entwicklungen im Zeitverlauf untersucht und eventuelle Verbesserungsbedarfe aufgedeckt werden (Bohn et al. 2017: 8 f., 20 f., 2016: 8 f., 17-19). Im betrachteten Zeitraum fand eine dieser Erhebungen statt: 2016 wurden erstmals die Koordinator*innen und Mitglieder des Begleitausschusses zur demokratischen Qualität der PfD befragt. In der Gesamtschau zeigte sich, dass „die überwiegende Mehrheit der Partnerschaften [...] mindestens 70% der maximal möglichen Demokratiequalität [erreichte]“ (Bohn et al. 2017: 102). Evident wurde, dass den Kenntnissen und Fähigkeiten der Koordinator*innen bei der demokratischen Prozessgestaltung und der kooperativen Zusammenarbeit innerhalb der PfD eine tragende Rolle zukam. Positiv hervorzuheben war, dass der Demokratie-Index gegenüber kommunalen Gegebenheiten vorwiegend immun war (Bohn et al. 2016: 86-112). Die nächste Erhebung erfolgte 2018 (Bohn et al. 2017: 9). Das prozessbegleitende Monitoring und der PfD-Demokratie-Index dienten als summative, bilanzierende und ergebnisorientierte Erhebungsinstrumente (Bohn et al. 2017: 18-20).

Drittens sollte die Partizipation Jugendlicher in der „[...] kommunale[n] Auseinandersetzung mit Demokratie- und Menschenfeindlichkeit“ mithilfe von Jugendforen als innovativem Bestandteil der PfD angeregt werden (Bohn et al. 2017: 9 f.). Ziele waren die Integration heterogener Jugendkulturen in entweder bestehende oder neu eingerichtete Beteiligungsformate sowie ihre Partizipation im Begleitausschuss der PfD (Bohn et al. 2017: 9 f.). Von 2015 bis 2017 konnten einige Fortschritte erzielt werden: Die Anzahl der eingerichteten Jugendforen stieg auch mit der Ausweitung der geförderten PfD an, sodass 2017 79% aller PfD über ein Jugendforum verfügten (Bohn et al. 2017: 44 f.). Organisiert wurden diese vorzugsweise offen, beispielsweise als Kinder- und Jugendkonferenzen sowie in repräsentativer Form, z. B. als Jugendgemeinderäte oder Jugendparlamente (Bohn et al. 2016: 62 f.). Das finanzielle Jahresbudget der Jugendforen wurde im betrachteten Zeitraum von 5.000 auf ca. 7.600 Euro erhöht. Die Jugendlichen setzten sich dabei mit programmbezogenen Inhalten auseinander und realisierten vor allem Projekte zur Demokratiestärkung und Engagementförderung junger Menschen auf

Kommunalebene. Die Integration Jugendlicher in die Begleitausschüsse war überwiegend gelungen, gleichwie ihre Teilnahme „an den verschiedenen Phasen der politischen Prozesse der [...]“ PfD (Bohn et al. 2017: 49, 44-49). Weiterentwicklungsbedarfe wurden u. a. hinsichtlich eines bundesweiten Austauschs der Jugendforen konstatiert (Bohn et al. 2017: 163).

Vierter Programmbereichsschwerpunkt war die inhaltliche Ausgestaltung der Handlungsstrategien und die Arbeit der Begleitausschüsse. Die zentrale Idee der PfD war die Entwicklung präventiver und demokratiefördernder Handlungsstrategien durch zivilgesellschaftliche und staatliche Akteur*innen, die auf die lokalen Bedarfe abgestimmt sind. Der Begleitausschuss war als „zentrales Steuerungsgremium [...]“ der PfD maßgeblich für deren erfolgreiche Umsetzung (Bohn et al. 2017: 10 f.). 2017 hatten knapp 88% der PfD einen Begleitausschuss eingerichtet (Bohn et al. 2017: 39 f.).

Resümierend zeigte sich, dass die PfD im betrachteten Zeitraum knapp fünf Themenfelder bearbeiteten. Arbeitsschwerpunkte waren Demokratieförderung (91%, 239 PfD), „[...] ,rechts-extreme Orientierungen und Handlungen‘ (63%, 165) sowie ‚Demokratiestärkung im ländlichen Raum‘ [...] (62%, 164)“ (Bohn et al. 2017: 50, 49). Weitere relevante Themenfelder waren die Schaffung einer Willkommenskultur für Geflüchtete (70%), Islam- und Muslimfeindlichkeit, Homo- und Transphobie, Antiziganismus, islamistische Orientierungen und Handlungen (23%; Bohn et al. 2017: 50 f.). Die Responsivität der PfD wurde sichtbar, als deren häufigster Arbeitsschwerpunkt 2016 in der Willkommenskultur für Geflüchtete verortet wurde und dieser 2017 mit rückläufiger Zuwanderung auf 70% absank (Bohn et al. 2017: 51 f.). Den PfD gelang somit eine flexible und kurzfristige Anpassung an lokale Bedarfslagen und Herausforderungen. Die Handlungsfähigkeit der PfD war neben den inhaltlichen Aspekten auch von den zur Verfügung stehenden Finanzmitteln abhängig: Wenn neben den jährlichen 100.000 Euro Bundesmitteln zusätzliche Dritt- oder gar Landesmittel eingeworben werden konnten, beförderte dies die Gestaltungsmöglichkeiten der PfD (Bohn et al. 2017: 52).

Im Verlauf bildeten sich fünf zentrale Handlungsstrategien der PfD aus:

„[...] demokratische[...] Gegenwehr, [...] demokratische[...] Ermunterung, [...] plurale[...] Gemeinschaft, [...] Förderung demokratischer Bürgertugenden, [...] Mahnung und Befähigung zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung [...]“ (Bohn et al. 2017: 55-76).

Diese Strategien sind dem Bereich der Prävention zuzuordnen und zeichnen sich durch langfristige Perspektiven aus (Bohn et al. 2017: 72-76).

Fünfte Komponente des Programmbereichs waren Weiterbildungsangebote für Koordinator*innen. Diese wurden regelmäßig angeboten und im Anschluss in einer Längsschnittstudie

hinsichtlich Lernerfolg und -transfer, Zufriedenheit und Akzeptanz evaluiert. Die Ergebnisse wurden den Programmverantwortlichen zur Verfügung gestellt (Bohn et al. 2017: 11 f., 24 f.). Sechster Programmbereichsschwerpunkt waren lokale Bedrohungslagen in den PfD-Fördergebieten. Nachdem die wB 2016 aus einigen Koordinierungs- und Fachstellen der PfD Meldungen erhalten hatte, dass Mitarbeitende, zivilgesellschaftlich Engagierte, Geflüchtete und Politiker*innen „[...] Opfer von Bedrohungen, Beleidigungen und Übergriffen [...]“ wurden, entschloss man sich zur diesbezüglichen Datenerhebung bis Ende der Programmlaufzeit (Bohn et al. 2017: 12, 2016: 71-82). Drei Viertel der Koordinator*innen der PfD meldeten Existenz und Aktivitäten rechtsextremer Gruppierungen. Rechtspopulistische Sympathiebekundungen wurden in den PfD laut der Koordinator*innen öfter geäußert (73%), als tatsächlich öffentliche Handlungen realisiert wurden (54%; Bohn et al. 2017: 77 f.). Im betrachteten Zeitraum konnte kein Rückgang der aus den PfD gemeldeten Übergriffe und Anfeindungen gegen die genannten Personengruppen verzeichnet werden. 2017 meldeten 83% der PfD diesbezügliche Vorfälle (Bohn et al. 2017: 76-85). Die Mehrheit der demokratischen Akteur*innen trat diesen Vorfällen entgegen. Dennoch wurden Verbesserungspotentiale in der Zusammenarbeit mit staatlichen Sicherheitsbehörden konstatiert sowie eindeutiger und umfassendere Positionierungen seitens der politisch Verantwortlichen von den PfD gefordert (Bohn et al. 2017: 4, 86-94).

Siebte Programmbereichskomponente waren die Koordinierungs- und Fachstellen, denen die Gesamtkoordination der PfD oblag. Sie fungierten als Ansprechpartner*in für Programm(bereichs)akteur*innen, Bürger*innen und die lokale Verwaltung. Sie sollten die Zusammenarbeit der Akteur*innen fördern und Expertise zu den akuten Problemlagen generieren. 2016 wurde eine finanzielle Aufstockung des jährlichen Budgets von 25.000 auf 45.000 Euro beschlossen (Bohn et al. 2017: 12 f., 94). Zusammenfassend wurde evident, dass die erfolgreiche Etablierung der Koordinierungs- und Fachstellen von den lokalen Gegebenheiten abhängig war und diese von der Erfahrung der Träger aus Vorgängerprogrammen profitierten (Bohn et al. 2017: 94-108). Im betrachteten Zeitraum gelang es auch den Koordinierungs- und Fachstellen, die zunächst über weniger Expertise und Vernetzungsstrukturen verfügten, diese aufzubauen. Der gegenseitige Fachaustausch der Koordinator*innen der PfD sowie die Fort- und Weiterbildungsangebote der Regiestelle und der wB leisteten hierzu einen wichtigen Beitrag. Für den Aufbau fachlicher Expertise war „[...] personelle[...] Kontinuität“ elementare Voraussetzung (Bohn et al. 2017: 108, 94-108).

Entwicklungs- und Austauschbedarfe wurden 2017 von der Koordinator*innen im „[...] Umgang mit Rechtsextremismus und Rechtspopulismus“ sowie hinsichtlich einer eventuellen

(Neu-)Ausrichtung der PfD angesichts der Bundestagswahlergebnisse geäußert (Bohn et al. 2017: 161). Die wB befürwortete den verstärkten Austausch zu diesen Themenkomplexen (Bohn et al. 2017: 161 f.).

Achte programmbereichstheoretische Annahme war, dass die Vernetzung relevanter lokaler Akteur*innen durch die PfD notwendig war, um gezielt gegen Rechtsextremismus und GMF und für ein demokratisches Zusammenleben einzutreten (Bohn et al. 2017: 13, 2016: 12 f.). Die strukturellen Ausgangslagen waren auch hier entscheidend, gleichwie die Qualität und Reichweite der Koordinierungs- und Fachstellen. Im betrachteten Zeitraum konnten in der Netzwerkarbeit Fortschritte erzielt werden und in variierender Intensität Akteur*innen aus Verwaltung, Zivilgesellschaft, Lokalpolitik und aus „[...] migrantische[n] Selbstorganisationen sowie Vertreter/innen der allgemeinen Öffentlichkeit“ eingebunden werden (Bohn et al. 2017: 122 f.). Zudem konnten die Zusammenarbeit, die Koordination und der Austausch von Expertise verbessert und somit leistungsfähige Netzwerke etabliert werden (Bohn et al. 2017: 108-123, 2015: 99-101).

Neuntens war es für die erfolgreiche Umsetzung der PfD maßgeblich - so die programmbereichstheoretische Annahme -, dass die PfD mit ihren Maßnahmen die Öffentlichkeit erreichen, den Menschen ihr Anliegen näherbringen und sie sie zur Teilnahme ermutigen (Bohn et al. 2017: 13 f.). Im betrachteten Zeitraum konnten die Fachöffentlichkeit und die lokale politische Öffentlichkeit in fast allen PfD erreicht werden. Weiterentwicklungsbedarfe gab es hinsichtlich der allgemeinen Öffentlichkeit. Dem könnten die PfD laut wB u.a. durch niedrigschwellige Angebote, regionale Bezugnahme, Aufnahme lokaler Bedarfslagen und individueller Ansprache entgegenwirken (Bohn et al. 2017: 123-136, 2016: 137-148). Die 2017 erfolgte bundesweite Plakat-Kampagne „Wer, wenn nicht wir?“ bot die Möglichkeit, eine Verknüpfung zwischen lokalen PfD und dem Bundesprogramm herzustellen und so mehr Öffentlichkeitswirksamkeit zu erlangen (Bohn et al. 2017: 135 f., 164).

Zehntens bot der Aktions- und Initiativfonds die Möglichkeit, Einzelmaßnahmen in den PfD mit jährlich 20.000 bis 45.000 Euro zu fördern, die zu kurzfristigen Lösungen von Problemlagen beitragen oder die Zivilgesellschaft einbinden sollten. Der Fonds wurde im Zeitraum häufig für Projekte genutzt, „[...] die im Bereich der Willkommenskultur und Arbeit mit Flüchtlingen umgesetzt w[urden] [...]“ sowie zur Prävention von Rechtspopulismus und zur Sensibilisierung für die Situation Geflüchteter (Bohn et al. 2015: 110-121, 2016: 148-164). Allgemein war der Fonds ein wichtiges Instrument der PfD. Mit ihm wurden vorwiegend temporär begrenzte und finanziell überschaubare Projekte gefördert. Die Einzelmaßnahmen trugen fast immer zur „Verstetigung bestehender Kontakte und Kooperationen [...] als auch [zur] Schaffung neuer

Kontakte zwischen diesen Akteur/innen“ bei (Bohn et al. 2017: 145). Das Engagement Ehrenamtlicher war dabei zentral: Sie unterstützten die Koordinator*innen der Fach- und Koordinierungsstellen mit ihrer Expertise und ihrer Motivation. Im Gegensatz zu hauptamtlichen Trägern gab es Einschränkungen bei der zeitlichen Planung und die Ehrenamtlichen mussten von den Koordinierungs- und Fachstellen intensiver bei der Projektumsetzung begleitet werden (Bohn et al. 2017: 136-146).

Elfter Schwerpunkt war Nachhaltigkeit, welche in Abbildung 5 (s. Anhang) nicht einzeln abgebildet ist. Im betrachteten Zeitraum wurde deutlich, dass PfD, die bereits in Vorgängerprogrammen, beispielsweise als LAP gefördert wurden, diesbezüglich auf ihre Vorerfahrungen zurückgreifen konnten, wohingegen erstmalig geförderte PfD Schwierigkeiten hatten (Bohn et al. 2017: 146-160). Beispielsweise wurden Wissenslücken evident, die sich auf die „[...] Prozesshaftigkeit von Nachhaltigkeit sowie deren unterschiedliche Ausprägungen [...]“ bezogen, denen man jedoch, gemäß wB, mit Informationsmaterialien und Fachveranstaltungen entgegensteuern könne (Bohn et al. 2017: 163).

3.3.2 Programmbereich B

Abbildung 6 (s. Anhang) zeigt das logische Modell des Programmbereichs der LDZ gemäß der Programmleitlinie des BMFSFJ (Bischoff et al. 2015a: 15-17, 19).

Hinsichtlich der *outputs* wurde erstens erwartet, dass die „[...] LDZ inkl. Beiräte [...] in allen Bundesländern (neu) eingerichtet [sind]“ (Abb. 6, s. Anhang). Dadurch sollte die Handlungskoordination der Akteur*innen auf Landesebene verbessert werden (Bischoff et al. 2016: 73). Ende 2015 hatten 14 von 16 Bundesländern LDZ bei den bisherigen LKS etabliert. Der strukturelle Aufbau der LKS blieb jedoch in sieben Fällen bestehen, in vier Fällen erfolgte die Umbenennung, in vier weiteren Fällen wurden beide Bezeichnungen verwendet (Bischoff et al. 2015a: 32 f.). Die Programmakteur*innen auf Landesebene erachteten diesen strukturellen Umbau aus mit Skepsis, weil dieser mit einer Zentralisierung einherging und damit interne Verfahrensabläufe, die sich bewährt hatten, stark modifiziert wurden, was negative Auswirkungen auf deren interne Nachhaltigkeit hatte (Bischoff et al. 2016: 73). Zudem kam es aufgrund der Umbenennung und des Strukturumbaus zum unerwünschten Nebeneffekt, dass für Außenstehende die Kompetenzverteilungen hinsichtlich der Demokratieförderung „[...] zwischen [...] den Landeszentralen für politische Bildung und Landes-Demokratiezentren [...]“ unklarer geworden waren (Bischoff et al. 2017: 68).

Die Arbeit der LDZ sollte durch einen beratenden und inhaltlich unterstützenden Beirat ergänzt werden, der je nach Ansiedlung des LDZ an staatlicher oder nichtstaatlicher Stelle durch die

jeweils andere Akteursgruppe zusammengesetzt sein sollte. 2015 war ein solcher Beirat nur in fünf Ländern eingerichtet (Bischoff et al. 2015a: 33). Grund dafür war u. a., dass vergleichbare Strukturen bereits existierten und Doppelungen vermieden werden sollten. Zudem überwog bei den LKS/LDZ die Ansicht, dass ein solches Gremium mehr von Mitbestimmung und Kontrolle denn von seiner Beratungsfunktion Gebrauch machen würde (Bischoff et al. 2016: 10 f., 80 f.). Zweites erwartetes (Kern-)Produkt war, dass die Beratungsstellen und landesweiten Beratungsnetzwerke fortbestehen und, dass Opferberatungsstellen sowie diese der Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit neu etabliert werden und ebenfalls tätig sind. Diese Erwartungen konnten von 2015 bis 2017 weitgehend erfüllt werden (Bischoff et al. 2017: 14-19). Aufgrund der Zuwanderung sowie dadurch vermehrt auftretenden, rechtspopulistischen und rechtsextremistischen Gegenmobilisierungen kam es zu einer stark erhöhten Nachfrage nach Beratungsleistungen (Bischoff et al. 2017: 14, 90). Rechtspopulismus wurde folglich als eigenständiges Phänomen - neben Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit - als Beratungsgrund in die Datenbank zur statistischen Erfassung der Beratungsfälle aufgenommen (Bischoff et al. 2017: 15, Fn. 11). Zudem musste eine Priorisierung der Anfragen vorgenommen werden (Bischoff et al. 2017: 19).

Im Bereich der Opferberatung wurden pro Bundesland im betrachteten Zeitraum mit Ausnahme von Baden-Württemberg zwischen einer und vier Opferberatungsstellen eingerichtet, die insbesondere Asylsuchende berieten (Bischoff et al. 2017: 31-38, 119). Die Bedarfe dieser Zielgruppe - sprachliche Hürden, Unterbringung und Traumatisierung - erforderten eine umfangreichere Betreuung durch die Berater*innen sowie „[...] den Einsatz zusätzlicher Ressourcen [...]“ (Bischoff et al. 2017: 90). Im Bereich der Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit machten die LDZ aufgrund individueller Bedarfe und ihrer Landesinitiativen in unterschiedlichem Maße von der Möglichkeit Gebrauch, Mittel zur Projektförderung gegen Rechtsextremismus zu beantragen. In der Distanzierungsarbeit wurden neun und in der Ausstiegsarbeit fünf Projekte durchgeführt (Bischoff et al. 2017: 38-43).

Die Beratungsangebote sollten sich zudem auf den Bereich des gewaltorientierten Islamismus und linker Militanz erstrecken und bei Bedarf zur Verfügung stehen (Abb. 6, s. Anhang). Die Mobile Beratung hatte jedoch von 2015 bis 2017 die wenigen Anfragen hinsichtlich Islamismus an MP mit entsprechender Expertise vermittelt. Dennoch werden sich die Beratungsangebote künftig mit diesem Phänomenbereich auseinandersetzen müssen (Bischoff et al. 2017: 30).³¹

³¹ Vergleichbare Beratungsangebote wurden seit 2012 vom *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge* (BAMF) angeboten und ab 2015 auch innerhalb der LDZ etabliert. Die wB vermutete, dass die LDZ daher Doppelstrukturen vermeiden wollten (Bischoff et al 2017: 92).

Linke Militanz wurde nur von zwei der 16 LDZ als behandeltes Themenfeld angegeben und spielte demnach nur eine untergeordnete Rolle (Bischoff et al. 2017: 78 f.).

Als dritter *output* des Programmbereichs wurde die Einrichtung von Bundesvernetzungsstrukturen für die LDZ und die Berater*innen genannt (Abb. 6, s. Anhang). Diesbezüglich gab es sowohl erste Erfolge als auch bestehende Weiterentwicklungsbedarfe. Eine Verknüpfungsebene zwischen Modellvorhaben des Programmbereichs B zu Programmbereich C wurde durch eine Bundesarbeitsgemeinschaft zu religiösem Extremismus gebildet (Bischoff et al. 2017: 79). Die Vernetzungsstrukturen auf Landes- und Kommunalebene zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteur*innen konnten in einigen Fällen erfolgreich die Funktionen übernehmen, die das Bundesprogramm ursprünglich für die Beiräte vorgesehen hatte. Bei nichtstaatlich angesiedelten LKS/LDZ waren diese Strukturen jedoch weniger ausgeprägt (Bischoff et al. 2016: 82-84). Nichtsdestotrotz wurde noch Optimierungspotential in der Kooperation zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteur*innen festgestellt (Bischoff et al. 2017: 71).

Viertes erwartetes (Kern-)Produkt war die Etablierung und Arbeitsfähigkeit der „Strukturen für die Handlungskoordination der Akteure des Bundesprogramms untereinander und mit relevanten Akteuren anderer Programme [...] in allen Bundesländern [...]“ (Abb. 6, s. Anhang). Programmintern gab es einige Verbesserungsbedarfe: Das BAFzA sollte zu einem verbesserten, bundesweiten Austausch der Länder, beispielsweise hinsichtlich Rechtspopulismus, beitragen. Ebenso gab es Optimierungspotential bei der Inklusion der Pfd und der MP „[...] in die Abstimmungs- bzw. Koordinationsprozesse auf der Landesebene [...]“ (Bischoff et al. 2017: 68-71). Außerdem wünschten die LKS/LDZ eine bessere Einbindung in die Abstimmung zwischen Bund und Ländern in DL (Bischoff et al. 2017: 68 f.). Weiterentwicklungsbedarfe wurden ebenso in der Zusammenarbeit mit Programmbereich C gesehen (Bischoff et al. 2016: 91).

Die Abstimmung mit den Landesprogrammen kann als gut bewertet werden, weil in nahezu allen Bundesländern eigene Initiativen durchgeführt wurden, die die Themenfelder von DL widerspiegeln. Diese Landesprogramme wurden auch überwiegend von den LDZ implementiert (Bischoff et al. 2017: 51). Seitens der AfD wurde versucht, die Arbeitsfähigkeit einiger Landesprogramme zu beeinträchtigen, die sich den Phänomenen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus widmeten. Einige LDZ mussten daher 2017 u. a. dafür sorgen, dass die geförderten Angebote ihre Arbeit trotz der versuchten Diffamierung und Delegitimierung seitens rechtspopulistischer Akteur*innen fortführen konnten (Bischoff et al. 2017: 58 f., 44, 91 f.).

Der fünfte erwartete *output* bezog sich auf die fortgeführte Verwendung von Qualitätsentwicklungsverfahren, -instrumenten und -dokumenten (Abb. 6, s. Anhang). Die Mehrheit der Angebote der Ausstiegs- und Distanzierungsberatung arbeitete im betrachteten Zeitraum mit

etablierten Qualitätssicherungsverfahren (Bischoff et al. 2016: 57 f.). Die Angebote der Opferberatung basierten auf Qualitätsvorgaben des Bundesverbandes für Opferberatung (Bischoff et al. 2017: 36). Beim Strukturumbau der LKS zu LDZ wurde jedoch die Nachhaltigkeit etablierter Qualitätsverfahren beeinträchtigt (Bischoff et al. 2016: 73). Im Bereich der Mobilen Beratung wurde seit Ende 2015 regelmäßig ein Monitoringverfahren zu den geleisteten Beratungen durchgeführt, an dem 15 der 16 Bundesländer teilnahmen (Bischoff et al. 2017: 10).

Sechstes erwünschtes Resultat war die Inanspruchnahme unterstützender Angebote wie Weiter- und Fortbildung sowie Vernetzung durch die LDZ und die Berater*innen (Abb. 6, s. Anhang). 2015 wurde auch wegen der thematischen Ausweitung des Programmbereichs um Islamismus, GMF und hinsichtlich Flucht und Asyl die Notwendigkeit solcher Weiterqualifizierungen der Mitarbeitenden gesehen (Bischoff et al. 2015a: 50). Allerdings konnte diesem Bedarf bis 2017 kaum nachgekommen werden, da die Arbeitsbelastung der Berater*innen aufgrund gesellschaftlicher Polarisierung sowie rechtsextremistischer und rechtspopulistischer Agitation deutlich angestiegen war (Bischoff et al. 2017: 18 f., 68 f.).

Hinsichtlich der *outcomes* als adressatenbezogenen Wirkungen des Programmbereichs wurde erstens eine Stabilisierung der Kenntnisse und Fähigkeiten der LDZ/LKS und der Berater*innen erwartet, die ggf. mit einer methodischen und inhaltlichen Weiterentwicklung einhergehen sollte (Abb. 6, s. Anhang). Im Bereich der Mobilen Beratung zeigte sich bereits 2016, dass sich die thematische Programmausweitung auch in deren Leistungsspektrum niederschlug (Bischoff et al. 2016: 44 f.). Hinsichtlich der Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit im Bereich Rechtsextremismus erfolgte eine Konsolidierung und Fortentwicklung der Angebote: Diese adressierten

„[...] ‚rechtsextrem orientierte‘ und ‚rechtsextrem gefährdete‘ Jugendliche oder [...] Rechtsextremisten mit einem konsolidierten Weltbild und/oder einer verfestigten Szenenzugehörigkeit [...]“ (Bischoff et al. 2016: 59).

In der Distanzierungsarbeit erfolgten erste Erfahrungstransfers aus der Arbeit gegen Rechtsextremismus auf die Arbeit gegen „[...] religiös begründeten Extremismus [...]“ (Bischoff et al. 2016: 60). Sieben Bundesländer führten mithilfe von Sonderförderungen Modellvorhaben hinsichtlich islamistischer Phänomene durch (Bischoff et al. 2016: 60-63). Von der wB wurde hervorgehoben, dass sich in den LDZ bezüglich islamistischer Phänomene abgestimmte Bearbeitungsverfahren entwickelten, die vom vorhandenen Synergiepotential und dem Erfahrungstransfer aus der Bearbeitung des Rechtsextremismus profitieren könnten (Bischoff et al. 2016: 90 f., 2017: 83-85).

2017 wurde evident, dass in den LDZ die Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus viele Ressourcen erforderte, sodass diese bei der Stabilisierung und „[...] Nachhaltigkeit der Landesinfrastrukturen [...]“ fehlten (Bischoff et al. 2017: 91 f.). Hinsichtlich der Bearbeitung von Islamismus erfolgte bis 2017 noch keine Arbeit mit explizit radikalisierten Zielgruppen, sondern vielmehr mit pädagogischen Fachkräften, die mit diesbezüglich gefährdeten Kindern und Jugendlichen arbeiteten (Bischoff et al. 2017: 92).

Zweites erwartetes *outcome* war die Fortschreibung und Anpassung der Qualitätsentwicklung an neue Rahmenbedingungen (Abb. 6, s. Anhang). Das Monitoringverfahren der Mobilen Beratung wurde ab Ende 2015 genutzt und Mitte 2017 „[...] entsprechend der gesellschaftlichen Entwicklungen (Rechtspopulismus, Zuwanderungs- und Fremdenfeindlichkeit) und den damit korrespondierenden Änderungen im Angebot der Mobilen Beratung leicht angepasst [...]“ (Bischoff et al. 2017: 10).

Drittes erwartetes *outcome* war die Abstimmung der Programmakteur*innen „[...] in den Handlungsfeldern [...] gemäß Leitlinie [...]“ (Abb. 6, s. Anhang). 2015 wurden im Rahmen des partizipativen Evaluationsansatzes durch Workshops der wB u. a. Erhebungskategorien des Monitorings abgestimmt (Bischoff et al. 2015a: 27). 2016 wurden weitere Abstimmungsbedarfe zwischen Programmbereich B und C festgestellt, um Doppelstrukturen zu vermeiden (Bischoff et al. 2016: 76). Überdies kann auf die nötigen Abstimmungsbedarfe und die Verbesserung der Handlungskoordination der Akteur*innen verwiesen werden, die bereits hinsichtlich des dritten und vierten *outputs* des Programmbereichs formuliert wurden.

Das logische Modell dieses Programmbereichs ist gemäß einer „Wenn-dann“-Logik aufgebaut. Die Annahmen der *outputs* und *outcomes* wurden von 2015 bis 2017 in Teilen, jedoch noch nicht vollständig erfüllt. Auf Grundlage dieser Zwischenberichte (Bischoff et al. 2015a, 2016, 2017) können daher noch keine Aussagen über die Erfüllung der erwarteten *impacts* als finale Ziele bzw. struktur- und systembezogene Wirkungen des Programmbereichs B gemacht werden (vgl. Haubrich 2009a: 256, 2009b: 84-86; Abb. 6, s. Anhang).³²

3.3.3 Programmbereich C

Die Programmtheorie und das logische Modell (Bischoff et al. 2015b: 25) dieses Programmbereichs wurden aufgrund von Lernerfahrungen und Weiterentwicklungen erstmals 2016 aktuali-

³² Für Kap. 3.3.2-3.3.4 gilt allgemein, dass die *outputs* der jeweiligen Programmbereichsebenen auf die *inputs* und Maßnahmen der darunterliegenden Projektebene (Beratungsleistungen der LDZ, Arbeit der bzT bzw. der MP mit ihren Zielgruppen) wirken. Gleiche Wirkungen entfalten die jeweiligen *outcomes* der Programmbereichsebenen auf die erwarteten Produkte der jeweils darunterliegenden Projektebene (vgl. Widmer 2012: 44; Abb. 4, 6-8, s. Anhang).

siert (Heinze et al. 2016: 88). 2017 fand eine weitere Modifikation wegen der Ausweitung der Förderung auf acht neue Themen- und Strukturfelder des Programmbereichs, Lernerfahrungen, gesellschaftlicher Problemlagen und Bedarfe statt (Heinze et al. 2017: 7-14, 63). Die Veränderungen der Programm(bereichs)theorie bezogen sich insbesondere auf die *inputs* und *incomes* und auf die Maßnahmen des Programmbereichs (Heinze et al. 2017: 21-25): Die Maximalfördersumme betrug ab 2017 pro Träger jährlich 300.000 statt 200.000 Euro und der von den Trägern zu erbringende Kofinanzierungsanteil wurde von 20% auf 15% reduziert. Durch die neuen Träger erweiterten sich die Expertise und die Vernetzungsmöglichkeiten des Programmbereichs (Heinze et al. 2017: 22 f.). Die Leistungsanalyse referiert auf die Programmtheorie und das logische Modell aus 2017 (Heinze et al. 2017: 25; Abb. 7, s. Anhang).³³

Erster erwarteter *output* war, dass die „Produkte der Fachöffentlichkeit [...] rezipiert [werden]“ (Abb. 7, s. Anhang). Dazu zählten „[...] Publikationen, Handreichungen, Fachtage [...] [sowie] Unterstützungsangebote zur Trägerprofessionalisierung, bspw. Organisationsberatungen“ (Bischoff et al. 2015b: 23). Die geförderten Träger erbrachten Unterstützungsleistungen bei Organisationsprozessen, berieten und coachten sowohl programminterne als auch programmexterne, staatliche und nichtstaatliche Akteur*innen (Heinze et al. 2016: 33-35). Empirische Daten zeigten, dass die Träger Fachveranstaltungen durchführten, Fachdebatten anstießen und Fachpublikationen herausbrachten (Heinze et al. 2017: 31 f., 40). Der Aspekt der Unterstützungsangebote zur Trägerprofessionalisierung wird nachfolgend im sechsten *output* aufgegriffen.

Zweitens wurde erwartet, dass die Netzwerk- und Kooperationsstrukturen sowohl programmintern als auch programmextern aktiv genutzt werden (Abb. 7, s. Anhang). Programmintern umfasste dies die übrigen Programmbereiche von DL sowie andere geförderte bzT. Diesbezüglich konnten Erfolge sowie Probleme und Entwicklungsbedarfe konstatiert werden: Die geförderten Träger standen in unterschiedlich starken Kooperationsbeziehungen zueinander und bekundeten ein starkes Interesse am gegenseitigen Fachaustausch (Heinze et al. 2016: 10, 43 f.). Dieser erfolgte vorrangig bei thematischen Überschneidungen und lokaler Nähe. Diesbezüglich wurde ein Berlin-Bias konstatiert, weil 75% der Träger in Berlin angesiedelt waren (Heinze et al. 2016: 67). 2017 wurde evident, dass die Zusammenarbeit unter den Trägern des Programmbereichs, beispielsweise in Arbeitsgruppen, durch die damals noch unklare Anschlussperspektive nach Laufzeitende von DL negativ beeinflusst wurde: Sie mussten kooperieren, obwohl sie in anderen Trägern potenzielle Konkurrent*innen sahen (Heinze et al. 2017: 66 f., 88).

³³ Vgl. zu den Veränderungen im Zeitverlauf ausführlicher Heinze et al. (2017: 20-25, 2016: 17-20, 88); Bischoff et al. (2015b: 16-26).

Träger, die bereits vor DL im Themenfeld etabliert waren, verfügten über gut ausgeprägte Netzwerkstrukturen, mit denen inhaltliches Agenda-Setting, Interessenbündelung und -artikulation betrieben und Wissen verbreitet wurde (Heinze et al. 2017: 45 f., 53, 81). Neuere Träger waren im betrachteten Zeitraum damit befasst, vergleichbare Strukturen aufzubauen (Heinze et al. 2017: 35, 81). Ein analoger Befund zeichnete sich hinsichtlich der Kooperationsstrukturen der Träger auf Bundesebene ab (Heinze et al. 2017: 42).

Zudem zeigte sich 2017, dass eine bessere Abstimmung und Koordinierung zwischen den LDZ und den bzT vonnöten war (vgl. vierter *output*, Kap. 3.3.2). Dabei handelte es sich beispielsweise um die Umsetzung „[...] nationaler Strategien bzw. Aktionspläne [...]“, die von Bund und Trägern formuliert und lokal realisiert wurden (Heinze et al. 2017: 47, 10). Darüber hinaus sollte auch eine bessere Handlungskoordination zwischen den bzT und der Bundes- und Landesebene erfolgen (Heinze et al. 2017: 47, 87).

Hinsichtlich der programmexternen Netzwerk- und Kooperationsstrukturen kann festgehalten werden, dass die geförderten Träger über vielfältige Verbindung verfügten, die u. a. Bundes- und Landesministerien und deren Verwaltungen, KJH-Einrichtungen, wissenschaftliche Institutionen, Stiftungen, Schulen, Kommunen etc. inkludierten (Bischoff et al. 2015b: 35). Auch eine Zusammenarbeit mit Trägern, die innerhalb des Kinder- und Jugendplans gefördert wurden und sich für politische Bildung engagierten, war angedacht (Bischoff et al. 2015b: 48 f.). Analoge Beobachtungen trafen auf die 2017 neu aufgenommenen Träger zu (Heinze et al. 2017: 80 f.). Eine Herausforderung war für die Träger allgemein, sich gegenüber anderen Akteur*innen des Themen- und Strukturfeldes zu etablieren (Heinze et al. 2017: 87). Die Zusammenarbeit mit KJH-Einrichtungen erfolgte u. a. durch die Durchführung pädagogischer Angebote mit Kindern und Jugendlichen sowie durch die Arbeit mit pädagogischem Fachpersonal und Multiplikator*innen der Einrichtungen (Heinze et al. 2017: 58-60).

Dritter *output* war die Erwartung, dass die geförderten Träger ihrer Tätigkeit nachgehen und dabei einerseits ihren Personalbestand erhalten oder erweitern und andererseits, dass sie ihr „[...] Tätigkeitsspektrum[...] [bzw. ihre] Reichweite“ vergrößern und entfalten (Abb. 7, s. Anhang). Personalentwicklung war ein zentraler Bestandteil der Strukturentwicklung bzT (Heinze et al. 2017: 51). Der Personalbestand der Träger war bereits 2015 quantitativ sehr heterogen und umfasste je Träger zwischen zwei und 80 Mitarbeitenden (Bischoff et al. 2015b: 34 f.). Gleiches traf auf die neuen Träger zu (Heinze et al. 2017: 80 f.). 2016 wurde der fachlichen Personalentwicklung vonseiten der Träger mehr Bedeutung zugerechnet als der Personalaufstockung. Die fünfjährige Förderperiode von DL ermöglichte aus Trägersicht auch personelle Planungssicherheit (Heinze et al. 2016: 18 f.). 2017 zeichnete sich jedoch ein Personalmangel

in den Themenfeldern religiöser Extremismus und Strafvollzug ab, welche schnell an Bedeutung gewannen (Heinze et al. 2017: 87 f.). Erneut erschwerte die 2017 noch unklare Finanzierungs- und Anschlussperspektive nach Ende der Förderphase von DL, qualifiziertes Personal zu halten. Teilweise wurde ebenfalls ein Mangel an geeignetem Personal konstatiert. Diese beiden Aspekte waren auch unter der Wahrung der Fachexpertise in den Themen- und Strukturfeldern des Programmbereichs problematisch (Heinze et al. 2017: 65 f.).

Aus Trägersicht war Reichweite ein zentrales Kriterium der Bundeszentralität (Heinze et al. 2016: 62 f.). Eine auf das Alter bezogene Erweiterung der Zielgruppen des Programmbereichs wurde 2016 kontrovers diskutiert und von der wB als offene Herausforderung formuliert (Heinze et al. 2016: 59, Fn. 47). Die Reichweite des Programmbereichs wurde 2017 durch die Aufnahme acht neuer Themen- und Strukturfelder vergrößert, in denen in sieben Feldern zum Berichtszeitpunkt je ein Träger gefördert wurde (Heinze et al. 2017: 13, 77). Diese Felder referierten u. a. auf die Prävention religiöser Radikalisierung, von Islamfeindlichkeit, von Radikalisierung im Sport, auf die Förderung von Akzeptanz von LSBTIQ³⁴ und auf Engagement in Unternehmen (Heinze et al. 2017: 77). Die organisatorische und inhaltlich-nachhaltige Ausweitung der Tätigkeitsbereiche wurde im betrachteten Zeitraum insbesondere von kleineren Trägern nur vorsichtig verfolgt. Grund hierfür war wiederum die damals unsichere Anschlussperspektive nach Laufzeitende von DL (Heinze et al. 2017: 54, 11).

Vierter erwarteter *output* war die „Etablierung eines faktischen/stärkeren Kinder- und Jugendhilfebezuges der Träger“ (Abb. 7, s. Anhang). Das föderale KJH-System war „[...] das zentrale Bezugssystem für die Leistungserbringung der im Programmbereich geförderten Träger [...]“ (Heinze et al. 2017: 57). Eine Erhebung bewies, dass der KJH-Bezug bei den Trägern vorhanden war, da die Mehrheit mit Kindern, Jugendlichen und pädagogischen Fachkräften arbeitete (Heinze et al. 2016: 23-25, 2017: 58). Zusammenfassend ergab sich allerdings ein gemischtes Bild, da einige bzT den Bezug durch ihre Arbeit herstellten, andere jedoch größere Schwierigkeiten hatten, diesen nachzuweisen. Eine offene Herausforderung sah die wB bei bzT, die ihre Aktivitäten nur in einem lokal begrenzten Raum durchführten (Heinze et al. 2017: 61, 11 f.).

Der fünfte *output* bezog sich auf die Aufnahme von „Berichte[n], Veranstaltungen, Publikationen der P[rogrammevaluation] und wB [...]“ (Abb. 7, s. Anhang). Im betrachteten Zeitraum fand eine Reihe von Veranstaltungen der Programmevaluation und der wB für die Programmakteur*innen statt: Fachveranstaltungen und -austausche, Workshops mit dem BMFSFJ und dem BAFzA, Jahresplanungsgespräche, Trägerkonferenzen, Bund-Länder-Treffen, Arbeits-

³⁴ Damit sind lesbische, schwule, bi-, trans- und intersexuelle sowie queere Menschen gemeint.

gruppentreffen, ein Auftakttreffen mit neu geförderten Trägern sowie weitere Programm(bereichs)veranstaltungen (Bischoff et al. 2015b: 22 f.; Heinze et al. 2016: 15 f., 45, Fn. 36, 2017: 18 f.).

Die wB und das BMFSFJ initiierten 2016 einen Klärungsprozess, der sich auf die Definition der Bundeszentralität bezog. Ursprünglich galt Bundeszentralität als Fördervoraussetzung. Im Verlauf wurde jedoch die Strukturentwicklung zum bzT als programmbereichsbezogene Entwicklungsaufgabe definiert (Bischoff et al. 2015b: 62; Heinze et al. 2016: 65, 2017: 20). Detaillierte Angaben zur Rezeption dieses *outputs* konnten im Untersuchungszeitraum nicht gefunden werden.

Sechstens wurde erwartet, dass „Unterstützungsangebote zur Trägerprofessionalisierung existieren/[...] angenommen [werden]“ (Abb. 7, s. Anhang). Damit sind Fort- und Weiterbildungen für die Mitarbeitenden der Träger, für weitere Programmakteur*innen und Akteur*innen der Themen- und Strukturfelder gemeint (Heinze et al. 2017: 36). Eine empirische Erhebung zeigte, dass die bzT u. a. nachfolgende Aktivitäten umsetzten: Qualitätssicherung bezüglich Fachstandards und Methoden, Qualifizierungsangebote für Fachpersonal und Multiplikator*innen sowie die „Bereitstellung von Expertise, Beratung, Organisationsstrukturen und fachbezogenen Informationen [...]“ (Heinze et al. 2017: 36-40, 2016: 32; Bischoff et al. 2015b: 36). Zudem wurden Unterstützungsangebote für Akteur*innen in den Themen- und Strukturfeldern offeriert. Allerdings waren die diesbezüglichen Kapazitäten der Träger vor dem Hintergrund steigender programmexterner Anfragen begrenzt (Heinze et al. 2017: 41). Insgesamt hat die Mehrzahl der bzT im betrachteten Zeitraum Fort- und Weiterbildungen angeboten. Diskussionsbedarfe wurden von der wB hinsichtlich verschiedener Angebote für programmexterne Akteursgruppen gesehen (Heinze et al. 2017: 42).

Hinsichtlich der *outcomes* wurde erstens die „Trägerprofessionalisierung mit Blick auf die Entwicklungsaufgabe ‚bundeszentrale Träger‘“ erwartet (Abb. 7, s. Anhang). Die bundeszentralen Aufgaben bestanden aus den Funktionen Anregung und Transfer, Qualitätssicherung und Professionalisierung sowie politischer und fachpolitischer Interessenvertretung (Heinze et al. 2017: 26-28). Gemäß der wB erfüllten die Träger diese Funktionen überwiegend und erledigten die bundeszentralen Aufgaben Stück für Stück (Heinze et al. 2017: 29-48). Allerdings agierten die bzT in und mit unterschiedlichen Kontexten und Ressourcen. Weiterentwicklungsbedarfe wurden bei einigen Trägern in der Abgrenzung zu Aufgaben gesehen, die in Verantwortung von Landes- und Kommunalebene liegen sowie sich als bzT im Feld zu etablieren (Heinze et al. 2017: 87).

Zweitens sollten sich die Expertise und die Handlungsmöglichkeiten der Träger vergrößert haben und diese sollten bundeszentrale Tätigkeiten ausführen (Abb. 7, s. Anhang). Dieses *outcome* steht in enger Verbindung zum ersten *outcome* und kann als Prozess betrachtet werden, der von 2015 bis 2017 sukzessiv durchgeführt wurde und somit noch nicht vollendet war. Die Befunde des ersten *outcomes* gelten daher auch für diesen (Heinze et al. 2017: 87).

Drittens wurde „erweitertes Wissen/Handlungsrepertoire [...]“ bei den Zielgruppen der bzT erwartet (Abb. 7, s. Anhang). Da die Träger von 2015 bis 2017 mit diesen Zielgruppen zusammenarbeiteten (Heinze et al. 2016: 23-25, 77, 2017: 58-61, 29-48), ist dieses *outcome* die erwartete logische Folge. Allerdings wurden von der wB im betrachteten Zeitraum keine empirischen Erhebungen durchgeführt, die beispielsweise den Wissenszuwachs und neue Handlungsmöglichkeiten bei diesen Zielgruppen abfragten. Aussagen über die Erfüllung dieses *outcomes* wären demnach spekulativ und können somit an dieser Stelle nicht getätigt werden.

Von 2015 bis 2017 wurden die erwarteten *outputs* und *outcomes* des Programmbereichs C teilweise, jedoch noch nicht vollständig erfüllt. Da sich die *impacts* des Programmbereichs C als system- und strukturbezogene Wirkungen (Abb. 7, s. Anhang) erst mit einer temporären Verzögerung messen lassen und sie zudem unter dem Einfluss programmexterner Umstände stehen (vgl. Bischoff et al. 2015b: 24), können auch aufgrund des betrachteten Untersuchungszeitraums anhand dieser Zwischenberichte (Bischoff et al. 2015b; Heinze et al. 2016, 2017) noch keine weiteren Schlüsse gezogen werden.

3.3.4 Programmbereiche D und E

Die Entwicklungen der MP in den Programmbereichen D und E wurden von der wB von 2015 bis 2017 jeweils in einem Zwischenbericht behandelt (Greuel et al. 2015: 11, 2016: 11; Figlestahler et al. 2019: 8). Abbildung 8 (s. Anhang) zeigt das logische Modell der MP zu ausgewählten GMF-Phänomenen, Demokratiestärkung im ländlichen Raum und Radikalisierungsprävention (Greuel et al. 2015: 24, 22-29).

Erster erwarteter *output* dieses Programmbereichs waren „Bescheide, Projektbesuche, Publikation und Produkte der Ö[ffentlichkeitsarbeit] von [der] Regiestelle“ (Abb. 8, s. Anhang). Die am BAFzA angesiedelte Regiestelle von DL hat diese Produkte von 2015 bis 2017 weitgehend erbracht. Anfang 2015 wurden nach fachlicher Prüfung 90 MP zur Förderung ausgewählt: 54 MP in Programmbereich D und 46 MP in Programmbereich E (Greuel et al. 2015: 26). Der quantitative Umfang stieg von 106 MP Ende 2015 auf 137 MP und schließlich auf 172 MP Ende 2017. Diese letzte Ausweitung konnte allerdings nicht mehr im Zwischenbericht für 2017 berücksichtigt werden (Figlestahler et al. 2019: 8). Die Regiestelle betreute zudem die Homepage

von DL, mit der ebenfalls „[...] die ‚Vielfalt-Mediathek‘ [...]“ verknüpft ist (Greuel et al. 2015: 27). Die Homepage von DL dient der Öffentlichkeitsarbeit, der Kommunikation der Projekte nach außen sowie des Wissenstransfers. Die Mediathek bietet verschiedene Bildungsmedien zu den in DL und seinen Vorgängerprogrammen bearbeiteten Themenfeldern (BMFSFJ 2020h; IDA 2020; Greuel et al. 2015: 27). Auch Projektbesuche fanden im betrachteten Zeitraum statt (Greuel et al. 2016: 117).

Zweitens wurde erwartet, dass die wB Publikationen herausgibt und sie Workshops für die Programmbereichsakteur*innen anbietet (Abb. 8, s. Anhang). Dieser *output* wurde fast vollständig rechtzeitig erbracht. Die Zwischenberichte der wB für die Programmbereiche und Berichtsjahre 2015 bis 2017 wurden 2015 (Greuel et al. 2015: 1-156), 2016 (Greuel et al. 2016: 1-200) und 2019 (Figlestahler et al. 2019: 1-228) veröffentlicht. Die Workshops der wB für die Modellprojektakteur*innen fanden regelmäßig statt. Auf diese Weise wurden Fachaustausche, themenfeldbezogene Austausche, Projektbesuche und qualitative Erhebungen durch die wB realisiert (Greuel et al. 2015: 33, 73, 82, 2016: 11; Figlestahler et al. 2019: 29).

Drittes erwartetes Produkt war, dass wB und f-bb Publikationen herausbringen und Workshops durchführen (Abb. 8, s. Anhang). Programmübergreifende Fachaustausche wurden vom f-bb 2015 für das BMFSFJ geplant (Greuel et al. 2015: 27) und 2016 umgesetzt. Dies diente auch der Vernetzung der MP untereinander (Greuel et al. 2016: 25, Fn. 2, 83, 97). Zudem wurde vom f-bb eine Publikation über deren Arbeit herausgegeben (Greuel et al. 2016: 176, 192).

Viertens sollten die verschiedenen Programmakteur*innen Vernetzungstreffen in Eigenverantwortung organisieren (Abb. 8, s. Anhang). Dieser *output* wurde im betrachteten Zeitraum nur teilweise erfüllt: 2015 fand in Programmbereich D ein bundesweites Vernetzungstreffen für Betroffene und Nichtbetroffene von Antiziganismus statt (Greuel et al. 2016: 93-96). Generell betrachtet sorgten die MP größtenteils für ihre Vernetzung und bauten Kooperationsbeziehungen mit bedeutenden Kooperationspartner*innen auf (Figlestahler et al. 2019: 95, 182-184, 36-40). Kooperationen auf Landes- und Kommunalebene waren dabei häufiger als Kooperationen mit Institutionen auf Bundesebene (Figlestahler et al. 2019: 36-38).

Fünfter erwarteter *output* referierte auf die „Akzeptanz der Maßnahmen bei [den] geförderten Modellprojekten“ (Abb. 8, s. Anhang). Diese sollte durch qualitative und quantitative Analysen gemessen werden und gilt als eine der zentralen Gelingensbedingung für die nachhaltige Modellprojektumsetzung (Greuel et al. 2015: 32; Figlestahler et al. 2019: 136). In einzelnen Themenfeldern wurden im betrachteten Zeitraum jedoch Akzeptanzprobleme festgestellt: Im Themenfeld der GMF-Facette „Aktuelle Formen von Islam- und Muslimfeindlichkeit“ wurden von einigen MP

„[...] bei Kooperationspartnern Probleme in der Akzeptanz von Angeboten [beobachtet], die genuin auf die Auseinandersetzung mit Islamfeindlichkeit und antimuslimischen Rassismus abziel[t]en und bewusst demokratiefeindliche und gewaltorientierte Formen von Islamismus unbeachtet l[ie]ßen“ (Greuel et al. 2016: 15, 82; Figlestahler et al. 2019: 10, 78).

Einige MP des Themenfeldes „Homosexuellen- und Transfeindlichkeit“ wurden damit konfrontiert, dass „[...] die Akzeptanzförderung von sexueller/geschlechtlicher Vielfalt als solche oder als Lehrinhalt“ seitens populistischer, rechter und rechtsextremer Akteur*innen im gesellschaftlichen Diskurs kritisiert wurde (Figlestahler et al. 2019: 102 f.).

Weitere Akzeptanzprobleme hinsichtlich der Bearbeitungsnotwendigkeit des Themenfeldes „Linke Militanz“ (Programmbereich E) wurden aufseiten der Träger und der KJH-Regelstrukturen konstatiert. Daher wurden im betrachteten Zeitraum nur zwischen drei und sieben MP im Themenfeld gefördert (Greuel et al. 2016: 21, 180; Figlestahler et al. 2019: 15, 205). Im Themenfeld „Islamistische Orientierungen und Handlungen“ wurden von einigen MP über Akzeptanzprobleme hinsichtlich der Projektmethoden bei den Kooperationspartner*innen berichtet, welche durch hohe Personalfluktuations und fachliche Überforderung verstärkt wurden (Figlestahler et al. 2019: 35).

Eine Auswertung, die die Daten der qualitativen und quantitativen Adressatenbefragung der MP einbezieht, wurde von der wB aufgrund zeitlicher Probleme auf den Zwischenbericht für 2018 verschoben (Figlestahler et al. 2019: 25, 29). Insofern können keine ausführlicheren Aussagen zu diesem *output* gemacht werden.

Als erstes *outcome* wurde erwartet, dass die MP ihre Expertise und ihre Handlungsmöglichkeiten „[...] in der Auseinandersetzung mit den 8 Themenfeldern [erweitern]“ (Abb. 8, s. Anhang). Die Umsetzungsstände der MP waren auch wegen der unterschiedlichen Reifegrade der Themenbereiche und deren Voraussetzungen sehr heterogen, sodass diesbezüglich 2016 noch keine finalen Bewertungen erfolgen konnten (Greuel et al. 2016: 185). Die „inhaltliche Weiterentwicklung und/oder weitere Professionalisierung von bereits erprobten Bildungsprojekten/Angeboten/Handlungsansätzen“ war 2016 durchschnittlich für 30,7% der MP eine Hauptaufgabe (Greuel et al. 2016: 40-42). Der allgemeine Umsetzungsstand wurde 2017 wegen der thematischen Ausweitung und quantitativen Aufstockung der MP noch heterogener. 2017 beurteilten 72,4% der MP der seit 2015 integrierten Themenfelder Wissensgenerierung in ihrem Themenfeld als eine eher wichtige Aufgabe (Figlestahler et al. 2019: 32 f.). Wissensgenerierung und -erweiterung sowie die Erweiterung des Handlungsrepertoires waren Prozesse, die für die heterogenen MP im betrachteten Zeitraum somit noch nicht abgeschlossen waren (Figlestahler et al. 2019: 9, 221).

Zweitens wurde von den MP eine Reflektion und eventuelle Modifikation „[...] ihre[r] entwickelten Angebote [...]“ erwartet und, dass sie „[...] sich jeweilige Gelingens- und Scheiternsbedingungen“ bewusst machen (Abb. 8, s. Anhang). Im ersten Programmjahr nahmen weniger als 50% der MP Änderungen vor: Diese erstreckten sich insbesondere auf die Methodik, auf die inhaltlich-konzeptionelle Ausrichtung wegen gesellschaftlicher Bedingungen im Migrationskontext oder auf eine bessere Abstimmung hinsichtlich der Zielgruppenbedarfe.³⁵ Auch Misserfolge einzelner MP wurden reflektiert (Greuel et al. 2016: 58 f., 120).

Allgemein waren sich die MP dem erfolgreichen Zielgruppenzugang als Gelingensbedingung bewusst und konnten möglich Probleme und Hindernisse in ihrem Themenfeld antizipieren. Allerdings waren nicht alle MP vollumfänglich zu Modifikationen bereit oder hatten Probleme, die notwendige Objektivität zu wahren, vor allem, wenn die Projektakteur*innen selbst von Diskriminierung betroffen waren (Figlesthler et al. 2019: 210-212). Auch dieses *outcome* befand sich im betrachteten Zeitraum noch in einem prozesshaften Stadium.

Drittes *outcome* war, dass die MP „[...] ihre Lernerfahrungen der Fachöffentlichkeit zur Verfügung [stellen]“ (Abb. 8, s. Anhang). Diesem *outcome* wurde im betrachteten Zeitraum große Bedeutung zugemessen.³⁶ Bis 2017 wurde die Diffusion von Projekthinhalten und -ergebnissen sowie deren Transfer in die Regelstrukturen jedoch noch nicht schwerpunktmäßig verfolgt (Figlesthler et al. 2019: 222). Meines Erachtens wird dies in den letzten beiden Programmjahren bedeutender gewesen sein. Der Transfer eines MP in die Regelpraxis und seine Fortführung nach Ende von DL wurde jedoch 2017 angekündigt. Dieses MP bearbeitete rechtsextremistische Orientierungen junger Menschen (Figlesthler et al. 2019: 164, 169).

Weiterführende Aussagen zu den *impacts* der Programmbereiche D und E (Abb. 8, s. Anhang) können anhand dieser Zwischenberichte (Greuel et al. 2015, 2016; Figlesthler et al. 2019) noch nicht getroffen werden, da die *outputs* und *outcomes* von 2015 bis 2017 noch nicht vollständig erbracht wurden.

3.4 Gesellschaftliche Entwicklungen in Deutschland (2015-2017)

Nachfolgende Unterkapitel beinhalten eine kurze und pointierte Analyse gesellschaftlicher Entwicklungen in Deutschland von 2015 bis 2017. Signifikante Befunde aus und zu den Verfassungsschutzberichten der Jahre 2015 bis 2017 werden erläutert, die in thematischer Verbindung zu den in DL bearbeiteten Phänomenbereichen stehen (Kap. 3.4.1). Zudem werden empirische

³⁵ Greuel et al. (2016: 46 f., 64, 140, 142, 162); Figlesthler et al. (2019: 88 f., 106).

³⁶ Greuel et al. (2015: 104, 119, 131, 2016: 14, 141); Figlesthler et al. (2019: 69, 116, 170).

Studienergebnisse zu extremistischen und antidemokratischen Einstellungen sowie zur Ausprägung von GMF vergleichend angeführt (Kap. 3.4.2).

3.4.1 Erkenntnisse aus und zu den Verfassungsschutzberichten

Die Berichte des *Bundesamtes für Verfassungsschutz* (BfV) geben u. a. Auskunft über die Anzahl der Personen in Deutschland, denen extremistisches Personenpotenzial zugeschrieben wird. Diagramm 1 (s. Anhang) bildet diese Gesamtanzahl von 2015 bis 2017 nach Phänomenbereich des Extremismus ab. In Anlehnung an die in DL bearbeiteten Phänomenbereiche referiert Diagramm 1 auf Personen mit rechtsextremistischem, linksextremistischem und islamistischem Personenpotenzial. Im betrachteten Zeitraum konnten in allen Phänomenbereichen Zunahmen verzeichnet werden: Das rechtsextremistische Personenpotenzial stieg von 23.850 (2015) auf 25.250 (2017) Personen, das linksextremistische Personenpotenzial von 27.400 (2015) auf 30.400 (2017) Personen.³⁷ Für 2015 konnten im Bereich des islamistischen Personenpotenzials keine Daten angegeben werden, da dem BfV hierzu keine umfassenden und gesicherten Informationen vorlagen (BMI 2016: 154 f.). Für 2016 und 2017 wurde „innerhalb der islamistischen Szene [...] eine Kräfteverschiebung in den gewaltorientierten beziehungsweise jihadistischen Bereich [...]“ konstatiert (BMI 2018: 172). Die Angaben zum islamistischen Personenpotenzial aus 2017 (25.810; 2016: 24.400) referieren „[...] allein auf [...] ausreichend gesicherte[...] Zahlenangaben [...]“ (BMI 2018: 173, 2017: 159 f.).

Diagramm 2 (s. Anhang) bildet die Gesamtanzahl der extremistisch motivierten Straftaten³⁸ in Deutschland für 2015, 2016 und 2017 nach Phänomenbereich des Extremismus ab. Rechtsextremistische und linksextremistische Straftaten sind zwei Phänomenbereiche der PMK mit extremistischem Hintergrund (BMI 2018: 23-25). Die rechtsextremistisch motivierten Straftaten erreichten 2016 eine Spitze (22.471; 2015: 21.933). Die rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten - als Subkategorie der Straftaten - hatten im betrachteten Zeitraum vor allem einen antisemitischen oder fremdenfeindlichen Hintergrund, richteten sich gegen Asylunterkünfte, direkt gegen Flüchtlinge, Flüchtlingshelfer*innen, Vertreter*innen des Rechtsstaates sowie

³⁷ Die Zahlen (vgl. Diagramm 1, s. Anhang) sind laut BfV teilweise geschätzt und gerundet. BMI (2016: 43-45, 95 f., 154 f., 2017: 40, 102 f., 159 f., 2018: 48-50, 102 f., 172 f.).

³⁸ „Extremistisch motivierte Straftaten bilden eine Teilmenge des Phänomenbereichs ‚Politisch motivierte Kriminalität‘ [PMK]. Es handelt sich um diejenigen Straftaten, bei denen es Anhaltspunkte dafür gibt, dass sie darauf abzielen, bestimmte Verfassungsgrundsätze zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen, die für die freiheitlich demokratische Grundordnung prägend sind“ (BMI 2018: 24, 23-25). Die Daten der PMK mit extremistischem Hintergrund referieren auf Angaben des *Bundeskriminalamtes* (BKA; BMI 2018: 23; vgl. Diagramm 2, s. Anhang). 2017 hatten in etwa drei Viertel (75,6% = 29.855) der politisch motivierten Straftaten (100% = 39.505) einen extremistischen Hintergrund (BMI 2018: 23 f.).

gegen Politiker*innen, die sich im Kontext von Flucht und Asyl engagierten.³⁹ 2017 konnte ein leichter Rückgang verzeichnet werden (19.467), wenngleich die Gesamtanzahl der rechtsextremistisch motivierten Straftaten im betrachteten Zeitraum deutlich höher war als diese der links-extremistisch motivierten Straftaten (vgl. Diagramm 2, s. Anhang). Letztere umfassten 2015 5.620, 2016 5.230 und 2017 6.393 Straftaten (BMI 2016: 30, 2017: 29, 2018: 32). Der Anstieg 2017 ist auf die Proteste im Rahmen des G-20 Gipfels zurückzuführen, der im Juli 2017 in Hamburg stattfand (BMI 2018: 32).

Von 2015 auf 2016 erfolgte eine Zunahme im Bereich der „PMK - Ausländerkriminalität“ von 1.524 auf 2.566 Straftaten (BMI 2016: 36, 2017: 34). Ab 2017 wurden Straftaten mit extremistischem Hintergrund aus dem Bereich „PMK - Ausländerkriminalität“ in zwei Phänomenbereiche unterteilt: „PMK - religiöse Ideologie“, beispielsweise islamistisch/fundamentalistisch oder „[...] antisemitische Straftaten mit einer religiös ideologischen Motivation [...]“ sowie „PMK - ausländische Ideologie“, z. B. „[...] antisemitische Straftaten mit einer ausländisch ideologischen Motivation [...]“ (BMI 2018: 23, 37, 40). 2017 wurden 907 Straftaten im Bereich „PMK - religiöse Ideologie“ und 1.187 im Bereich „PMK - ausländische Ideologie“ verübt (BMI 2018: 37 f., 23 f.).

Im betrachteten Zeitraum wurden ebenfalls Straftaten mit extremistischem Hintergrund begangen, die sich keinem Phänomenbereich zuordnen lassen (BMI 2016: 24, 2017: 22, 2018: 24). In dieser Kategorie war ebenfalls ein Anstieg von 604 (2015) auf 691 (2016) und auf 1.901 Straftaten (2017) zu verzeichnen (BMI 2016: 24, 2017: 22, 2018: 24).

Das Erfassungssystem der PMK wurde 2016 von Kati Lang (2016: 201-221) wegen seiner Fokussierung auf Extremismus kritisiert. Zudem sei die Definition von „[...] ‚politisch‘ [...]“ sehr begrenzt (2016: 205, 203-207). Lang bemängelte ebenfalls, dass es für antimuslimische und antiziganistische Straftaten keine „[...] gesonderte[n] Erfassungskriterien [...]“ gäbe (2016: 207). In der Praxis würden „[...] vorurteilsmotivierte Taten [...]“ oft nicht korrekt erfasst: „So erfassen unabhängige Beobachtungsstellen seit Jahren etwa doppelt so viele rechtmotivierte Straftaten wie die Polizei“ (Lang 2016: 208).⁴⁰ Lang machte für die aus ihrer Sicht nicht angemessene Aufdeckung von Vorurteils kriminalität in Deutschland allgemein mangelndes Wissen sowie teils in den Ermittlungsbehörden verankerte Ungleichwertigkeitsideologien verantwortlich (2016: 208). Zwar sei es zu begrüßen, dass seit Mitte 2015 „[...] Taten, welche aus ‚rassistischen, fremdenfeindlichen oder sonstigen menschenverachtenden Beweggründen‘ begangen

³⁹ BMI (2018: 51-54, 2017: 24-26, 48-54, 2016: 45-55); vgl. Melzer/Molthagen (2015: 8).

⁴⁰ Vgl. auch die Recherche von Zeit Online und dem Tagesspiegel, die doppelt so viele Todesopfer rechter Gewalt in Deutschland seit 1990 zählt, wie die Behörden (Aisslinger et al. 2020: 17, 15-17).

wurden, schärfer geahndet werden“ (Lang 2016: 212). Lang zufolge sei diese Kategorisierung dennoch zu grob (2016: 215 f.).

3.4.2 Studienergebnisse zu extremistischen, fremdenfeindlichen und antidemokratischen Einstellungen

Nachfolgend wird einerseits auf die Leipziger „Mitte“-Studien referiert, die seit 2002 im Zweijahresrhythmus eine repräsentative Umfrage zu rechtsextremen Einstellungen in Deutschland durchführen (Decker et al. 2016a, 2016b: 23; Decker/Brähler 2016a: 7 f.). Diese wurden u. a. wegen der fremdenfeindlichen Ausschreitungen Anfang der 1990er-Jahre initiiert und dokumentieren „[...] die Entwicklung der politischen Einstellung, von Rechtsextremismus, Vorurteilen und autoritärer Orientierung [...] und [bestimmen] ihre Einflussfaktoren“ (Decker/Brähler 2016a: 7, 2016b: 14 f.). Zusätzlich zur Abfrage rechtsextremer Einstellungen in sechs Dimensionen wurden 2016 verschiedene Fragebögen verwendet, die die Einstellungen zu GMF und Autoritarismus abfragten (Decker/Brähler 2016b: 19, 11-21; Decker et al. 2016b: 23 f.). Diese Studienreihe arbeitet mit *Face-to-Face*-Interviews (Decker et al. 2016b: 25).

Andererseits wird auf die Mitte-Studie der *Friedrich-Ebert-Stiftung* (FES; Zick et al. 2016) referiert. Diese ist ebenfalls eine repräsentative, zweijährlich stattfindende Erhebung, welche rechtsextreme Einstellungen, Ausprägungen von GMF und Haltungen zu Gewalt in Deutschland in Telefoninterviews untersucht (Krause/Faulbaum 2016: 23-31). Von 2006 bis 2012 bestand eine Zusammenarbeit mit der Universität Leipzig. Seit 2014 arbeitet die FES mit der Universität Bielefeld zusammen, was den Einbezug der Forschungsergebnisse zu GMF von Heitmeyer (beispielsweise 2002a, 2003a, 2012a) ermöglicht (Melzer 2016: 10).

Die Befunde der Leipziger „Mitte“-Studien aus 2016 ergaben im Abgleich mit den bisherigen Leipziger „Mitte“-Studien, dass die rechtsextremen Einstellungen in Deutschland in den sechs abgefragten Dimensionen insgesamt weitestgehend gleich geblieben bzw. Anstiege zu verzeichnen waren (Decker et al. 2016b: 47 f.): Die Zustimmung zur „Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur“ stieg 2016 auf insgesamt 5% (2014: 3,6%; Decker et al. 2016b: 43). Chauvinistische Einstellungen erhöhten sich von 13,6% (2014) auf 16,7% (2016) und Ausländerfeindlichkeit von 18,1% (2014) auf 20,4% (2016; Decker et al. 2016b: 43-45). Beim Antisemitismus war ein marginaler Rückgang von insgesamt 5,1% (2014) auf 4,8% (2016) zu verzeichnen (Decker et al. 2016b: 44 f.). Die Zustimmungsraten zum Sozialdarwinismus stiegen von 2,9% (2014) auf 3,4% (2016) und die Verharmlosung des Nationalsozialismus blieb in etwa gleich: 2,2% 2014 und 2,1% 2016 (Decker et al. 2016b: 46-48). Ein geschlossenes, rechtsextremes Weltbild, das die Zustimmung zu allen sechs Dimensionen rechtsextremer Einstellungen

abbildet, verringerte sich von 2014 (5,7%) auf 2016 (5,4%) nur marginal (Decker et al. 2016b: 46-48).

Die Dimensionen „Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur“, „Ausländerfeindlichkeit“, „Sozialdarwinismus“ sowie „das geschlossene rechtsextreme Weltbild“ erhielten 2016 in Ostdeutschland höhere Zustimmungswerte als in Westdeutschland. Dort hingegen waren die chauvinistischen und antisemitischen Zustimmungswerte sowie diese der „Verharmlosung des Nationalsozialismus“ 2016 höher (Decker et al. 2016b: 43-48, 23-66).

Hinsichtlich der rechtsextremen und rechtspopulistischen Einstellungen in Deutschland resümierten Zick et al. für 2016, dass etwa ein gutes Fünftel der Befragten rechtspopulistisch eingestellt sei und gute 33% „[...] Zustimmung zu einer aggressiven Stimmung gegenüber Zuwanderern [...] [äußerten]“ (2016b: 141). Zudem wurde evident, dass die Übergänge zwischen rechtspopulistischen und rechtsextremen Einstellungen fließend waren, da „[...] beide Überzeugungen in menschenfeindlichen Einstellungen und Gewaltorientierung nicht weit auseinanderliegen“ (Zick et al. 2016b: 141; vgl. Frei et al. 2019: 103-110). Ein konsolidiert rechtsextremes Weltbild war bei den Befragten zwar selten, aber rechtsextreme und rechtspopulistische Einstellungen verlagerten sich 2016 weiter in die gesellschaftliche Mitte (Zick et al. 2016b: 142; 111-142).

Hinsichtlich der Einstellungen zu GMF kam die FES-Studie (Zick et al. 2016) im Abgleich zwischen 2014 und 2016 zu folgenden Ergebnissen: Die Entwicklung des GMF-Elements „Rassismus“ blieb von 2014 zu 2016 mit insgesamt 9% fast gleich, bei „Sexismus“ konnte ein Rückgang von 11% auf 9% verzeichnet werden (Zick et al. 2016a: 43). Fremdenfeindliche Einstellungen wurden 2016, wie auch 2014, von etwa einem Fünftel der Befragten geteilt. Hinsichtlich des klassischen Antisemitismus wurde insgesamt eine kleine Abnahme von 9% auf 6% festgestellt. Allerdings erhielt der „[...] Vorwurf der Vorteilsnahme durch den Holocaust [...]“, was man auch als „[...] sekundären Antisemitismus [...]“ bezeichnet, von circa einem Viertel der Befragten Zustimmung (Zick et al. 2016a: 43, 38, 43-48; vgl. Küpper et al. 2015: 32-34). Die Muslimfeindlichkeit blieb mit insgesamt 18% auf dem gleichen Wert wie 2014 und antiziganistische Einstellungen wurden insgesamt von ca. 25% der Befragten geteilt. Die ablehnenden Haltungen gegenüber Asylbewerber*innen stieg von 44% (2014) auf nahezu 50% (2016). Die Abwertung Homosexueller blieb fast gleich (2016: 12%; Zick et al. 2016a: 47 f.).⁴¹

Insgesamt konnten von 2014 auf 2016 in der FES-Studie somit eher wenige Modifikationen hinsichtlich der GMF-Syndromelemente konstatiert werden. Der rückläufige Trend konnte

⁴¹ Vgl. zur Abwertung von Obdachlosen, Arbeitslosen und Menschen mit Behinderung ausführlich Zick et al. (2016a: 48 f., 75 f.).

hinsichtlich des klassischen Antisemitismus sowie bei der Abwertung Homosexueller und Menschen mit Behinderung auch 2016 bestätigt werden. Allerdings manifestierte sich eine Zunahme bei der Abwertung von Asylbewerber*innen und bei der „[...] Einforderung von Etabliertenvorrechten [...]“ (Zick et al. 2016a: 52; vgl. Küpper et al. 2015: 34 f.). Starke Zusammenhänge konnten 2016 zwischen den Syndromelementen „[...] Muslimfeindlichkeit, Fremdenfeindlichkeit und Etabliertenvorrechten [...]“ bestätigt werden, welche zudem in Verbindung zu Rassismus stehen, welcher „[...] auch mit Antisemitismus, Sexismus und der Abwertung von Homosexuellen auf mittlerem Niveau in Zusammenhang steht“ (Zick et al. 2016a: 52; vgl. 72-76, 33-81).

In den Leipziger „Mitte“-Studien bestätigte sich jedoch für 2016 der bereits 2014 festgestellte Trend, dass Anstiege in der Abwertung spezifischer Gruppen zu verzeichnen waren. In den GMF-Kategorien Islamfeindschaft und Antiziganismus sowie hinsichtlich der Abwertung von Asylbewerber*innen und Homosexuellen wurden für 2016 gegenüber 2014 teils deutliche Zunahmen verzeichnet (Decker et al. 2016b: 49-51).⁴²

Auch das institutionelle Vertrauen, insbesondere in Parteien und Medien, hat 2016 abgenommen. Zudem wurde konstatiert, dass „der Legitimationsverlust von etablierten Parteien und Institutionen [...] ein entscheidender Faktor für den Erfolg von rechtspopulistischen und rechtsextremen Bewegungen und Organisationen [war]“ (Decker et al. 2016b: 64, 59-65; vgl. Küpper et al. 2015: 31 f., 43).

3.5 Diskussion: Die Entfristung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“

Zunächst wird die zweite Forschungsfrage, inwiefern gesellschaftliche Entwicklungen für eine Entfristung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ sprachen, diskutiert. Danach wird die erste Forschungsfrage, was zum Erfolg des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ beigetragen hat und somit für dessen Entfristung im Mai 2018 sprach, debattiert. Außerdem wird auf die kontroverse Debatte bezüglich der inhaltlich-strukturellen Ausrichtung und der finanziellen Ausstattung von DL ab 2020 eingegangen, die sich Ende 2019 vor und während der Haushaltsverhandlungen für 2020 ereignet hatte.

DL hatte als überregionales, multizentrisches und multimodales Bundesprogramm die Aufgabe, innerhalb des befristeten Zeitraums von fünf Jahren im Bereich der Extremismusprävention und Demokratieförderung innovative Ansätze zur Lösung gesellschaftlicher Problemlagen zu

⁴² Die Vergleichbarkeit der Daten von 2014 und 2016 ist jedoch aufgrund unterschiedlicher Erhebungsmethoden - Telefoninterviews 2014 und *Face-to-Face*-Interviews 2016 - limitiert (Decker et al. 2016b: 50).

entwickeln und zu erproben sowie diese im Erfolgsfall auf die Regelpraxis zu übertragen. Durch DL kam der Bund somit in diesem Themenbereich der Funktion nach, die Tätigkeiten in der KJH anzuregen und sie zu unterstützen (vgl. Kap. 2.1; BMFSFJ 2017: 5; Haubrich 2009a: 42, 2009b: 81).

Das Vorhandensein gesellschaftlicher Problemlagen ist grundlegende Voraussetzung für die Initiierung eines Bundesprogramms, welches innovative Lösungsansätze sucht (vgl. Kap. 2.1). Zum Zeitpunkt der Entfristungsentscheidung lagen, wie die Analyse in Kap. 3.4 zeigte, Befunde über die gesellschaftlichen Entwicklungen in Deutschland vor, die keinen Anhaltspunkt dafür boten, dass sich die Problemlagen um Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit bis zum Ende der Programmlaufzeit von DL im Dezember 2019 vollständig auflösen würden. Die gesellschaftlichen Entwicklungen von 2015 bis 2017 sprachen vielmehr für eine Entfristung des Bundesprogramms DL, sodass eine weiterführende Bearbeitung dieser Problemlagen auch über 2019 hinaus ermöglicht werden konnte: Das extremistische Personenpotenzial war in den Phänomenbereichen Rechtsextremismus, Linksextremismus und islamistischer Extremismus kontinuierlich angestiegen (vgl. Kap. 3.4.1, Diagramm 1, s. Anhang). Die Anzahl der rechtsextremistisch motivierten Straftaten war im Vergleich zu den anderen extremistisch motivierten Straftaten sehr hoch (vgl. Diagramm 2, s. Anhang). Hervorzuheben ist insbesondere, dass sich viele der rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten im betrachteten Zeitraum gegen Flüchtlinge, deren Unterkünfte sowie gegen Personen richteten, die sich im Kontext der Zuwanderungsbewegungen engagierten (vgl. Kap. 3.4.1; BMI 2017: 24-26). Die Parallelen zu den rassistischen, rechtsextremistischen und fremdenfeindlichen Angriffen, u. a. auf die Unterkünfte von Geflüchteten Anfang der 1990er-Jahre, sind sehr offensichtlich (vgl. Frei et al. 2019: 101-106; Decker/Brähler 2016a: 7 f.).

Auch wenn es am Erfassungssystem der PMK berechtigte Gründe zur Kritik gab und gibt (vgl. Kap. 3.4.1; Lang 2016: 201-221), sprachen allein die konstante Höhe der rechtsextremistisch motivierten Straftaten, die ggf. noch höher lagen, sowie die Ansteige extremistisch motivierter Straftaten der übrigen Phänomenbereiche dafür, diesen Straftaten auch über 2019 hinaus entschieden entgegenzutreten bzw. diese präventiv zu verhindern (vgl. Kap. 3.4.1, Diagramm 2, s. Anhang; Aisslinger et al. 2020: 15-17).

Um die Anzahl extremistisch motivierter Straftaten sowie das extremistische Personenpotenzial zu verringern, sind die in DL ergriffenen Maßnahmen zur Radikalisierungsprävention, wie sie beispielsweise in den MP des Programmbereichs E erprobt und umgesetzt wurden, ein vielversprechender Ansatz (vgl. Kap. 3.3.4). Auch die in Programmbereich B angesiedelten Beratungsangebote sowie Angebote zur Distanzierungs- und Ausstiegsberatung sind wichtige

Strukturen, die Opfern von Rechtsextremismus sowie Ausstiegs- und Distanzierungswilligen hinsichtlich Rechtsextremismus und Islamismus auch nach 2019 zur Verfügung stehen sollten (vgl. Kap. 3.3.2).

Überdies boten die Befunde der beiden Mitte-Studien aus 2016 zahlreiche empirische Nachweise, die letztlich für die Entfristung des Bundesprogramms DL sprachen. Die Zustimmungsraten hinsichtlich der Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, des Chauvinismus, der Ausländerfeindlichkeit und des Sozialdarwinismus waren gegenüber 2014 angestiegen. Dies zeigte, dass sich 2016 Ungleichwertigkeitsideologien und die damit verbundene Abwertung anderer bei einer gleichzeitigen Aufwertung der eigenen Gruppe, tiefer in der Gesellschaft verankert hatten, als dies 2014 der Fall war (vgl. Kap. 3.4.2). Die Unterschiede in den Zustimmungsraten zu den Dimensionen des Rechtsextremismus in Ost- und Westdeutschland sprechen dafür, dass die Strategien der kommunal und lokal agierenden Pfd sowie diese der MP des Bundesprogramms DL sinnvoll und geeignet sind. Sie entwickelten auf die Problemlagen vor Ort angepasste Vorgehensweisen und wendeten nicht alle ein und dasselbe generalisierende Lösungskonzept an (vgl. Kap. 2.1.3, 3.3.1, 3.3.4). Auch wenn laut beider Studien ein konsolidiert rechtsextremes Weltbild in Deutschland im Jahre 2016 nur in geringem Maße verbreitet war, wurde evident, dass rechtsextreme und rechtspopulistische Ansichten zunehmend in der gesellschaftlichen Mitte Widerhall fanden.⁴³

Die zwei Studien (Decker et al. 2016a; Zick et al. 2016) kamen hinsichtlich der Entwicklungen der GMF-Syndromelemente zu teils unterschiedlichen Ergebnissen (Zick et al. 2016a: 42-53; Decker et al. 2016b: 49-51). Dennoch einte sie die Feststellung deutlicher Zunahmen hinsichtlich der Abwertung von Asylbewerbenden gegenüber 2014 (vgl. Kap. 3.4.2; Decker et al. 2016b: 49-51; Zick et al. 2016a: 52). Auffällig waren zudem die hohen Werte bzw. Zunahmen hinsichtlich der Islam- bzw. Muslimfeindlichkeit, des Antiziganismus und des sekundären Antisemitismus.⁴⁴

Für eine anschließende Bearbeitung dieser Phänomene durch ein Bundesprogramm sprach ebenfalls, dass auch für 2016 eine hohe Korrelation zwischen den einzelnen GMF-Syndromelementen nachgewiesen wurde (Zick et al. 2016a: 52; vgl. Küpper et al. 2015: 26-36, Krause et al. 2015: 46 f.). Gleichfalls sprachen der konstatierte institutionelle Vertrauensverlust sowie der Legitimationsverlust der etablierten Parteien, welche dem Aufschwung rechtspopulistischer

⁴³ Decker et al. (2016b: 46-48), Zick et al. (2016b: 142); vgl. Melzer/Molthagen (2015: 7 f.); Zick/Küpper (2015: 11-14); Küpper et al. (2015: 39-43).

⁴⁴ Vgl. Decker/Brähler (2016a: 8); Decker et al. (2016b: 49-51); Zick et al. (2016a: 38, 43-48).

und rechtsextremistischer Gruppierungen zuträglich waren (Decker et al. 2016b: 52-65), für weiterführende Maßnahmen im Bereich der Demokratieförderung und Extremismusprävention. Das rechtsextreme, fremdenfeindliche und autoritäre Potenzial, das seit geraumer Zeit in empirischen Erhebungen erfasst wurde (Decker/Brähler 2016a: 8, 2016b: 14 f.), wurde durch die Zuwanderungsbewegungen und das Vorrücken rechter Ansichten in die gesellschaftliche Mitte getriggert. Rechtspopulistische und rechtsextreme Agitation wurde im betrachteten Zeitraum sichtbarer und setzten sich häufiger in aktives Handeln um. Beispiele dafür sind die Pegida-Demonstrationen oder die zahlreichen Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte.⁴⁵

Demokratiefeindliche und autoritäre Überzeugung stehen in enger Wechselwirkung zu GMF und Rechtsextremismus (vgl. Zick et al. 2016a: 33-35; Küpper et al. 2015: 26-32) und einige Ausprägungsformen der GMF zählen zu den Grundannahmen des Rechtsextremismus und des Rechtspopulismus (vgl. Krause et al. 2015: 46; Küpper et al. 2015: 28). Aus den Befunden der gesellschaftlichen Entwicklungen von 2015 bis 2017 lässt sich gleichfalls ableiten, dass Maßnahmen der Demokratieförderung und der Extremismusprävention, wie sie in DL ergriffen wurden, stets in wechselseitiger Beziehung stehen und daher auch gemeinsam durchgeführt werden sollten (vgl. Krause et al. 2015: 60). Wie die Forschungsgruppen um Heitmeyer (vgl. 2002b: 21, 2003b: 14) und zuletzt diese um Zick et al. (2016a: 33-35) zeigten, ist GMF von Ideologien der Ungleichwertigkeit geprägt, die sich in der Abgrenzung der eigenen gegenüber der anderen Gruppe äußern. Mit dieser Abgrenzung geht auch ein Angriff auf in Deutschland grundgesetzlich verankerte Rechte einher: Dies betrifft u. a. die Menschenwürde, persönliche Freiheitsrechte, die Gleichheit vor dem Gesetz sowie die Glaubens- und Gewissensfreiheit (Art. 1-4 GG; Deutscher Bundestag 2012: 15 f.; vgl. Zick et al. 2016a: 33-35).

Für eine weiterführende, überregionale und bundesweite Bearbeitung von Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit sowie für die Stärkung der Demokratie in einer zweiten Förderphase des Bundesprogramms DL sprach, dass entsprechende Problemlagen und gesellschaftliche Entwicklungen zum Zeitpunkt der Entfristungsentscheidung im Mai 2018 in Deutschland objektiv und empirisch nachweisbar vorhanden waren. Zudem beeinträchtigten sie das Zusammenleben in Deutschland und stellten die freiheitlich-demokratische Grundordnung teils infrage (vgl. Kap. 3.4).

Inwiefern weitere, programmexterne Faktoren, wie der Angriff mit rechtsextremen Hintergrund auf die damalige Kölner Oberbürgermeisterkandidatin Henriette Reker (vgl. Melzer/Molthagen 2015: 8), das Erstarken des Rechtspopulismus oder islamistische Anschläge in Deutschland die

⁴⁵ Vgl. Küpper et al. (2015: 21-24, 42 f.); Krause et al. (2015: 44 f.); Melzer/Molthagen (2015: 8); vgl. Kap. 3.4.1.

Entfristungsentscheidung des Bundesprogramms DL mitbeeinflusst haben, könnten an dieser Stelle ohne Rückgriff - beispielsweise auf qualitative Interviews mit politisch Verantwortlichen - nur spekulative, jedoch nicht wissenschaftlich belegbare Aussagen getroffen werden.

Für den Erfolg eines Bundesprogramms ist u. a. maßgeblich, ob es die Funktionen und Eigenschaften, die man ihm zuschreibt, erfüllen kann und ob es insgesamt durch seine Leistungen einen Beitrag zur Verbesserung gesellschaftlicher Problemlagen erbringen kann. Zudem ist zentral, ob der Transfer erfolgreich erprobter und innovativer Maßnahmen auf die Regelpraxis gelingt und, ob interne und externe Nachhaltigkeit erzielt werden (vgl. Kap. 2.1.).

Der Rückblick auf die Vorgängerprogramme von DL (vgl. Kap. 3.1) zielte darauf, die Entfristungsentscheidung besser einordnen zu können. Auf Basis der Programmziele, -ergebnisse und -erfolge sowie der Weiterentwicklungsbedarfe der Vorgängerprogramme von DL lässt sich schlussfolgern, dass DL das Resultat interner Nachhaltigkeit im Bereich der Extremismusprävention und Demokratieförderung ist. Dass diese Bundesprogramme mit ihren jeweiligen Programmzielen und thematischen Ausrichtungen einen Fortentwicklungsprozess in diesen Themenbereichen verkörpern (vgl. BMFSFJ 2017: 6), zeigte Kap 3.1: Über die Jahre erfolgte eine kontinuierliche thematische, strukturelle und finanzielle Fortentwicklung und Ausweitung dieser Bundesprogramme. Ebenso erweiterten sich der Zielgruppenradius sowie die Reichweite der Programme insgesamt. Damit einher ging auch die fachliche Weiterentwicklung und Expertise-Generierung in den jeweiligen Themenfeldern: Der Grundstein für die lokalen PfD wurde beispielsweise 2007 durch die LAP gelegt. Gleichzeitig wurden damals 16 Beratungnetzwerke gegen Rechtsextremismus etabliert, die in DL in den LDZ angesiedelt waren. Zudem wurde ab 2010 im Bundesprogramm IDS wissenschaftliche und praktische Expertise hinsichtlich der Phänomene Linksextremismus und islamistischer Extremismus generiert. Die Basis für den strukturellen Aufbau von DL wurde ab 2011 in TFKS geschaffen, da dieses Bundesprogramm erstmals die Programmbereiche der LAP, die Beratungsstellen und die MP vereinte (vgl. Kap. 3.1, Tab. 1, 2a-2f, s. Anhang)

Durch die Verlaufsbegleitungen bzw. die wB und die Programmevaluationen wurde ebenfalls sichergestellt, dass der Lernerfolg der Bundesprogramme objektiv und nachhaltig garantiert wurde. DL profitierte folglich von den Erfahrungen seiner Vorgängerprogramme. Letztere haben maßgeblich zu seinem Erfolg beigetragen und waren die Voraussetzung dafür, dass DL als bisher umfangreichstes Bundesprogramm in diesem Bereich etabliert und durchgeführt werden konnte (vgl. Kap. 2.1.3).

DL ist daher strukturell, inhaltlich, finanziell und hinsichtlich der Zielgruppen das Ergebnis dieses über mehrere Jahre laufenden, kontinuierlichen Fortentwicklungsprozesses im Bereich der Extremismusprävention und Demokratieförderung (vgl. BMFSFJ 2017: 6). Durch die Entfristungsentscheidung und Initiierung einer zweiten Förderphase wurde auch gewährleistet, dass die seit 1992 generierte Expertise erhalten und fortentwickelt wird. Weil die gesellschaftlichen Problemlagen auch über den Zeitpunkt der Entfristungsentscheidung hinaus bestehen, ist es überdies unter finanziellen Aspekten sinnvoll, DL im Sinne interner Nachhaltigkeit weiterzuführen.

Die Ebene der wB und der Programmevaluation sind fester Bestandteil von Bundesprogrammen (vgl. Kap. 2.1). Aus der Analyse in Kap. 3.2 können Schlussfolgerungen über die allgemeine Qualität dieser Zwischenberichte und ihren Beitrag zum Programmerfolg abgeleitet werden: Die Durchführung einer formativen Evaluation, wie sie von der BHO für Bundes(modell)programme gefordert wird (vgl. BMFSFJ 2017: 5; Kap. 2.1.2, 2.2.1), ist meiner Einschätzung nach sinnvoller als die Durchführung einer rein summativen Evaluation. Durch die in jährlichen Einheiten erfolgte Umsetzungsdokumentation und -kontrolle von DL konnten zeitnah Korrekturen an der Programmtheorie vorgenommen und auf aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen reagiert werden (vgl. Kap. 3.2, 3.3, 2.2.3).

Das methodische Instrumentarium, das von der wB im betrachteten Zeitraum verwendet wurde, hat ebenfalls einen Beitrag zum Programmerfolg geleistet. Die fast durchgängig verwendeten qualitativen und quantitativen Erhebungsmethoden sowie die Integration formativer und summativer Evaluationselemente stützten die jährliche Verlaufskontrolle, sodass auch erste Schlussfolgerungen für den weiteren Programmverlauf aus den Zwischenberichten gezogen werden konnten. Obschon der partizipative Evaluationsansatz von der wB in den Programmbereichen A bis E in unterschiedlicher Intensität verwendet wurde, diente dieser dazu, Probleme rechtzeitig aufzudecken und die Kommunikation zwischen den Programmbeteiligten sicherzustellen (vgl. Kap. 3.2). Die allgemeine Erfüllung der Austausch- bzw. Dialogfunktion der Zwischenberichte der wB, die durch die Analyse in Kap. 3.2.1 nachgewiesen wurde, sowie das formative Evaluationsdesign trugen daher zum Erfolg des Bundesprogramms bei.

Logische Modelle hatten sich als Evaluationsinstrument bereits in den Vorgängerprogrammen von DL bewährt (vgl. Kap. 3.1, Tab. 2a-2f, s. Anhang). Wenngleich in den Zwischenberichten der wB der Programmbereiche B bis E (2015-2017) aus meiner Sicht nicht ausreichend Bezug auf die Leistungen der Programmbereiche genommen wurde, war es dennoch möglich, mithilfe der logischen Modelle dieser Programmbereiche eine Leistungsanalyse durchzuführen (vgl.

Kap. 3.3.2-3.3.4). Die Formulierung der Programmtheorien und deren komplexe Abbildung in den logischen Modellen stellten somit die Basis für die Erkenntnis- und Kontrollfunktion dar. Als methodisches Instrument trugen die logischen Modelle der Programmbereiche B bis E somit ebenfalls zum Erfolg von DL bei (vgl. Kap. 3.2.1). Die in Programmbereich A verwendeten Methoden und analytischen Instrumente ermöglichten im Gegensatz zu den Programmbereichen B bis E eine etwas weniger aufwendige Leistungsanalyse (vgl. Kap. 3.3, 3.3.1).

Die Legitimitätsfunktion war bei den betrachteten Zwischenberichten nicht dominierend, aber in Anbetracht der Entfristungsentscheidung kann diesen dennoch Legitimationspotenzial zugeschrieben werden, wie nachfolgend noch ausgeführt wird.

Die Zwischenberichte der wB konnten praktischen Herausforderungen fast vollständig erfolgreich begegnen (vgl. Kap. 3.2.2): Durch die Verwendung bewährter Methoden der empirischen Sozialforschung, klare Kommunikation und Transparenz konnten die wB ihren Aufgaben der formativen Evaluation im Spannungsfeld zwischen Politik, Praxis und Gesellschaft gerecht werden. Auch die Verwendung gängiger Evaluationsstandards konnte durch die wB erfüllt werden (vgl. Kap. 3.2).

Trotz der ab 2017 gestiegenen Programmkomplexität boten die logischen Modelle der Programmbereiche B bis E die Grundlage, um DL als multimodales und multizentrisches Bundesprogramm evaluieren zu können. Gleiches gilt für die in Programmbereich A verwendeten analytischen Instrumente (vgl. Kap. 3.2.2, 3.3).

Die Verzögerung bei der Publikation des dritten Zwischenberichts der MP (Figlesthler et al. 2019) war aus evaluationstheoretischer Perspektive ungünstig. Allerdings war sie hauptsächlich der thematischen Ausweitung und der damit gestiegenen Komplexität geschuldet, welche aufgrund gesellschaftlicher Entwicklungen veranlasst worden war (vgl. Kap. 2.1.3). Die Dynamik des Bundesprogramms und seine Responsivität haben zu dieser Verzögerung beigetragen, welche daher nicht dem Verschulden der zuständigen wB zugerechnet werden kann.

Die Responsivität des Bundesprogramms und sein auf Lernerfahrung ausgerichteter Charakter wurden auf der Ebene der wB auch in der Anpassung des logischen Modells des Programmbereichs C sowie in der Anpassung des Untersuchungsdesigns des Programmbereichs A evident (vgl. Kap. 3.2, 3.3.1, 3.3.3).

Das eventuell bestehende Spannungsverhältnis zwischen der Unabhängigkeit der evaluierenden Einrichtungen und der Auftraggeber*in beeinflusste den Programmerfolg nicht, weil die wB die Umsetzungsprozesse objektiv begleitete sowie Weiterentwicklungsbedarfe und Probleme benannte (vgl. Kap. 3.3, 3.2.2).

Insgesamt konnten die wB der Programmbereiche A bis E von 2015 bis 2017 durch qualitativ hochwertige und individuell auf die Programmbereiche abgestimmte Untersuchungsdesigns zu einem erfolgreichen Verlauf des Bundesprogramms DL beitragen. Auch wenn es kleinere Anlasspunkte zur Kritik gab, trug die allgemeine Qualität der Zwischenberichte der wB zum Erfolg von DL bei und sprach daher im Mai 2018 für dessen Entfristung.

Aus der Leistungsanalyse (Kap. 3.3) ergaben sich folgende Beiträge zum Programmerfolg und somit Argumente für die Entfristung: Programmbereich A war Ende 2017 strukturell durch die Begleitausschüsse, Jugendforen und Koordinierungs- und Fachstellen sowie personell gut etabliert. Gesellschaftliche relevante Themenfelder wurden bearbeitet und die Expertise wurde durch entsprechende Weiterbildungsangebote gesichert. Selbst Koordinierungs- und Fachstellen, die nicht auf Erfahrungen aus vorherigen Programmbeiträgen zurückgreifen konnten, gelang es, sich zu etablieren und Vernetzungsstrukturen aufzubauen. Auch die Nutzung des Aktions- und Initiativfonds trug durch häufige Inanspruchnahme zur kurzfristigen Lösung von Problemlagen und somit zum Erfolg der PfD bei. Die Arbeitsqualität war in der meisten PfD sehr demokratisch und die Fachöffentlichkeit sowie die lokale politische Öffentlichkeit konnten erfolgreich erreicht werden. Die Nachhaltigkeit der PfD konnte bis 2017 insbesondere gesichert werden, wenn Erfahrungen aus der Förderung in Vorgängerprogrammen von DL vorhanden waren (vgl. Kap. 3.3.1)

In Programmbereich B wurden die Beratungsstellen und -netzwerke erfolgreich erhalten und fortentwickelt sowie neue Opferberatungsstellen eingerichtet und erste Bundesvernetzungsstrukturen geschaffen. Ein Beitrag zum Programmerfolg war ebenfalls die gute Abstimmung mit Landesprogrammen sowie die fast durchgängige Verwendung von Qualitätsentwicklungsverfahren. Zudem wurde evident, dass sich die Angebote in der Ausstiegs- und Distanzierungsberatung hinsichtlich Rechtsextremismus konsolidierten und, dass Synergiepotenziale in diesem Bereich vorhanden waren und diese auch genutzt wurden. Durch jahrelange Erfahrung hinsichtlich Rechtsextremismus konnte ein Erfahrungstransfer auf die Arbeit in der Auseinandersetzung mit religiös begründetem Extremismus erfolgen (vgl. Kap. 3.3.2). Aufgrund dieser Erfolge ist eine anschließende Förderung des Programmbereichs sehr sinnvoll.

Der neue Programmbereich C befand sich Ende 2017 noch in einem prozessualen Stadium der Entwicklung und Erprobung. Die Responsivität, die sich in der thematischen und finanziellen Ausweitung 2017 niederschlug und ebenfalls die Reichweite dieses Programmbereichs vergrößerte, kann als Beitrag zum Programmerfolg gewertet werden. Insbesondere Trägern mit Vorerfahrung im Themenfeld war es bereits gelungen, Netzwerkstrukturen und Kooperations-

beziehungen aufzubauen, wohingegen dieser Prozess bei Trägern ohne Vorerfahrungen Ende 2017 noch andauerte. Die Produkte der wB wurden seitens der bzT angenommen und die Weiterbildung der Mitarbeitenden trug ebenfalls zum Erfolg des Programmbereichs bei. Die Trägerprofessionalisierung erfolgte kontinuierlich. Die Stärkung dieses neuen Programmbereichs, seine ersten Erfolge und die nachhaltige Sicherung der ab 2017 neu hinzugekommenen bzT sprachen somit für die Entfristung von DL (vgl. Kap. 3.3.3).

In den Programmbereichen D und E wurden die Produkte der wB fast vollständig und fast rechtzeitig erbracht, wovon der Programmbereich profitierte. Die qualitative und quantitative Ausweitung trug ebenfalls zur Erweiterung der Expertise bei, wenngleich der Wissensgenerierungsprozess in den innovativen MP Ende 2017 noch andauerte.

Aufgrund des betrachteten Untersuchungszeitraums der ersten drei von insgesamt fünf Programmjahren konnte die vorliegende Leistungsanalyse nicht den Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Eine diesbezüglich vollständige Prüfung kann meines Erachtens erst in der summativen Programmevaluation nach Laufzeitende erfolgen. Zusammenfassend ergab die Leistungsanalyse für die Programmbereiche B bis E, dass die erwarteten *outputs* und *outcomes* der Programmbereichsebenen von 2015 bis 2017 zwar in Teilen, jedoch noch nicht vollständig erfüllt wurden (vgl. Kap. 3.3.2-3.3.4, Abb. 6-8, s. Anhang). Bis auf ein MP konnten im betrachteten Zeitraum daher auch keine Aussagen über die *impacts* der Programmbereichsebenen getätigt werden. Maßnahmen zur Sicherung der Nachhaltigkeit wurden in Programmbereich A Ende 2017 bereits teilweise ergriffen. Dennoch zeigte sich hier ebenfalls, dass Ende 2017 noch keine abschließende Bewertung der programmbereichsspezifischen Leistungen erfolgen konnte. Somit war es zum Zeitpunkt der Entfristungsentscheidung im Mai 2018 auch nicht möglich, den Programmerfolg von DL hinsichtlich interner und externer Nachhaltigkeit und des Transfers in die Regelpraxis der KJH zu bewerten. Grund hierfür war, dass sich DL noch in der Durchführungsphase befand.

Nichtsdestotrotz belegte die Leistungsanalyse (Kap. 3.3), dass DL die Funktionen erfüllte, ein lernendes, auf Veränderung angelegtes sowie ein responsives Bundesprogramm zu sein (vgl. Kap. 2.1.1, 2.1.2). Dies waren maßgebliche Faktoren, die zum Programmerfolg beigetragen haben und somit für die Entfristung im Mai 2018 sprachen. Insofern kommt den Zwischenberichten der wB der Programmbereiche A bis E als Basis der Leistungsanalyse Legitimationspotenzial zu, weil diese aufzeigten, dass das Bundesprogramm responsiv war, es aus seinen Erfahrungen lernte und es nötige Maßnahmen effektiv und effizient umsetzte.

Während der Programmentwicklungsphase vor 2015 waren die Zuwanderungsbewegungen ab Mitte 2015 und die damit einhergehenden, gesellschaftlichen Entwicklungen nicht in diesem Maße abzusehen. Dass das Bundesprogramm jedoch große Responsivität zeigte und sich in seinem strukturellen Aufbau bewies, könnten maßgebliche Argumente dafür gewesen sein, DL in einer zweiten Förderphase fortzuführen: Die Responsivität von DL und sein auf Lernerfahrung und Veränderung ausgelegter Charakter zeigte sich bei Programmbereich A in der Leistungsanalyse beispielsweise dadurch, dass sich der Arbeitsschwerpunkt der PfD im Jahre 2016 auf Projekte im Bereich der Willkommens- und Anerkennungskultur für Geflüchtete fokussierte. Mit rückläufiger Zuwanderung verlagerte sich dieser wieder auf andere Bereiche. Zudem wurde von der wB aufgrund der lokalen Bedrohungslagen gegenüber Geflüchteten, Mitarbeitenden und Engagierten in den PfD ein neuer Programmbereichsschwerpunkt etabliert, welcher beabsichtigte, die lokalen Bedrohungslagen bis Ende 2019 zu dokumentieren und daraus weitere Handlungsschritte abzuleiten (vgl. Kap. 3.3.1).

In Programmbereich B äußerte sich die Responsivität des Bundesprogramms u. a. darin, dass die Beratungsangebote in hohem Maße in Anspruch genommen wurden und, dass diese an die neuen Bedarfe angepasst wurden. DL konnte dem aufgrund der Zuwanderung und der rechtspopulistischen und rechtsextremen Agitation gestiegenen Beratungsbedarf nachkommen, wenngleich dies inhaltliche Priorisierungen, abgesagte Fortbildungsmaßnahmen der Mitarbeitenden sowie weniger Vernetzungstätigkeiten zur Folge hatte. Zudem zeigte sich das responsive Potenzial in der Anpassung des Monitoringverfahrens in der Mobilen Beratung (vgl. Kap. 3.3.2).

Die Ausweitung des Bundesprogramms 2017, die in der Erhöhung der Anzahl der geförderten PfD in Programmbereich A, der Träger in Programmbereich C und der MP in den Programmbereichen D und E sowie in der thematischen Ausweitung des Programmbereichs B um Islamismus, GMF und im Kontext von Flucht und Asyl evident wurde, bildet dessen hohe Responsivität ab.

Im betrachteten Zeitraum wurden überdies einige Lernerfahrungen gemacht, die zwar nicht unmittelbar zum Programmerfolg beitrugen, jedoch für die Entfristung des Bundesprogramms sprachen. In Programmbereich A zeigte sich, dass personelle Kontinuität in den Koordinierungs- und Fachstellen der PfD Voraussetzung für den nachhaltigen Aufbau von Fachexpertise war (vgl. Kap. 3.3.1).

In Programmbereich C kam es zu Lernerfahrungen hinsichtlich des Programmbereichsziels der Strukturentwicklung bzT. Die wB hatte an diesem Prozess großen Anteil und die Änderung der Programmbereichstheorie floss folglich formativ in den Programmbereichsentwicklungspro-

zess ein. Zudem wurden Lernerfahrungen bezüglich des Umfangs der Bundesmittel und den von den Trägern zu erbringenden Kofinanzierungsanteilen gemacht. Diese Erfahrungen bildeten sich auch in den Modifizierungen des logischen Modells ab (vgl. Abb. 7, s. Anhang; Kap. 3.3.3). Außerdem zeigte sich, dass die programmbereichsbezogene Zusammenarbeit unter den Trägern durch die 2017 noch unklare Anschlussperspektive nach Ende der Förderperiode negativ beeinflusst wurde. Diese Unklarheit wirkte sich auch negativ auf die Personalbindung aus (vgl. Mängel 2020: 12) und bedeutete den Verlust von Fachexpertise. Zugleich waren die ab 2017 neu geförderten Träger verhalten in der Ausweitung ihrer Tätigkeitsbereiche (vgl. Kap. 3.3.3).

Im MP-Bereich wurden Lernerfahrungen hinsichtlich der Islam- und Muslimfeindlichkeit sowie bei der Homosexuellen- und Transfeindlichkeit gemacht. Zusätzlich wurde evident, dass der Bereich linker Militanz von sekundärer Bedeutung war, da nur wenige diesbezügliche MP gefördert wurden (vgl. Kap. 3.3.4). Diese Erfahrungen können ebenfalls für die Ausgestaltung der zweiten Förderperiode genutzt werden.

Insofern sprachen im Mai 2018 auch diese praktischen Aspekte für die Entfristung des Bundesprogramms DL. Dadurch konnte insbesondere den neuen Pfd und MP sowie den neu in die Förderung aufgenommenen Trägern eine Anschlussperspektive nach Ende der Förderperiode 2019 aufgezeigt und die Arbeitsqualität ggf. verbessert werden. Diese Erfahrung war auch beim Entschluss zur Transitionsphase des AgAG gemacht wurden, welcher die Projektarbeit damals befördert hatte (vgl. Kap. 3.3.1).

Die thematische und finanzielle Ausweitung des Bundesprogramms im Jahre 2017, die die Umsetzungsstände in den Programmbereichen gleichzeitig noch heterogener werden ließ, war meiner Einschätzung zufolge auch ein allgemeines Argument dafür, nach 2019 eine weitere Förderperiode von DL durchzuführen. Dass dieses Vorgehen legitim war, bestätigten auch die empirischen Befunde gesellschaftlicher Entwicklungen in Deutschland von 2015 bis 2017 (vgl. Kap. 3.4).

Die Vorgängerprogramme von DL, die Qualität der wB und der Zwischenberichte, die erbrachten Leistungen sowie die Responsivität und der auf Lernerfahrung ausgerichtete Charakter haben maßgeblich zum Erfolg des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ beigetragen und waren somit valide Gründe für die Entfristungsentscheidung im Mai 2018.

Die Grenzen der vorliegenden Arbeit liegen erstens darin, dass in der Leistungsanalyse für Programmbereich B das zusätzlich aufgestellte logische Modell für die Ebene der Einzelmaßnahmen nicht hinsichtlich seiner Leistungen von 2015 bis 2017 überprüft wurde. Gründe hierfür

waren einerseits, dass für die Einzelmaßnahmen der Programmbereiche C, D und E keine vergleichbaren logischen Modelle aufgestellt wurden, sondern nur für deren Programmbereichsebenen. Andererseits wurde aus Kapazitätsgründen darauf verzichtet.

Zweitens wurde aufgrund des Umfangs der vorliegenden Arbeit auf die Durchführung einer Meta-Evaluation anhand der Kriterien der DeGEval-Standards verzichtet.

Drittens wurde der Zwischenbericht der Programmbereiche D und E für das Berichtsjahr 2017 (Figlesthler et al. 2019) in die vorliegende Analyse miteinbezogen, obwohl er zur Entfristungsentscheidung noch nicht vorlag.

Mögliche Kritik, die hinsichtlich der Entfristung des Bundesprogramms DL vorgebracht werden könnte, sind Zweifel an der Wirksamkeit der seit 1992 durchgeführten BMFJ/BMFSFJ-Bundesprogramme im Bereich der Extremismusprävention und der Demokratieförderung, insbesondere in Verbindung mit steigender Zustimmung zu Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und GMF. Diese Kritik kann jedoch einerseits dadurch entkräftet werden, dass die kontrafaktische Situation nicht herstellbar ist. Es ist nicht möglich, Aussagen darüber zu treffen, wie die gesellschaftliche Situation in Deutschland derzeit aussehen würde, wenn seit 1992 keinerlei Bundesprogramme im Bereich der Extremismusprävention und Demokratieförderung durchgeführt worden wären. Ggf. wären die Ausmaße des Rechtsextremismus und der GMF derzeit noch umfangreicher. Andererseits hat die vorliegende Analyse gezeigt, dass durch die Vorgängerprogramme Erfolge erzielt wurden und, dass DL bis zur Entfristungsentscheidung bereits einige der erwarteten Resultate erbracht hat.

Auch die Kritik, die seitens der AfD an DL geäußert wurde (vgl. Kap. 1, 3.3), kann durch die Zwischenberichte der wB, die vorliegende Analyse und die empirischen Befunde entkräftet werden (vgl. Kap. 3.1-3.4).

Tabelle 4 (s. Anhang) zeigt, dass der strukturelle Aufbau des Bundesprogramms von 2020 bis 2024 diesem der ersten Förderperiode (vgl. Tab. 1, s. Anhang) weitestgehend entspricht. Inhaltlich und strukturell weisen die erste und die zweite Förderperiode des Bundesprogramms jedoch sowohl Unterschiede als auch Gemeinsamkeiten auf: Weiterhin besteht DL aus PfD, LDZ und MP in verschiedenen Themenbereichen. Der ehemalige Programmbereich der bzT umfasst ab 2020 sogenannte Kompetenzzentren- und Netzwerke auf Bundesebene (vgl. Tab. 4, s. Anhang; BMI 2019: 801-803).

Die Programmbereiche der PfD und der LDZ wurden bereits im August 2019 zur Antragstellung für 2020 aufgefordert, sodass eine lückenlose Förderung garantiert werden konnte. Die MP und die bzT konnten sich von Ende Mai bis Mitte Juli 2019 um eine Anschlussförderung

bewerben (BMFSFJ 2019d). Alle Programmbereiche erhalten in der zweiten Förderperiode pro Einheit höhere Finanzvolumina als in der ersten (BMFSFJ 2019b; BMI 2019: 802 f.).

Der Regierungsentwurf des Haushalts sah für 2020 ursprünglich vor, dass DL ab 2020 8 Millionen weniger an Bundesmitteln erhält, ergo 107,5 Millionen Euro jährlich. Das „[...] Maßnahmenpaket zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität [...]“, welches Ende Oktober 2019 u. a. aufgrund des Anschlags in Halle vom Bundeskabinett beschlossen wurde, sieht vor, die Bundesmittel für DL bis 2023 fortzuschreiben (BMFSFJ 2019f). Somit steht DL 2020 mit 115,5 Millionen Euro die gleiche Fördersumme an Bundesmitteln zur Verfügung wie 2019 (vgl. BMFSFJ 2019b, 2019e; Roßbach 2019; Schramm 2019) und „mit der Aufstellung des neuen Haushalts für 2021 sollen in der Finanzplanung bis zum Jahr 2023 Mittel in Höhe von mindestens 115 Millionen Euro pro Jahr eingeplant werden“ (BMFSFJ 2020i).

Ende 2019 war es u. a. im Rahmen der Haushaltsverhandlungen für 2020 zu Debatten über die Planungen des BMFSFJ hinsichtlich DL in seiner zweiten Förderphase gekommen. Die AfD verwies in der Plenardebatte zum Haushaltsetat von DL ab 2020 u. a. darauf, dass dem Bund keinerlei Kompetenzen hinsichtlich einer dauerhaften Demokratieförderung zustünden und dies nur befristet möglich sei (vgl. Deutscher Bundestag 2019b). Von linker Seite wurde jedoch auf parlamentarischer und außerparlamentarischer Ebene kritisiert, dass der Bund die Fördermittel auf dem gleichen Niveau belässt wie 2019. Zudem wurde die Entscheidung kritisiert, ab 2020 weniger, dafür jedoch umfangreichere MP zu fördern (vgl. Roßbach 2019; Schramm 2019; Deutscher Bundestag 2019b). Viele kleinere MP, die sich für eine neue Projektförderung in der zweiten Förderperiode beworben hatten, wurden abgelehnt. Daraufhin wandten sich diese in einem offenen Brief an Bundesfamilienministerin Giffey (vgl. Mängel 2020: 9 f.; Roßbach 2019; Schramm 2019). Darin wurde gefordert, den Umfang des Bundesprogramms auf mindestens 200 Millionen Euro Bundesmittel pro Jahr zu erhöhen und die Verringerung der Anzahl der geförderten MP ab 2020 zurückzunehmen (Mängel 2020: 9 f.). Das BMFSFJ begründete seine Entscheidung hinsichtlich der MP jedoch mit den Resultaten der Programmevaluation⁴⁶ und der Tatsache, dass MP ihre Innovationsfähigkeit beweisen müssten und der Bund aufgrund seiner begrenzten Zuständigkeit keine Dauerförderung ermöglichen könne (Mängel 2020: 9 f.; Roßbach 2019; vgl. Kap. 2.1). Zudem habe sich die Stärkung lokalen Engagements vor Ort in den Pfd bewährt, welche ab 2020 verstärkt gefördert werden (BMFSFJ 2019b, 2019e).

⁴⁶ Derzeit stehen jedoch noch folgende Zwischenberichte der wB von DL aus: für 2018: Programmbereiche B und D; für 2019: Programmbereiche A, B, C, D und E sowie die abschließende Programmevaluation (2015-2019) des DJI (BMFSFJ 2020b).

4. Fazit und Ausblick

Die vorliegende Arbeit zielte darauf, den Fall der Entfristung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ zu untersuchen und einen Beitrag zu ihrer Erklärung zu leisten. Hierfür wurden zwei Forschungsfragen gestellt und untersucht: Was hat zum Erfolg des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ beigetragen und sprach somit für dessen Entfristung im Mai 2018? Inwiefern sprachen gesellschaftliche Entwicklungen für eine Entfristung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“?

Die Erfahrungen der Vorgängerprogramme von DL haben maßgeblich zum Erfolg des Bundesprogramms beigetragen und stellten gleichzeitig die inhaltliche und strukturelle Basis dar, von der DL profitierte und auf dieser es aufbaute. Auch die allgemeine Qualität der wB hat durch das formative Evaluationsdesign und den partizipativen Evaluationsansatz dazu beigetragen, die Programmumsetzung zeitnah zu kontrollieren, nötige Nachsteuerungen zeitnah vornehmen zu können sowie den Austausch der Programmbeteiligten und ihre aktive Einbindung in die Programmumsetzung zu gewährleisten. Herausforderungen konnten die wB und die Zwischenberichte der analysierten Programmbereiche weitestgehend erfolgreich begegnen.

Die erwarteten Resultate des Bundesprogramms konnten bis zur Entfristungsentscheidung zwar noch nicht vollumfänglich, jedoch teilweise erbracht werden. Aufgrund der damals noch andauernden Förderphase ist dies kein unerwarteter Befund. Nichtsdestotrotz konnten die bis Ende 2017 erbrachten Resultate zum erfolgreichen Verlauf des Bundesprogramms beitragen. Die Responsivität des Programms zeigte sich u. a. im Agieren der Pfd im Rahmen der Zuwanderungsbewegung, in der Leistungserbringung gesteigerter Beratungsanfragen, in der Einrichtung neuer Opferberatungsstellen sowie in der Beratung Ausstiegs- und Distanzierungswilliger. Diese Faktoren trugen grundlegend zum Erfolg des Bundesprogramms und somit zur Verbesserung akuter, gesellschaftlicher Problemlagen und Herausforderungen bei. Auch die gemachten Lernerfahrungen dienen der langfristigen Verbesserung der Angebote, die im Rahmen des Bundesprogramms offeriert werden und waren Argumente für die Entfristungsentscheidung. Insofern hat sich DL sowohl strukturell als auch inhaltlich bewährt.

Des Weiteren verwiesen die betrachteten Daten der Verfassungsschutzberichte auf die Notwendigkeit einer weiterführenden Bearbeitung extremistischer Phänomene, insbesondere hinsichtlich Rechtsextremismus. Auch die beiden Mitte-Studien lieferten empirische Nachweise dafür, dass im betrachteten Zeitraum rechtsextreme, rechtspopulistische, antidemokratische und fremdenfeindliche Einstellungen sowie einige GMF-Elemente wachsende Zustimmung erfuhren. Diese gesellschaftlichen Entwicklungen waren ebenfalls valide Argumente, die für eine anschließende Bearbeitung in einem vergleichbar aufgebauten Bundesprogramm sprachen.

Die hier analysierten, programmbezogenen Faktoren trugen maßgeblich zum Erfolg des Bundesprogramms bei und sprachen somit, gleichwie die empirisch nachgewiesenen gesellschaftlichen Entwicklungen, für die Entfristung von „Demokratie leben!“ im Mai 2018.

In weiteren Forschungsvorhaben könnte untersucht werden, inwiefern die Zwischenberichte der wB und die abschließende Programmevaluation der ersten Förderphase restrukturierend auf die Programmgestaltung von DL in der zweiten Förderphase wirken. Dafür könnte ein Abgleich der Lernerfahrungen und Handlungsanweisungen der ersten Förderperiode mit der Förderrichtlinie 2020 bis 2024 (BMI 2019: 785, 801-803), den programmbereichsbezogenen Förderleitlinie für die zweite Förderperiode sowie den Zwischenberichten für 2020 durchgeführt werden. Notwendige Bedingung hierfür ist, dass genannte Dokumente vorliegen, was derzeit noch nicht vollständig gegeben ist.⁴⁷ Sofern sich aus dieser Analyse ergeben würde, dass die restrukturierende Funktion wirksam wurde, wäre dies - rückwirkend betrachtet - ebenfalls ein Argument für die Entfristung. Dies würde beweisen, dass das Programm seine Lernerfahrungen vollumfänglich umgesetzt hat.

Zudem könnte untersucht werden, inwiefern die Ende 2019 offenen Herausforderungen in der zweiten Förderphase gelöst werden und, inwieweit den Nachsteuerungsbedarfen, die Ende 2019 ggf. konstatiert wurden, in der zweiten Förderperiode Rechnung getragen wird.

Außerdem könnte die abschließende, summative Programmevaluation (2015-2019) von DL daraufhin untersucht werden, ob darin ausreichend Bezug auf die logischen Modelle der Programmbereiche B bis E genommen wird und, inwiefern die *outputs*, *outcomes* und *impacts* letztlich von 2015 bis 2019 erfüllt wurden.

Auch die inhaltlich-strukturellen Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen der ersten und zweiten Förderperiode könnten analysiert werden (vgl. Tab. 1, 4, s. Anhang). Für den Befund, dass sich die PfD als lokale Problemlösungsinstanzen in der ersten Förderperiode bewährt haben, konnten in den hier analysierten Zwischenberichten der wB Anhaltspunkte gefunden werden - dies trifft jedoch nicht auf die Verringerung der Anzahl der geförderten MP zu. Insofern wären die für 2018 bereits vorliegenden sowie die für 2018 und 2019 noch ausstehenden Zwischenberichte der wB in einem weiteren Forschungsvorhaben dahingehend zu überprüfen.

Sofern sich die Forderung der SPD und des linken Parteienspektrums bezüglich eines Demokratiefördergesetzes⁴⁸ durchsetzen würde (vgl. Roßbach 2019; Mängel 2020: 12), wäre es von Interesse, die Auswirkungen einer verstetigten Demokratieförderung auf die konkrete Projekt-

⁴⁷ Vgl. Fußnote 46.

⁴⁸ Vgl. das Gutachten zur Schaffung eines Demokratiefördergesetzes (BMFSFJ 2019g).

umsetzung zu untersuchen. Ein solches Bundesgesetz zur Demokratieförderung müsste meines Erachtens jedoch eng und unmissverständlich an die freiheitlich-demokratische Grundordnung gekoppelt werden, um eine nicht-intendierte Verwendung zu vermeiden.

Zum Zeitpunkt der Entfristungsentscheidung im Mai 2018 war die Häufung rechtsextremistischer und -extremer, antisemitischer und fremdenfeindlicher Gewalttaten, die sich danach in Deutschland ereigneten, nicht abzusehen: Dazu zählen u. a. die rechtsextremen Ausschreitungen in Chemnitz im Sommer 2018 (vgl. von Lucke 2018: 5-8; Puls 2018: 9-12), der Mord am CDU-Politiker und Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke im Juni 2019 (Steinhagen 2019: 61-65; Moser 2019: 66-71), der rechtsextremistisch-antisemitische Anschlag auf die Halleser Synagoge im Oktober 2019 sowie der rassistisch motivierte Anschlag in Hanau im Februar 2020. Allein anhand dieser kurzen, unvollständigen Chronologie wird evident, welche Bedeutung DL auch in der zweiten Förderperiode zukommt: Es gilt weiterhin, demokratische Kräfte und die demokratische Zivilgesellschaft zu stärken sowie jeglicher Form des Extremismus und den GMF-Syndromelementen präventiv sowie durch Bildungsangebote entschieden entgegenzutreten.

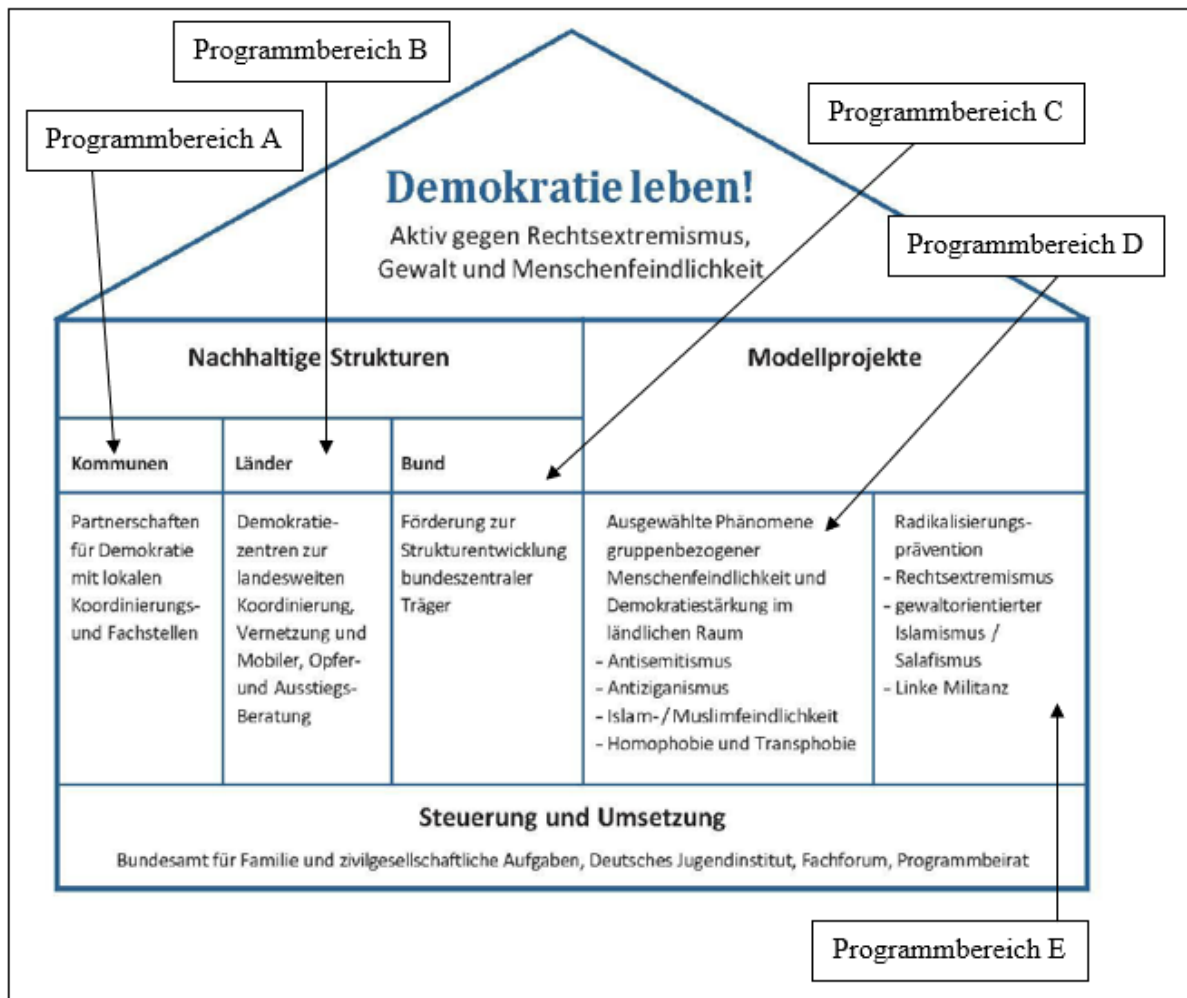
Die strukturellen und inhaltlichen Ausgangsbedingungen, die zum Programmerfolg der ersten Förderperiode beitrugen, sind meiner Einschätzung zufolge auch bei DL in der zweiten Förderperiode vorhanden. DL hat bereits von 2015 bis 2017 bewiesen, dass es diesen gesellschaftlichen Herausforderungen erfolgreich begegnen kann.

Daher sollten sich die politisch Verantwortlichen meines Erachtens weiterhin für die Ziele des Bundesprogramms einsetzen und dessen Programmumsetzung aktiv verfolgen. Außerdem sollte angesichts der aktuellen gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen und trotz der bis 2023 fortgeschriebenen Bundesmittel eine finanzielle Ausweitung von DL in Betracht gezogen werden. Entsprechende Beratungen könnten in enger Abstimmung mit den in der ersten und zweiten Förderperiode beauftragten Instituten der wB sowie den relevanten Programmakteur*innen erfolgen.

Es bleibt somit abzuwarten, inwiefern „Demokratie leben!“ von 2020 bis 2024 ebenso Responsivität zeigen und auf Lernerfahrung ausgerichtet sein wird. Zudem wird entscheidend sein, inwiefern es durch innovative Erprobung und Entwicklung exemplarischer Feldexperimente einen nachhaltigen Beitrag zur Demokratieförderung und Extremismusprävention in Deutschland leisten kann und wird.

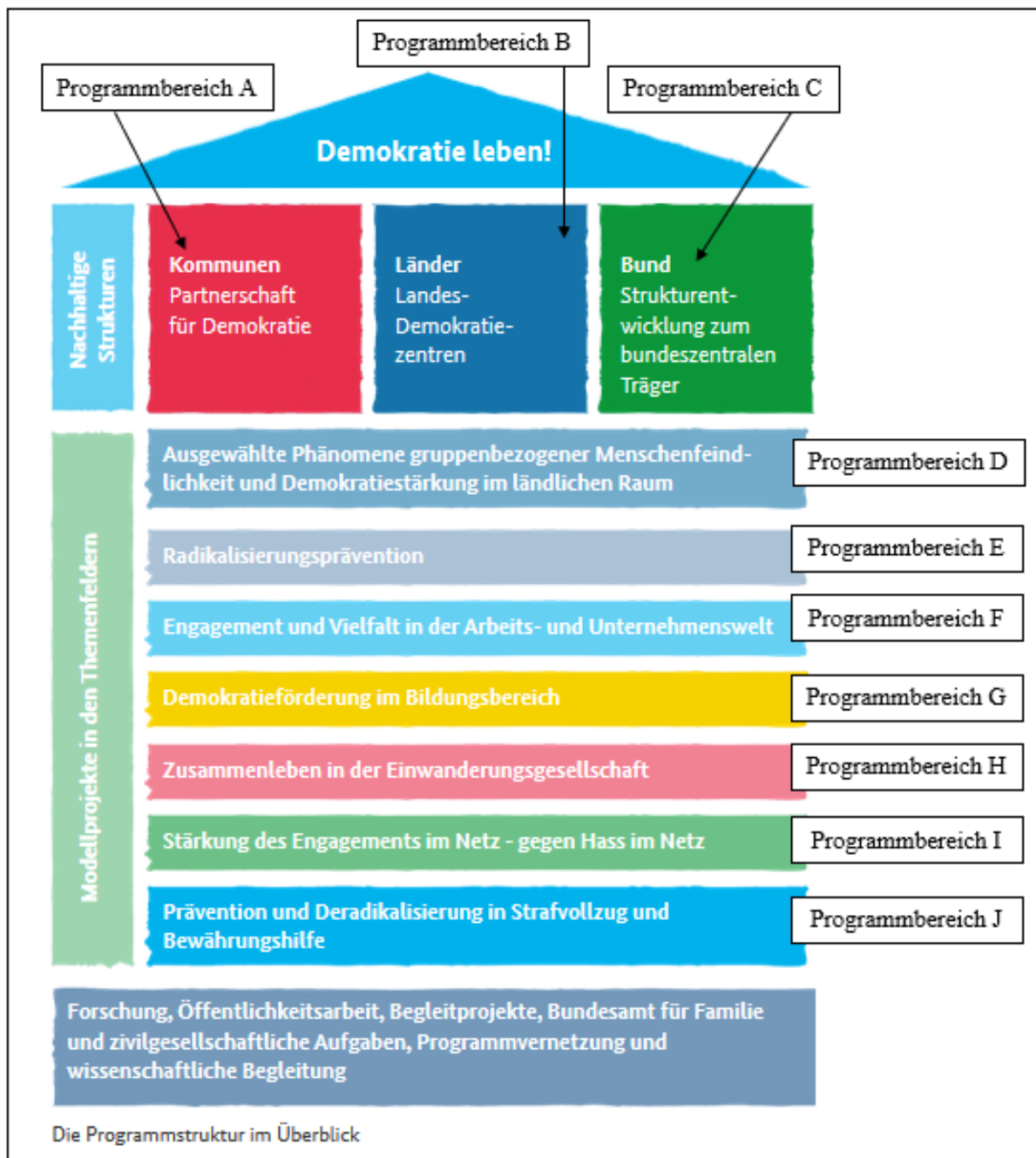
Anhang

Abbildung 1: Die Programmstruktur von „Demokratie leben!“ (2015-2016) ⁴⁹



⁴⁹ Quelle: Bischoff et al. (2015a: 12); vgl. BMFSFJ (2020h). Die Textfelder mit den einzelnen Programmbereichen wurden von mir ergänzt (vgl. DJI 2020). Vgl. Kap. 2.1.3 der Arbeit.

Abbildung 2: Die Programmstruktur von „Demokratie leben!“ (2017-2019) ⁵⁰

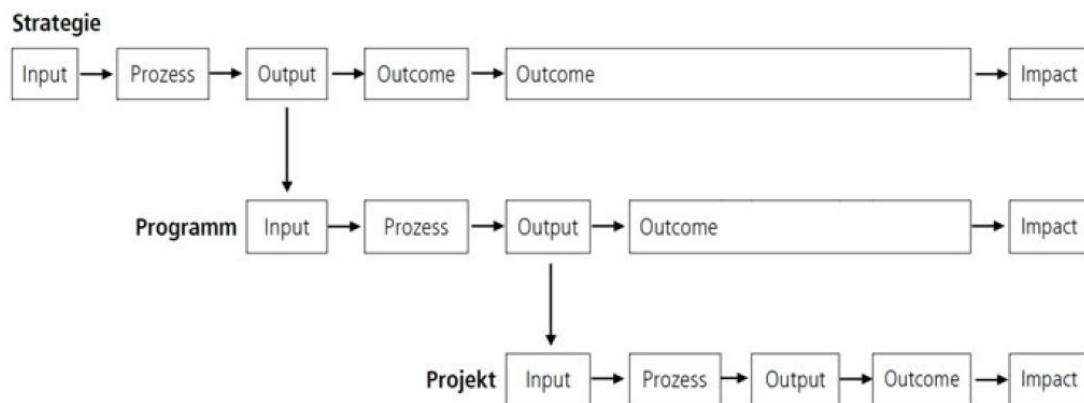


⁵⁰ Quelle: BMFSFJ (2020h). Die Textfelder mit den einzelnen Programmbereichen wurden von mir ergänzt (vgl. DJI 2020). Vgl. Kap. 2.1.3 der Arbeit.

Abbildung 3: Die Grundstruktur eines logischen Modells⁵¹



Abbildung 4: Multiple Wirkungskette in Mehrebenensystemen (schematisch)⁵²



⁵¹ Quelle: Haubrich (2009b: 86); vgl. Haubrich (2009a: 255). Vgl. Kap. 2.2.3 der Arbeit.

⁵² Quelle: Widmer (2012: 44); vgl. Widmer/Frey (2006: 293). Vgl. Kap. 2.2.3 der Arbeit.

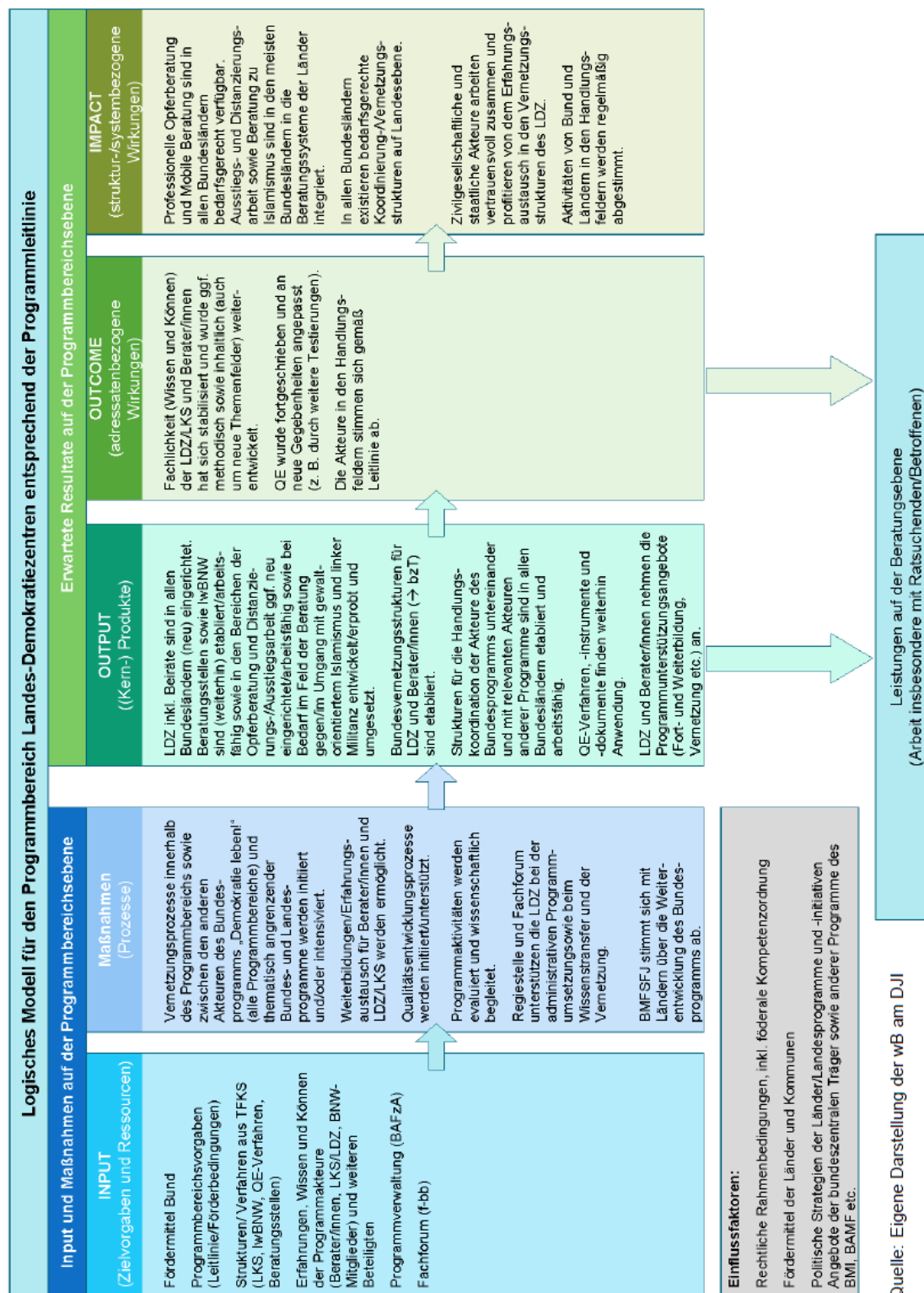
Abbildung 5: Untersuchungsdesign der wissenschaftlichen Begleitung für den Programmbereich A von „Demokratie leben!“ (2017) ⁵³



Quelle: Eigene Darstellung. Die blau unterlegten Leistungsteile werden durch das ISS-Frankfurt a. M., die beige unterlegten Leistungsteile durch Camino gGmbH umgesetzt.

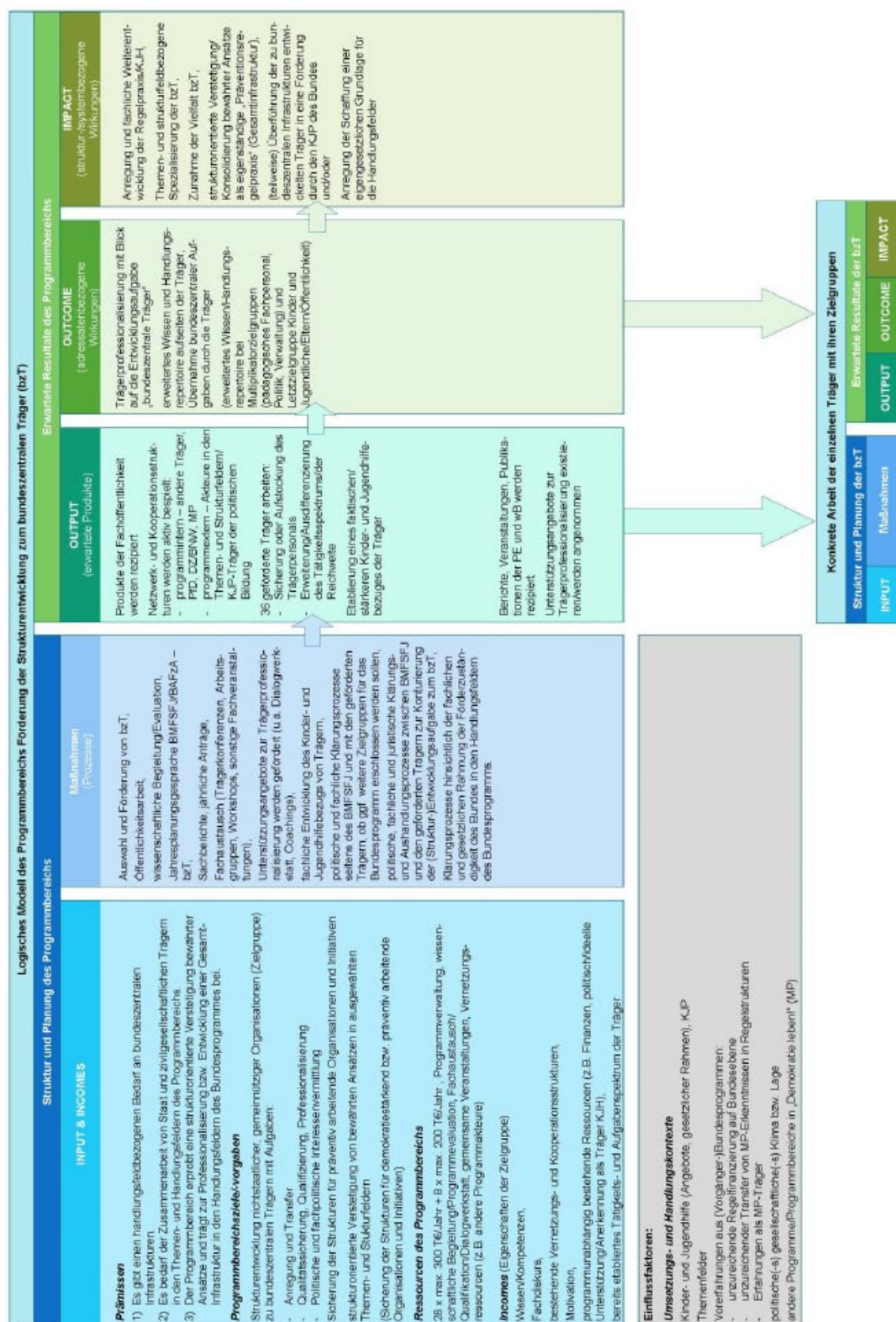
⁵³ Quelle: Bohn et al. (2017: 17). Die blau hinterlegten Programmbereichskomponenten wurden vom ISS erbracht bzw. untersucht und Camino war für die beige Komponenten zuständig. Vgl. auch die Untersuchungsdesigns der wB von Programmbereich A in den Zwischenberichten 2015 und 2016 (Bohn et al. 2015: 16, 2016: 16). Vgl. Kap. 3.3.1 der Arbeit.

Abbildung 6: Logisches Modell der wissenschaftlichen Begleitung für den Programmbereich B von „Demokratie leben!“ entsprechend der Programmleitlinie (2015) ⁵⁴



⁵⁴ Quelle: Bischoff et al. (2015a: 19). Legende zu den Abkürzungen in Abb. 6, die im Abkürzungsverzeichnis der Arbeit nicht enthalten sind: lwBNW: landesweite Beratungsnetzwerke; QE-Verfahren: Qualitätsentwicklungsverfahren; BNW: Beratungsnetzwerke. Vgl. Kap. 3.3.2 der Arbeit.

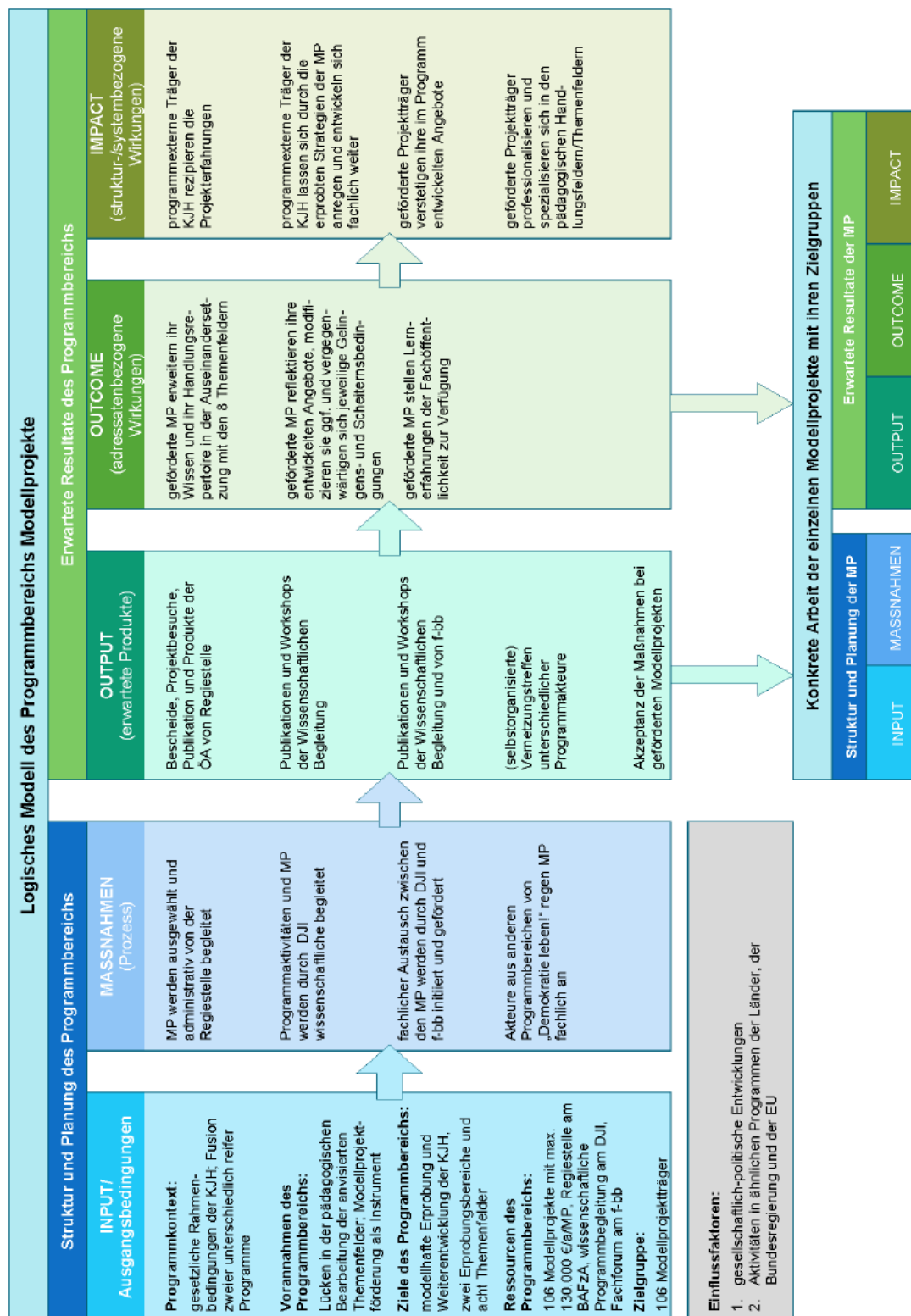
Abbildung 7: Logisches Modell der wissenschaftlichen Begleitung für den Programmbereich C von „Demokratie leben!“ (Stand: September 2017) ⁵⁵



Quelle: Wissenschaftliche Begleitung am DJI

⁵⁵ Quelle: Heinze et al. (2017: 25). Legende zu den Abkürzungen in Abb. 7, die im Abkürzungsverzeichnis der Arbeit nicht enthalten sind: KJP: Kinder- und Jugendplan; DZ: Demokratiezentren; BNW: Beratungsnetzwerke; PE: Programmevaluation. Vgl. Kap. 3.3.3 der Arbeit. Die Qualität von Abb. 7 ist nicht besser darstellbar.

Abbildung 8: Logisches Modell der wissenschaftlichen Begleitung für die Programmbereiche D und E von „Demokratie leben!“ (2015) ⁵⁶



Quelle: wissenschaftliche Begleitung DJI

⁵⁶ Quelle: Greuel et al. (2015: 24). Vgl. Kap. 3.3.4 der Arbeit.

Tabelle 1: Bundesprogramm „Demokratie leben!“, 2015-2019 ⁵⁷

Programmbereiche	Programmziele	Zielgruppen
<ul style="list-style-type: none"> - Partnerschaften für Demokratie (PfD) - Landes-Demokratiezentren (LDZ) - Strukturentwicklung bundeszentraler Träger (bzT) - Modellprojekte (MP) <ul style="list-style-type: none"> → Ausgewählte Phänomene gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF) und Demokratiestärkung im ländlichen Raum → Radikalisierungsprävention → Engagement und Vielfalt in der Arbeits- und Unternehmenswelt → Demokratieförderung im Bildungsbereich → Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft → Stärkung des Engagements im Netz - gegen Hass im Netz → Prävention in der Deradikalisierung in Strafvollzug und Bewährungshilfe - Forschung, Begleitprojekte, wB, etc. 	<ul style="list-style-type: none"> - Förderung v. Demokratie u. Vielfalt - Prävention von: <ul style="list-style-type: none"> → Gewalt → Syndrom-Elementen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit → verschiedener Formen v. Extremismus u. Radikalisierung 	<ul style="list-style-type: none"> - Partnerschaften für Demokratie: <ul style="list-style-type: none"> → Kinder, Jugendliche → Eltern, andere Erziehungsberechtigte → pädagogische Fachkräfte → Multiplikator*innen → lokal einflussreiche staatliche und zivilgesellschaftliche Akteur*innen - Landes-Demokratiezentren (zusätzl.): <ul style="list-style-type: none"> → extremistisch orientierte/gefährdete Jugendliche - Strukturentwicklung bundeszentraler Träger: <ul style="list-style-type: none"> → Kinder- und Jugendliche → Eltern und Familienangehörige sowie weitere Bezugspersonen → ehren-, neben- und hauptamtlich in der Jugendhilfe Tätige → Multiplikator*innen → staatliche und zivilgesellschaftliche Akteur*innen - Modellprojekte (GMF, Demokratiestärkung im ländlichen Raum und Radikalisierungsprävention): <ul style="list-style-type: none"> → Kinder (3-12 Jahre) → Jugendliche (13-18 Jahre) → junge Erwachsene (19-27 Jahre) → pädagogische Fachkräfte → Eltern, Erziehungsberechtigte, Familienmitglieder → andere sozialisationsunterstützende Akteur*innen (Akteur*innen aus dem Sozialraum, z. B Pat*innen, Nachbar*innen)

Reichweite: bundesweit; Bundesmittel insges.: 431,5 Millionen Euro. ⁵⁸

⁵⁷ Eigene Darstellung, vgl. Kap. 2.1.3 der Arbeit sowie Abb. 1, 2, s. Anhang.

⁵⁸ BMFSFJ (2020a); Bohn et al. (2015: 5); Bischoff et al. (2015a: 9, 2015b: 57 f.); Greuel et al. (2016: 33).

Tabelle 2a: „Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt“ (AgAG), 1992-1996 ⁵⁹

Programmbe- reiche	Programmziele	Zielgruppen	Ergebnisse u. Erfolge	Weiterent- wicklungs- bedarfe u. Herausfor- derungen
<ul style="list-style-type: none"> - Modellpro- jekte gegen Rechtsextre- mismus (1992: 140, 1993: 123 Stck.)⁶⁰ - Strukturauf- bau der Ju- gendhilfe - Evaluation u. Programm- bzw. Verlaufs- begleitung (letztere durch ISS; wB ab 1993 d. TU Dresden⁶¹) 	<ul style="list-style-type: none"> - Integration ge- waltbereiter u. gewalttätiger Ju- gendlicher in Angebote d. Ju- gendhilfe⁶² - Gewaltpräven- tion und Dees- kalation⁶³ - Aufbau v. Ju- gendhilfestruk- turen in ostdeut- schen Bundes- ländern - fachliche Qua- lifizierung u. Fortbildung d. Mitarbeitenden 	<ul style="list-style-type: none"> - gewaltbereite und gewalttät- ige Jugendli- che - im Pro- grammverlauf zunehmend auch jüngere Kinder u. Ju- gendliche sowie Kinder aus sozial pre- kären Mili- teus⁶⁴ 	<ul style="list-style-type: none"> - erfolgreiche Arbeit m. jugendlichen Zielgruppen - Mithilfe der Projekte bei Reduktion gewalttätiger Vorkommnisse an Stand- orten d. AgAG - Ausdifferenzierung d. Jugendszenen⁶⁵ - erfolgreicher Struktur- aufbau d. Jugendhilfe i. ostdeutschen Bundeslän- dern u. Qualifizierung d. Mitarbeitenden sowie Konstituierung d. Träger - erstmaliger Erfahrungs- transfer v. Ost- nach Westdeutschland: AgAG als Erfahrungsquelle f. Fachexpertise hins. Ge- waltprävention⁶⁶ 	<ul style="list-style-type: none"> - Erreichung v. Jugendli- chen im ländlichen Raum⁶⁷

Reichweite: Berlin (Marzahn, Lichtenberg, Hellersdorf, Hohenschönhausen), Mecklenburg-Vorpom-
mern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Brandenburg; Finanzierung durch Bund (1992-1994) und
Kofinanzierung durch Bund und Länder sowie Kommunen (1995-1996, je 50%).⁶⁸

⁵⁹ Eigene Darstellung, vgl. Kap. 3.1 der Arbeit.

⁶⁰ Bohn (1997: 61); vgl. Fuchs et al. (1997a: 11).

⁶¹ Zu ISS: gsub (o. J.: 1); Fuchs et al. (1997b: 11); zur TU Dresden: Fuchs et al. (1997b: 11 f.); vgl. Bohn/Münchmeier (1997: 179); Böhnisch et al. (1997: 165-170); Bohn/Münchmeier (1997: 179-192).

⁶² Vgl. zur Projektarbeit des AgAG Bohn (1997: 61, 64); Fuchs et al. (1997a: 11, 13, 17-19); vgl. zum organisatori-
schen Aufbau und der inhaltlichen Arbeit Bohn (1997: 64-68); Bohn/Münchmeier (1997: 30 f.); vgl. zur Kooper-
ation zw. den Projekten Bohn (1997: 70); Bohn/Münchmeier (1997: 28), Böhnisch et al. (1997: 14, 171-179).

⁶³ Bohn (1997: 61); vgl. Böhnisch et al. (1997: 14); Bohn/Münchmeier (1997: 184-186); Merkel (1994: I); Bohn et
al. (1994: 5); gsub (o. J.: 1).

⁶⁴ Fuchs et al. (1997a: 12); vgl. Bohn/Münchmeier (1997: 28, 183, 188).

⁶⁵ Bohn (1997: 68 f.); vgl. Bohn/Münchmeier (1997: 182 f., 189).

⁶⁶ Bohn (1997: 69 f.). Vgl. zu den Erfahrungen hinsichtlich organisatorischer und struktureller Voraussetzungen
für künftige Bundesprogramme Bohn (1997: 71 f.); Bohn/Münchmeier (1997: 26).

⁶⁷ Bohn/Münchmeier (1997: 180); vgl. Fuchs et al. (1997b: 11 f.); Böhnisch et al. (1997: 13 f.); vgl. allg. Bohn
(1997: 61-72); Fuchs et al. (1997a: 11 f., 1997b: 11 f.); Bohn/Münchmeier (1997: 26).

⁶⁸ Vgl. gsub (o. J.: 1 f.).

Tabelle 2b: Bundesprogramm „Jugend für Toleranz und Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“, 2001-2006⁶⁹

Programmbe- reiche	Programmziele	Zielgruppen	Ergebnisse u. Erfolge	Weiterentwick- lungsbedarfe u. Herausforderun- gen
<ul style="list-style-type: none"> - ENTIMON - gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus (MP) - CIVITAS - initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern - XENOS - Leben und Arbeiten in Vielfalt (BMAS) - wB u. Programmevaluation (DJI/Univ. Bielefeld u. Alice-Salomon-Fachh.) 	<ul style="list-style-type: none"> - MP: Stärkung jugendlicher Partizipation u. d. demokratischen Verhaltens; Vermittlung politischer Grundkenntnisse; Prävention v. Gewalt u. Rechtsextremismus⁷⁰ - CIVITAS: lokale Projekte zur Bekämpfung v. Ungleichwertigkeitsideologien in Ostdeutschland u. qualitative Verbesserung d. Beratungsangebote (Mobile u. Opferberatung) sowie d. Netzwerkwerkstellen - XENOS: Bekämpfung v. Fremdenfeindlichkeit, Rassismus u. Diskriminierung in Schule, Beruf, Arbeitswelt⁷¹ 	<ul style="list-style-type: none"> - Jugendliche allg. - bei ENTIMON: junge Menschen, Haupt- und Berufsschüler*innen, Migrant*innen, rechtsextremistisch gefährdete (v.a. männl.) Jugendliche, Eltern, Erziehungsberechtigte, Multiplikator*innen⁷² - bei CIVITAS zusätzlich: engagierte Bürger*innen, Opfer rechtsextremer Gewalt⁷³ 	<ul style="list-style-type: none"> - gute Lernerfahrungen hins. fachlicher Resultate - positive Nachsteuerungseffekte durch Feedback der wB, das durch Programmgeber*in Modifikation der Programmleitlinien mit-einfluss⁷⁴ 	<ul style="list-style-type: none"> - Weiterentwicklungsbedarfe: Fachwissen, Strategien und Methoden in Bearbeitung v. Rechtsextremismus, Antisemitismus u. Fremdenfeindlichkeit - Systematisierung d. Projektergebnisse, z. B. d. logische Modelle als Hilfe des Transfers - mehr Fokus auf lokale Problemlösungsstrategien, Nachhaltigkeit u. Integrationsstrategien - Bestandssicherung kommunaler Jugendarbeit⁷⁵

Reichweite: bundesweit (ENTIMON, XENOS) und ostdeutsche Bundesländer (CIVITAS); Bundesmittel insges.: ca. 192 Millionen Euro (zus. Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF)).⁷⁶

⁶⁹ Eigene Darstellung, vgl. Kap. 3.1 der Arbeit.

⁷⁰ BMFSFJ (2006: 4-6, 12 f., 43).

⁷¹ BMFSFJ (2006: 7). Der Abschlussbericht des Aktionsprogramms „Jugend für Toleranz und Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ fokussiert sich jedoch nur auf die vom BMFSFJ verantworteten Programme ENTIMON und CIVITAS (vgl. BMFSFJ 2006: 7 f.). Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) förderte von 2009 bis 2014 das „[...] XENOS-Sonderprogramm[...] ‚Ausstieg zum Einstieg‘ [...]“ (Becker et al. 2014: 1). Dieses sollte Betroffenen den Ausstieg aus der rechten Szene durch einen Einstieg in die Arbeitswelt erleichtern. Vgl. ausführlicher den Abschlussbericht (Becker et al. 2014: 1-173) sowie zu Wechselwirkungen zwischen Rechtsextremismus/Rechtspopulismus und der Arbeitsmarktintegration ebenfalls Butterwegge/Hentges (2008).

⁷² Vgl. BMFSFJ (2006: 20, Anhang ENTIMON, 3).

⁷³ Vgl. BMFSFJ (2006: Anhang Civitas, 2).

⁷⁴ BMFSFJ (2006: 77).

⁷⁵ BMFSFJ (2006: 78-80, 84). Vgl. zu den Ergebnissen und Weiterentwicklungsbedarfen ausführlicher BMFSFJ (2006: 77-84) sowie zu diesem Aktionsprogramm allg. BMFSFJ (2006: 1-88, Anhänge ENTIMON und CIVITAS).

⁷⁶ Vgl. BMFSFJ (2006: 1-8, 20, Anhang ENTIMON, 3, Anhang CIVITAS, 2). ENTIMON: insges. 65 Millionen Euro; CIVITAS: 52 Millionen Euro; XENOS: 75 Millionen aus ESF-Mitteln sowie 85 Millionen Euro aus Bundesmitteln (BMFSFJ 2006: 4).

Tabelle 2c: Bundesprogramm „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“, 2007-2010 ⁷⁷

Programmbe- reiche	Programm- ziele	Zielgruppen	Ergebnisse u. Erfolge	Weiterentwick- lungsbedarfe u. Herausforderungen
<ul style="list-style-type: none"> - Lokale Aktionspläne (LAP, 90 Stck.) mit Begleitausschuss als zentralem Steuerungsgremium z. Umsetzung d. LAP - Modellprojekte (93 Stck.): Antisemitismus, Rechtsextremismus, Prävention und Bildung - Programmevaluation (DJI), Forschung, etc. 	<ul style="list-style-type: none"> - Stärkung von Demokratie, Vielfalt u. Toleranz vor Ort - Sensibilisierung v. Jugendlichen u. Kindern durch Förderung politischer Bildung u. präventiver Pädagogik⁷⁸ 	<ul style="list-style-type: none"> - Jugendliche in strukturschwachen Regionen u. Kommunen, männliche Jugendliche aus „bildungsfernen“ Milieus mit Affinität zu Fremdenfeindlichkeit⁷⁹ - Kinder und jüngere Jugendliche - Migrant*innen - Eltern, Erzieher*innen, Lehrer*innen, Sozialpädagog*innen, Multiplikator*innen - lokal einflussreiche u. deutungsmächtige Akteursgruppen 	<ul style="list-style-type: none"> - lokale Einzelprojekte z. Etablierung demokratisch-humanistischer Werte als wichtige Voraussetzung f. gelungene Umsetzung der LAP - gleichberechtigte Zusammenarbeit zw. staatl. u. zivilgesellschaftlichen Akteur*innen ziel führend f. Herausbildung präventiver Strategien - wesentliches Vorgehen mit Präventionsangeboten f. Jugendliche in Verbindung m. Beratungsangeboten zur Erreichung der Programmziele geeignet 	<ul style="list-style-type: none"> - Entwicklungsbedarfe: Etablierung lokaler Koordinierungsstellen f. erfolgreiche Durchführung der LAP zentral - MP-Weiterentwicklungsbedarfe: „geschlechterreflektierende Ansätze“ hins. Antisemitismus u. hins. Zielgruppenerreichung rechtsextremistisch orientierter Jugendlicher⁸⁰ - bessere Anpassung der beiden Programme („kompetent für Demokratie“ u. „VIELFALT TUT GUT.“) und der resultierenden Synergienutzung - Nachhaltigkeit: bessere Verankerung der Aktivitäten in bestehende regionale u. landesweite Regelstrukturen⁸¹

Reichweite: bundesweit; Bundesmittel insges.: 76 Millionen Euro (19 Mill./Jahr).⁸²

⁷⁷ Eigene Darstellung, vgl. Kap. 3.1 der Arbeit.

⁷⁸ R. V. et al. (o. J.: 2).

⁷⁹ R. V. et al. (o. J.: 5).

⁸⁰ R. V. et al. (o. J.: 2 f.).

⁸¹ R. V. et al. (o. J.: 40).

⁸² Vgl. R. V. et al. (o. J.: 2 f., 5 f., 40 f.).

Tabelle 2d: Bundesprogramm „kompetent. für Demokratie - Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“, 2007-2010⁸³

Programmbereiche	Programmziele	Zielgruppen	Ergebnisse u. Erfolge	Weiterentwicklungsbedarfe u. Herausforderungen
<ul style="list-style-type: none"> - 16 landesweite Beratungsnetzwerke - Projekte zur Verbesserung der Beratung - Programmevaluation (DJI), Forschung, etc. 	<ul style="list-style-type: none"> - Bündelung von Expertise - Beratung bei rechtsextremen Vorfällen 	<ul style="list-style-type: none"> - Kinder, Jugendliche - Eltern, Lehrer*innen, Erzieher*innen, Multiplikator*innen 	<ul style="list-style-type: none"> - Professionalität u. Einbindung vernetzter Akteur*innen für erfolgreichen Beratungsprozess ausschlaggebend - Beratungsnetzwerke als Verbindungselement f. Kooperation zw. zivilgesellschaftlichen Akteur*innen u. staatlichen Institutionen - Großteil der Beratungsfälle mit individuellem Beratungskonzept positiv abgeschlossen - wesentliches Vorgehen mit Präventionsangeboten f. Jugendliche in Verbindung m. Beratungsangeboten zur Erreichung der Programmziele geeignet 	<ul style="list-style-type: none"> - Unterstützung der Professionalisierung der Mitarbeitenden in Beratungsstellen in Nachfolgeprogrammen - bessere Anpassung der beiden Programme („kompetent für Demokratie“ u. „VIELFALT TUT GUT.“) und der resultierenden Synergienutzung - Nachhaltigkeit: bessere Verankerung der Aktivitäten in bestehende regionale u. landesweite Regelstrukturen⁸⁴

Reichweite: landesweit; Bundesmittel insges.: 20 Millionen Euro (5 Mill./Jahr).⁸⁵

⁸³ Eigene Darstellung, vgl. Kap. 3.1 der Arbeit.

⁸⁴ R. V. et al. (o. J.: 2 f., 40).

⁸⁵ Vgl. R. V. et al. (o. J.: 2 f., 11, 40 f.). Vgl. zusammenfassend zu „VIELFALT TUT GUT.“ und „kompetent. für Demokratie“ R. V. et al. (o. J.: 2 f., 40 f.) und den Abschlussbericht (R. V. et al. o. J.: 1-82). In der gesamten Programmlaufzeit wurden vom Bund in die beiden Programme 96 Millionen Euro investiert (R. V. et al. o. J.: 2). Ergänzend zu den beiden Bundesprogrammen wurde Ende November 2007 die „[...] bundesweite Initiative ‚Orte der Vielfalt‘ [...]“ initiiert (R. V. et al. o. J.: 3). Ziele waren die Unterstützung und Sichtbarmachung demokratischen Engagements auf Kommunalebene. Kommunen, die sich in hohem Maße für diese Ziele einsetzten, erhielten von der Bundesregierung die Auszeichnung „[...] ‚Ort der Vielfalt‘ [...]“ (R. V. et al. o. J.: 3).

Tabelle 2e: Bundesprogramm „Initiative Demokratie Stärken“ (IDS), 2010-2014 ⁸⁶

Programmbereiche	Programmziele	Zielgruppen	Ergebnisse u. Erfolge	Weiterentwicklungsbedarfe u. Herausforderungen
<ul style="list-style-type: none"> - Linksextremismus - Islamistischer Extremismus - Forschungsprojekte, wB, etc. 	<ul style="list-style-type: none"> - Wissensgenerierung - Förderung u. Weiterentwicklung der (innovativen) pädagogischen Praxis - Generierung theoretischer, wissenschaftlich grundlegender u. praktischer Expertise in den wenig erschlossenen Themenfeldern⁸⁷ 	<ul style="list-style-type: none"> - Jugendliche - sozialisationsrelevante Akteure v. Jugendlichen: Eltern, Erziehungsberechtigte, Erzieher*innen, Lehrer*innen, Sozialarbeiter*innen, Multiplikator*innen aus den Milieus, sozialräumliche Akteure⁸⁸ 	<ul style="list-style-type: none"> - Linksextremismus: kein deutschlandweiter Präventionsbedarf; eher lokale, oft auf Großstädte begrenzte, gewaltförmige Ausprägungen der linksradikalen Szene - Evidenzen islamistischer Extremismus: lokale Konfliktbearbeitung sinnvoll u. keine Beschränkung der Präventionsarbeit auf (gefährdete) Jugendliche 	<ul style="list-style-type: none"> - Herausforderung: präventive Bearbeitung - vor allem des Linksextremismus - nicht v. allen gesellschaftlichen Gruppen als notwendig erachtet - Transfer, inhaltliche Weiterentwicklung u. Erprobung vielversprechender, themen- oder zielgruppenspezifischer Präventionsansätze hins. Linksextremismus - Islamist. Extremismus: Thematisierung in nachfolgenden Programmen notwendig hins. Prozessen der Polarisierung u. Radikalisierung in Einwanderungsgesellschaft - allg. Weiterentwicklungsbedarfe hins. islamistischem Extremismus⁸⁹

Reichweite: bundesweit⁹⁰; keine Informationen zu Bundesmitteln verfügbar.

⁸⁶ Eigene Darstellung, vgl. Kap. 3.1 der Arbeit.

⁸⁷ BMFSFJ (2014a: 4). Vgl. ausführlicher zur Projektarbeit im Bereich islamistischer Extremismus BMFSFJ (2014a: 48-50).

⁸⁸ Vgl. BMFSFJ (2014a: 4 f., 7-10).

⁸⁹ BMFSFJ (2014a: 5, 49 f.). Vgl. ausführlicher den Abschlussbericht von IDS (BMFSFJ 2014a: 1-59).

⁹⁰ BMFSFJ (2014a: 5).

Tabelle 2f: Bundesprogramm „TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN“ (TFKS), 2011-2014 ⁹¹

Programmbereiche	Programmziele	Zielgruppen	Ergebnisse u. Erfolge	Weiterentwicklungsbedarfe u. Herausforderungen
<ul style="list-style-type: none"> - Lokale Aktionspläne (LAP) - landesweite Beratungsstellen - Modellprojekte (universelle u. indizierte, pädagogische Prävention, 52 Stck.): Antisemitismus, Rechtsextremismus, Zusammenleben in der Integrationsgesellschaft, Umgang mit Vielfalt und Differenz im Elementar- und Primarbereich - Programmevaluation (DJI), Programmumsetzung (Regiestelle d. BAFzA); Sonderprojekte, etc.⁹² 	<ul style="list-style-type: none"> - Förderung von zivilem Engagement und demokratischem Verhalten - Einsatz für Vielfalt und Toleranz - Erweiterung ab 2014 bei Beratungsnetzwerken: Maßnahmen bei Ausstiegs- und Distanzierungsprozessen hins. Rechtsextremismus⁹³ 	<ul style="list-style-type: none"> - Jugendliche allg. - Jugendliche in strukturschwachen Regionen, männliche (aber auch weibliche) Jugendliche aus „bildungsfernen“ Milieus mit Affinität zu Fremdenfeindlichkeit bzw. GMF, rechtsextrem orientierte Jugendliche, Kinder - Eltern, andere Erziehungsbeauftragte Erzieher*innen, Lehrer*innen, Multiplikator*innen, lokal einflussreiche staatliche und zivilgesellschaftliche Akteur*innen 	<ul style="list-style-type: none"> - KJH-Regelpraxis als bedeutende Kooperationspartner*in - Kombination verschiedener Präventionsstrategien gelungen - Beratungsnetzwerke: Unterstützungsangebote (mittelbar spezifische/indizierte) Prävention u. bei rechtsextremen Vorfällen - Einrichtung einer LKS pro Beratungsnetzwerk - Zivilgesellschaftliche Stärkung u. lokale Prävention v. Rechtsextremismus⁹⁴ 	<ul style="list-style-type: none"> - programmbezogene u. programmbezugsübergreifende Zusammenarbeit sowie Fachaus-tausche - Erreichen erwachsener Zielgruppen - gezielte Prävention: Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen - Prävention unmittelbar auftretender rechtsextremer Ereignisse⁹⁵

Reichweite: bundesweit - kommunal, überregional und landesweit⁹⁶; Bundesmittel insges.: 96 Millionen Euro (24 Mill./Jahr).⁹⁷

⁹¹ Eigene Darstellung, vgl. Kap. 3.1 der Arbeit.

⁹² BMFSFJ (2014b: 52, 71 f., 12-14).

⁹³ BMFSFJ (2014b: 6, 12).

⁹⁴ BMFSFJ (2014b: 72-79, 11 f.).

⁹⁵ BMFSFJ (2014b: 25, 71-76).

⁹⁶ BMFSFJ (2014b: 7).

⁹⁷ Vgl. BMFSFJ (2014b: 6 f., 10-14) sowie ausführlicher den Abschlussbericht von TFKS in BMFSFJ (2014b: 1-136).

Tabelle 3a: Einordnung der Zwischenberichte der wissenschaftlichen Begleitungen nach Charakteristika der Evaluationsforschung: Programmbereiche A bis E, Berichtsjahr 2015 ⁹⁸

Programmbereich	Qualitative Methoden	Quantitative Methoden	Formative Elemente	Summative Elemente	Partizipativer Evaluationsansatz
A - Partnerschaften für Demokratie	+	+	+	+	+
B - Landes-Demokratiezentren	+	+	+	+	+
C - Strukturentwicklung bundeszentraler Träger	+	-	+	/	+
D - Modellprojekte (ausgew. Phänomene GMF u. Demokratiestärkung im ländlichen Raum)	+	+	+	+	/
E - Modellprojekte (Radikalisierungsprävention)	+	+	+	+	/

Legende Tabelle 3a: „+“ = Merkmal vorhanden; „-“ = Merkmal nicht vorhanden; „/“ = Merkmal nur teilweise vorhanden. Genaue Erläuterungen erfolgen im Fließtext (Kap. 3.2.1).

Tabelle 3b: Einordnung der Zwischenberichte der wissenschaftlichen Begleitungen nach Charakteristika der Evaluationsforschung: Programmbereiche A bis E, Berichtsjahr 2016 ⁹⁹

Programmbereich	Qualitative Methoden	Quantitative Methoden	Formative Elemente	Summative Elemente	Partizipativer Evaluationsansatz
A - Partnerschaften für Demokratie	+	+	+	+	+
B - Landes-Demokratiezentren	+	+	/	/	+
C - Strukturentwicklung bundeszentraler Träger	+	+	+	/	+
D - Modellprojekte (ausgew. Phänomene GMF u. Demokratiestärkung im ländlichen Raum)	+	+	/	/	/
E - Modellprojekte (Radikalisierungsprävention)	+	+	/	/	/

Legende Tabelle 3b: „+“ = Merkmal vorhanden; „-“ = Merkmal nicht vorhanden; „/“ = Merkmal nur teilweise vorhanden. Genaue Erläuterungen erfolgen im Fließtext (Kap. 3.2.1).

⁹⁸ Eigene Darstellung, vgl. Kap. 3.2.1 der Arbeit.

⁹⁹ Eigene Darstellung, vgl. Kap. 3.2.1 der Arbeit.

Tabelle 3c: Einordnung der Zwischenberichte der wissenschaftlichen Begleitungen nach Charakteristika der Evaluationsforschung: Programmbereiche A bis E, Berichtsjahr 2017¹⁰⁰

Programmbereich	Qualitative Methoden	Quantitative Methoden	Formative Elemente	Summative Elemente	Partizipativer Evaluationsansatz
A - Partnerschaften für Demokratie	+	+	+	+	+
B - Landes-Demokratiezentren	+	+	/	/	+
C - Strukturentwicklung bundeszentraler Träger	+	+	+	/	/
D - Modellprojekte (ausgew. Phänomene GMF u. Demokratiestärkung im ländlichen Raum)	+	+	/	/	/
E - Modellprojekte (Radikalisierungsprävention)	+	+	/	/	/

Legende Tabelle 3c: „+“ = Merkmal vorhanden; „-“ = Merkmal nicht vorhanden; „/“ = Merkmal nur teilweise vorhanden. Genaue Erläuterungen erfolgen im Fließtext (Kap. 3.2.1).

¹⁰⁰ Eigene Darstellung, vgl. Kap. 3.2.1 der Arbeit.

Tabelle 4: Bundesprogramm „Demokratie leben!“, 2020-2024 ¹⁰¹

Programmbereiche	Programmziele	Zielgruppen
<ul style="list-style-type: none"> - Partnerschaften für Demokratie (PfD) - Landes-Demokratiezentren (LDZ): landesweite Koordination und Vernetzung, Mobile Beratung, Opferberatung, Ausstiegs- und Distanzierungsberatung - Kompetenzzentren- und Netzwerken auf Bundesebene - Modellprojekte (MP) <ul style="list-style-type: none"> → Demokratieförderung: Demokratieförderung im Kinderalter, Demokratieförderung im Jugend- und jungen Erwachsenenalter → Vielfaltgestaltung: Antisemitismus, Antiziganismus, Islam- und Muslimfeindlichkeit, Homosexuellen- und Trans*feindlichkeit, Rassismus, Chancen und Herausforderungen der Einwanderungsgesellschaft - Vielfalt und Antidiskriminierung → Extremismusprävention: Rechtsextremismus, Islamistischer Extremismus, Linker Extremismus - Forschungsvorhaben, wB, Programmevaluation, etc. 	<ul style="list-style-type: none"> - Förderung von Demokratie, Gestaltung von Vielfalt, Prävention von Extremismus - PfD: an die Bedarfe vor Ort angepasste Strategieentwicklung durch lokale bzw. regionale PfD-Bündnisse - LDZ: Bündelung von Expertise, Beratungs- und Unterstützungsangeboten sowie Entwicklung v. Konzepten der Demokratieförderung u. Vielfaltgestaltung - Kompetenzzentren und -netzwerke: Weiterentwicklung der themenfeldspezifischen Expertise, Kompetenzbündelung u. Stärkung der bundesweiten Kooperation zivilgesellschaftlicher Organisationen - MP: Entwicklung und Erprobung innovativer Projekte u. Handlungsstrategien zur Extremismusprävention und Demokratiegestaltung¹⁰² 	<ul style="list-style-type: none"> - Kinder und Jugendliche, deren Eltern, Familienangehörige u. Bezugspersonen - junge Erwachsene - ehren-, neben- und hauptamtlich in der KJH u. an anderen Sozialisationsorten Tätige - Multiplikator*innen - staatliche und zivilgesellschaftliche Akteur*innen¹⁰³

Reichweite: bundesweit; Bundesmittel: Planung (gemäß Haushaltsverhandlungen am 29.11.2019): 115,5 Millionen Euro pro Jahr bis 2023 (= insges. 462 Millionen Euro Bundesmittel); Summe für 2024 noch nicht festgelegt.¹⁰⁴

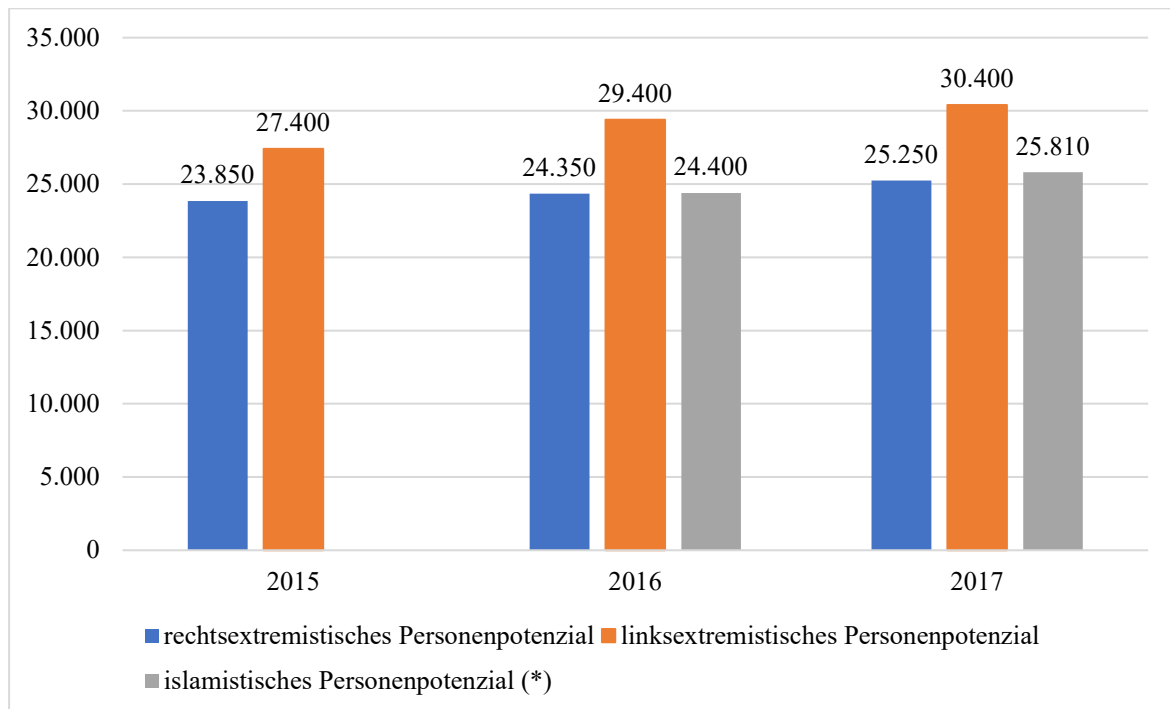
¹⁰¹ Eigene Darstellung, vgl. Kap. 3.5, 4 der Arbeit.

¹⁰² BMFSFJ (2019d, 2019b).

¹⁰³ BMI (2019: 802); vgl. allgemein BMI (2019: 801-803).

¹⁰⁴ BMFSFJ (2019b, 2019d, 2019e, 2020i); vgl. Deutscher Bundestag 2019b.

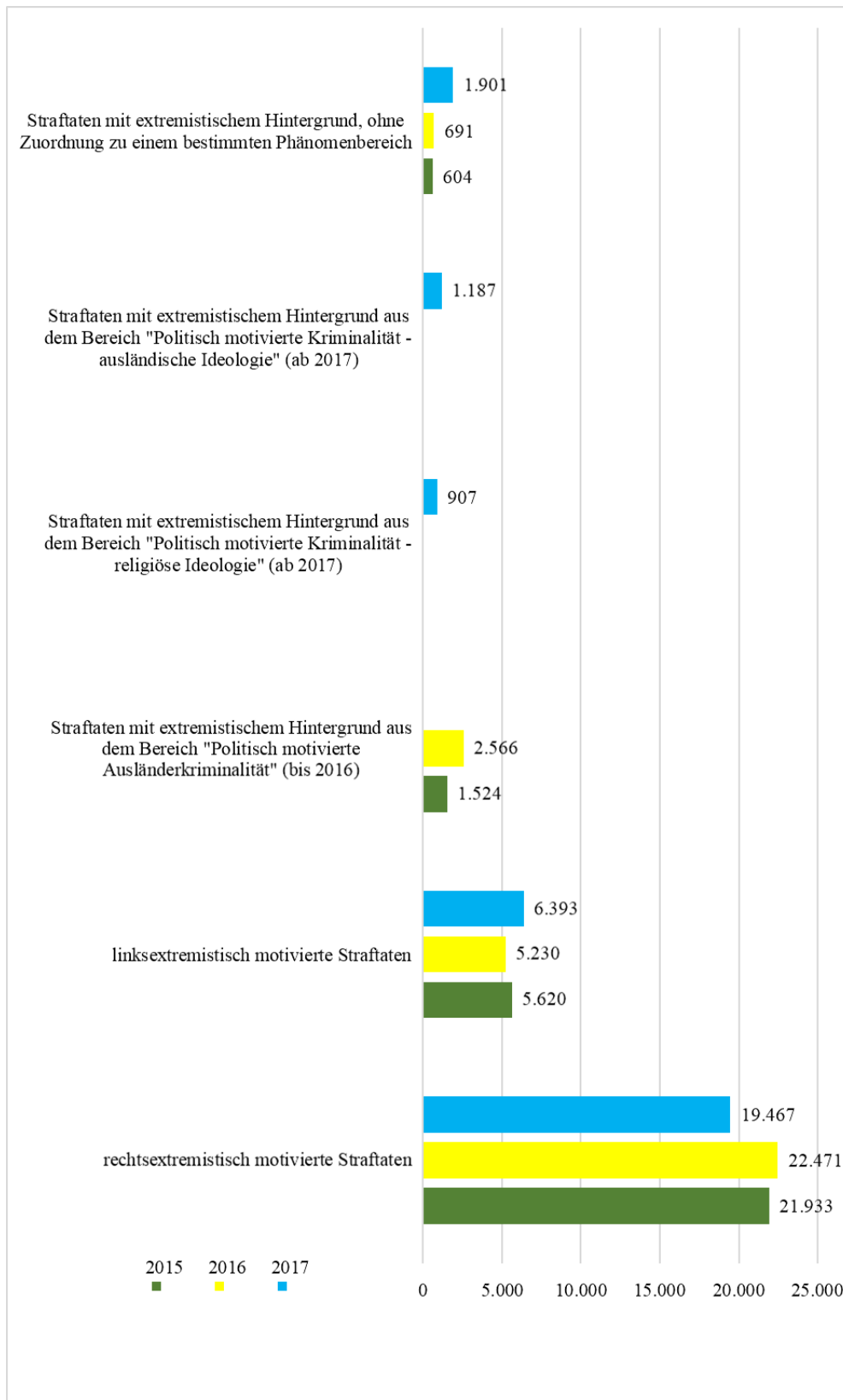
Diagramm 1: Gesamtanzahl der Personen mit Extremismuspotenzial in Deutschland nach Phänomenbereich des Extremismus (2015-2017) ¹⁰⁵



* Für 2015 lagen dem BfV keine umfassenden und gesicherten Daten hinsichtlich des islamistischen Personenpotenzials vor (BMI 2016: 154 f.). Vgl. Kap. 3.4.1 der Arbeit.

¹⁰⁵ Eigene Darstellung, basierend auf den Verfassungsschutzberichten des BfV aus den Jahren 2015, 2016 und 2017 (BMI 2016, 2017, 2018). Die Gesamtanzahlen beinhalten auch Mehrfachmitgliedschaften der Personen mit Extremismuspotenzial. Allgemein sind die Zahlen teilweise geschätzt und gerundet. Rechtsextremistisches Personenpotenzial (BMI 2016: 43-45, 2017: 40, 2018: 48-50); linksextremistisches Personenpotenzial (BMI 2016: 95 f., 2017: 102 f., 2018: 102 f.); islamistisches Personenpotenzial (BMI 2016: 154 f., 2017: 159 f., 2018: 172 f.). Vgl. Kap. 3.4.1 der Arbeit.

Diagramm 2: Gesamtanzahl der extremistisch motivierten Straftaten in Deutschland nach Phänomenbereich des Extremismus (2015-2017) ¹⁰⁶



¹⁰⁶ Eigene Darstellung, basierend auf den Verfassungsschutzberichten des BfV aus den Jahren 2015, 2016 und 2017 (BMI 2016, 2017, 2018) bzw. auf Daten des BKA (BMI 2018: 23) Vgl. BMI (2016: 24-26, 30, 36, 2017: 22-24, 29, 34, 2018: 23-25, 31 f., 37 f.) sowie Kap. 3.4.1 der Arbeit und zur Kritik an der PMK Lang (2016: 201-221).

Literaturverzeichnis

- Aisslinger, Moritz/Fuchs, Christian/Geisler, Astrid/Henk, Malte/Middelhoff, Paul/Müller, Daniel/Musharbash, Yassin/Polke-Majewski, Karsten/Stark, Holger/Stelzer, Tanja/Uchatius, Wolfgang 2020: Zeit-Dossier vom 27. Februar 2020: Diese 182 Menschen starben seit der deutschen Einheit durch rechtsextreme Gewalt. Ein ZEIT-Dossier über die Frage, warum der rechte Terror nicht aufhört, *Die Zeit* 75(10): 15-17.
- Becker, Carsten/Brunsen, Hendrik/Einhorn, Annika 2014: Evaluation des XENOS-Sonderprogramms „Ausstieg zum Einstieg“. Abschlussbericht mit einer zusammenfassenden Betrachtung des Förderzeitraums 2010 bis 2013 im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS), Juli 2014, Berlin: Gesellschaft für Innovationsforschung und Beratung mbH, https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/content/PDF-DOC-XLS/Abschlussberichte/2014_10_20_endbericht_xenos_evaluation-1.pdf (Zugriff: 10.12.2019).
- Bickman, Leonard (Hrsg.) 1987: Using Program Theory in Evaluation. New Directions for Program Evaluation (Nr. 33), San Francisco/London: Jossey-Bass.
- Bischoff, Ursula/König, Frank/Langner, Carsta 2017: Dritter Bericht: Landes-Demokratiezentren. Programmevaluation „Demokratie leben!“ Zwischenbericht 2017, München (u. a.): DJI (Deutsches Jugendinstitut e. V.), https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/DemokratieLeben/Dritter_Zwischenbericht_LDZ_2017.pdf (Zugriff: 17.09.2019).
- Bischoff, Ursula/König, Frank/Langner, Carsta/Menge, Claudia/Rehse, Alina/Reiter, Stefanie 2016: Zweiter Bericht: Landes-Demokratiezentren. Programmevaluation „Demokratie leben!“ Zwischenbericht für den Zeitraum 01.01.2016 bis 31.12.2016, München (u. a.): DJI (Deutsches Jugendinstitut e. V.), https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/DemokratieLeben/Zweiter_Zwischenbericht_LDZ_2016.pdf (Zugriff: 17.09.2019).
- Bischoff, Ursula/Bollmann, Martin/König, Frank/Menge, Claudia/Reiter, Stefanie 2015a: Erster Bericht: Landes-Demokratiezentren. Programmevaluation „Demokratie leben!“ Zwischenbericht für den Zeitraum 01.01.2015 bis 31.12.2015, München (u. a.): DJI (Deutsches Jugendinstitut e. V.), https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/DemokratieLeben/Erster_Zwischenbericht_LDZ_2015.pdf (Zugriff: 17.09.2019).
- Bischoff, Ursula/Heinze, Franziska/König, Frank/Reiter, Stefanie 2015b: Erster Bericht: Strukturentwicklung bundeszentraler Träger. Programmevaluation „Demokratie leben!“ Zwischenbericht für den Zeitraum 01.01.2015 bis 31.12.2015, München (u. a.): DJI (Deutsches Jugendinstitut e. V.), https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/DemokratieLeben/Erster_Zwischenbericht_bzT_2015.pdf (Zugriff: 17.09.2019).
- BMAS (Hrsg.) 2012: Übersicht über das Sozialrecht, 9. Auflage, Bonn/Nürnberg: BMAS/BW Bildung und Wissen, Verlag und Software GmbH.
- BMFSFJ (Hrsg.) 2020a: Über „Demokratie leben!“. Für ein vielfältiges, gewaltfreies und demokratisches Miteinander, Berlin: BMFSFJ, <https://www.demokratie-leben.de/bundesprogramm/ueber-demokratie-leben.html> (Zugriff: 04.01.2020).

- BMFSFJ (Hrsg.) 2020b: Über „Demokratie leben!“. Programmevaluation und wissenschaftliche Begleitung, Berlin: BMFSFJ, <https://www.demokratie-leben.de/ueber-demokratie-leben/programmevaluation-und-wissenschaftliche-begleitung.html> (Zugriff: 13.04.2020).
- BMFSFJ (Hrsg.) 2020c: Über „Demokratie leben!“. Partnerschaften für Demokratie, Berlin: BMFSFJ, <https://www.demokratie-leben.de/partnerschaften-fuer-demokratie.html> (Zugriff: 02.01.2020).
- BMFSFJ (Hrsg.) 2020d: Über „Demokratie leben!“. Landes-Demokratiezentren, Berlin: BMFSFJ, <https://www.demokratie-leben.de/landes-demokratiezentren.html> (Zugriff: 02.01.2020).
- BMFSFJ (Hrsg.) 2020e: Über „Demokratie leben!“. Förderung der Strukturentwicklung zum bundeszentralen Träger, Berlin: BMFSFJ, <https://www.demokratie-leben.de/bundes-zentralitaet.html> (Zugriff: 02.01.2020).
- BMFSFJ (Hrsg.) 2020f: Über „Demokratie leben!“. Modellprojekte zu ausgewählten Phänomenen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und zur Demokratiestärkung im ländlichen Raum, Berlin: BMFSFJ, <https://www.demokratie-leben.de/ueber-demokratie-leben/ausgewaehlte-phaenomene-gruppenbezogener-menschenfeindlichkeit-und-zur-demokratiestaerkung-im-laendlichen-raum.html> (Zugriff: 02.01.2020).
- BMFSFJ (Hrsg.) 2020g: Über „Demokratie leben!“. Modellprojekte zur Radikalisierungsprävention, Berlin: BMFSFJ, <https://www.demokratie-leben.de/ueber-demokratie-leben/radikalisierungspraevention.html> (Zugriff: 03.01.2020).¹⁰⁷
- BMFSFJ (Hrsg.) 2020h: Förderperiode 2015-2019. Überblick Förderperiode 2015-2019, Berlin: BMFSFJ, <https://www.demokratie-leben.de/foerderperiode-2015-2019/ueberblick-foerderperiode-2015-2019.html> (Zugriff: 31.01.2020).
- BMFSFJ (Hrsg.) 2020i: „Demokratie leben!“. Bundesprogramm startet in neue Förderperiode. Aktuelle Meldung vom 13.01.2020, Berlin: BMFSFJ, <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/alle-meldungen/bundesprogramm-startet-in-neue-foerderperiode/144400> (Zugriff: 13.04.2020).
- BMFSFJ (Hrsg.) 2019a: Demokratieförderung und Extremismusprävention. Bundesprogramm „Demokratie leben!“. Hintergrundmeldung vom 21.01.2019, Berlin: BMFSFJ, <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/engagement-und-gesellschaft/demokratiefoerderung-und-extremismuspraevention/landes-demokratiezentren/bundesprogramm--demokratie-leben--/73948> (Zugriff: 03.01.2020).
- BMFSFJ (Hrsg.) 2019b: „Demokratie leben!“. 115 Millionen Euro für Demokratieförderprogramm. Aktuelle Meldung vom 10.10.2019, Berlin: BMFSFJ,

¹⁰⁷ Bemerkung zu BMFSFJ (Hrsg.) 2020a-2020g: Es mag verwirrend sein, dass hier das Jahr 2020 genannt wird, obwohl sich die Angaben noch auf DL in der ersten Förderperiode von 2015 bis 2019 beziehen. Diese Angaben wurden Anfang Januar 2020 unter den angegebenen Links abgerufen. Nach dem 07.01.2020 wurde die Homepage von DL umgestaltet und die Inhalte modifiziert. Die Informationen zur ersten Förderperiode finden sich nun - teilweise etwas weniger ausführlich als zu den o. g. Zugriffsdaten - unter dem Link, der in BMFSFJ (2020h) verzeichnet ist.

<https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/alle-meldungen/115-millionen-euro-fuer-demokratiefoerderprogramm-/139906> (Zugriff: 16.01.2020).

BMFSFJ (Hrsg.) 2019c: Die Ministerinnen und Minister. Geschichte des Ministeriums. Hintergrundmeldung vom 03.09.2019, Berlin: BMFSFJ, <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/ministerium/geschichte> (Zugriff: 16.01.2020).

BMFSFJ (Hrsg.) 2019d: Übersichtsseite zur zweiten Förderperiode. Informationen zur zweiten Förderperiode des Bundesprogramms, Berlin: BMFSFJ, <https://www.demokratie-leben.de/zusatzseiten/zweite-foerderperiode.html> (Zugriff: 15.09.2019).

BMFSFJ (Hrsg.) 2019e: Bundesprogramm „Demokratie leben!“. Mehr als 1000 Projektideen eingegangen (30.09.2019), Berlin: BMFSFJ, <https://www.demokratie-leben.de/zusatzseiten/bundesprogramm-demokratie-leben-mehr-als-1000-projektvorschlaege-eingegangen.html> (Zugriff: 17.03.2020).

BMFSFJ (Hrsg.) 2019f: Schutz und Förderung der Demokratie. Bundeskabinett beschließt Maßnahmen gegen Rechtsextremismus (30.09.2019), Berlin: BMFSFJ, <https://www.demokratie-leben.de/zusatzseiten/bundeskabinett-beschliesst-massnahmen-gegen-rechtsextremismus.html> (Zugriff: 08.11.2019).

BMFSFJ (Hrsg.) 2019g: Gutachten. Rechtliche Fragen zur Schaffung eines Bundesgesetzes „Demokratieförderung“. Auftraggeber: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Gutachter: Prof. Dr. Dr. h.c. Ulrich Battis, unter Mitarbeit von Rechtsanwältin Dr. Franziska Drohsel, LL.M., Berlin: BMFSFJ, https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/content/PDF-DOC-XLS/Sonstiges/Gutachten_Demokratiefoerderung.pdf (Zugriff: 27.03.2020).

BMFSFJ (Hrsg.) 2017: Bericht der Bundesregierung über Arbeit und Wirksamkeit der Bundesprogramme zur Extremismusprävention, Juni 2017, Berlin: BMFSFJ, <https://www.bmfsfj.de/blob/117610/354cf0b045adc89e2a07968851334c8d/bericht-der-bundesregierung-zur-exemismuspraevention-data.pdf> (Zugriff: 17.09.2019).

BMFSFJ (Hrsg.) 2016: Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung, Juli 2016, 1. Auflage, Berlin: BMFSFJ, <https://www.bmfsfj.de/blob/109002/5278d578ff8c59a19d4bef9fe4c034d8/strategie-der-bundesregierung-zur-extremismuspraevention-und-demokratiefoerderung-data.pdf> (Zugriff: 17.09.2019).

BMFSFJ (Hrsg.) 2014a: Abschlussbericht des Bundesprogramms „Initiative Demokratie stärken“, Juni 2014, 1. Auflage, Berlin: BMFSFJ, <https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/content/PDF-DOC-XLS/Abschlussberichte/Abschlussbericht-IDS.pdf> (Zugriff: 10.12.2019).

BMFSFJ (Hrsg.) 2014b: Abschlussbericht des Bundesprogramms „Toleranz fördern - Kompetenz stärken“, Juni 2014, 1. Auflage, Berlin: BMFSFJ, <https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/content/PDF-DOC-XLS/Abschlussberichte/TFKS-Abschlussbericht.pdf> (Zugriff: 10.12.2019).

- BMFSFJ (Hrsg.) 2006: Abschlussbericht zur Umsetzung des Aktionsprogramms „Jugend für Toleranz und Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“, 2001-2006, Stand 31.10.2006, Berlin: BMFSFJ, https://www.vielfalt-mediathek.de/data/abschlussbericht_zum_aktionsprogramm.pdf (Zugriff: 10.12.2019).
- BMFSFJ (Hrsg.) 1997: Evaluation der sozialpädagogischen Praxis. Qs Materialien zur Qualitätssicherung in der Kinder- und Jugendhilfe, Qs 11, Bonn: BMFSFJ, https://www.univation.org/download/QS_11.pdf (Zugriff: 08.12.2019).
- BMI (Hrsg.) 2020: Artikel - Heimat & Integration. Zusammenhalt durch Teilhabe, Berlin: BMI, <https://www.bmi.bund.de/DE/themen/heimat-integration/gesellschaftlicher-zusammenhalt/zusammenhalt-teilhabe/zusammenhalt-teilhabe-node.html> (Zugriff: 23.01.2020).
- BMI (Hrsg.) 2019: Gemeinsames Ministerialblatt, GMBI 2019, 70 Jahrgang, 17.10.2019, Nr. 40, S. 785, 801-803. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend - Richtlinie zur Förderung von Projekten der Demokratieförderung, der Vielfaltgestaltung und zur Extremismusprävention (Förderrichtlinie Demokratie leben!) vom 05. August 2019, S. 801-803, Berlin: BMI, https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/content/PDF-DOC-XLS/Leitlinien/Leitlinien_Zweite_Foerderperiode/Foerderrichtlinie_Demokratie_leben_Projekte_Demokratiefoerderung_Vielfaltgestaltung_Extremismuspraevention_GMBI_barrierefrei.pdf (Zugriff: 13.01.2020).
- BMI (Hrsg.) 2018: Verfassungsschutzbericht 2017, Berlin: BMI, https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/sicherheit/vsb-2017.pdf?__blob=publicationFile&v=11 (Zugriff: 16.01.2020).
- BMI (Hrsg.) 2017: Verfassungsschutzbericht 2016, Berlin: BMI, https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/sicherheit/vsb-2016.pdf?__blob=publicationFile&v=4 (Zugriff: 16.01.2020).
- BMI (Hrsg.) 2016: Verfassungsschutzbericht 2015, Berlin: BMI, https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/sicherheit/vsb-2015.pdf?__blob=publicationFile&v=4 (Zugriff: 16.01.2020).
- Böhnisch, Lothar/Fritz, Karsten/Seifert, Thomas (Hrsg.) 1997: Das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt. Bd. 2, Die wissenschaftliche Begleitung: Ergebnisse und Perspektiven (Das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt: fünfbändige Buchreihe zum Aktionsprogramm, hrsg. v. Jürgen Fuchs, Dieter Kreft, Rolf-Peter Löhr), Münster: Votum Verlag GmbH.
- Bohn, Irina 1997: Das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt. Ein vorläufiges Fazit über Praxis und Erfolge eines Sonderprogramms, in: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Evaluation der sozialpädagogischen Praxis. Qs Materialien zur Qualitätssicherung in der Kinder- und Jugendhilfe, Qs 11, Bonn: BMFSFJ, 61-72, https://www.univation.org/download/QS_11.pdf (Zugriff: 08.12.2019).
- Bohn, Irina/Däumling, Julia/Hallmann, Julia/Saßmannshausen, Jan (ISS e. V.)/Behn, Sabine/Karliczek, Kari-Maria/Sträter, Till/Stuppert, Wolfgang/Köhler, Jonas (Camino

- gGmbH) 2017: Dritter Zwischenbericht zum Berichtszeitraum 01.01.2017 - 31.12.2017 der Wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs „Partnerschaften für Demokratie“ im Programm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“, Frankfurt a. M./Berlin: ISS e. V. (Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V.)/Camino gGmbH (Werkstatt für Fortbildung, Praxisbegleitung und Forschung im sozialen Bereich gGmbH), https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/content/PDF-DOC-XLS/Abschlussberichte/Dritter_Zwischenbericht_PfD_2017.pdf (Zugriff: 04.01.2020).
- Bohn, Irina/Saßmannshausen, Jan/Kühnel, Sybille (ISS e. V.)/Behn, Sabine/Karliczek, Kari-Maria/Sträter, Till/Stuppert, Wolfgang/Köhler, Jonas (Camino gGmbH) 2016: Zweiter Zwischenbericht zum Berichtszeitraum 01.01.2016 - 31.12.2016 der Wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs „Partnerschaften für Demokratie“ im Programm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“, Frankfurt a. M./Berlin: ISS e. V. (Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V.)/Camino gGmbH (Werkstatt für Fortbildung, Praxisbegleitung und Forschung im sozialen Bereich gGmbH), https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/content/PDF-DOC-XLS/Abschlussberichte/Zweiter_Zwischenbericht_PB_A_2016.pdf (Zugriff: 04.01.2020).
- Bohn, Irina/Sassmanshausen [sic], Jan/Volf, Irina (ISS e. V.)/Behn, Sabine/Karliczek, Kari-Maria/Sträter, Till/Stuppert, Wolfgang (Camino gGmbH) 2015: Erster Zwischenbericht zum Berichtszeitraum 01.01.2015 - 31.12.2015 der Wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs „Partnerschaften für Demokratie“ im Programm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“, Frankfurt a. M./Berlin: ISS e. V. (Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V.)/Camino gGmbH (Werkstatt für Fortbildung, Praxisbegleitung und Forschung im sozialen Bereich gGmbH), https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/content/PDF-DOC-XLS/Abschlussberichte/Erster_Zwischenbericht_PB_A_2015.PDF (Zugriff: 04.01.2020).
- Bohn, Irina/Münchmeier, Richard 1997: Das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt. Bd. 1, Dokumentation des Modellprojektes (Das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt: fünfbändige Buchreihe zum Aktionsprogramm, hrsg. v. Jürgen Fuchs, Dieter Kreft, Rolf-Peter Löhr), Münster: Votum Verlag GmbH.
- Bohn, Irina/Kreft, Dieter/Weigel, Hans-Georg 1994: Zwei Jahre AgAG: Erfahrungen aus der praktischen Arbeit mit gewaltbereiten Jugendlichen. 2. Zwischenbericht zum AgAG 1994 (AgAG - Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt: Berichte und Materialien Nr. 4), Frankfurt a. M./Berlin: Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. (ISS)/Informations-, Fortbildungs- und Forschungsdienst Jugendgewaltprävention (IFFJ) des Vereins für Kommunalwissenschaften e.V.
- Butterwegge, Christoph/Hentges, Gudrun (Hrsg.) 2008: Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut. Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz, Opladen/Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich.
- Camino 2020: Über uns, Berlin: Camino - Werkstatt für Fortbildung, Praxisbegleitung und Forschung im sozialen Bereich gGmbH, <https://camino-werkstatt.de/ueber-uns> (Zugriff: 04.02.2020).

- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (Hrsg.) 2016a: Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Die Leipziger Mitte-Studie 2016, Originalausgabe, Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Eggers, Eva/Brähler, Elmar 2016b: Die „Mitte“-Studie 2016: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf, in: Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (Hrsg.): Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Die Leipziger Mitte-Studie 2016, Originalausgabe, Gießen: Psychosozial-Verlag, 23-66.
- Decker, Oliver/Brähler, Elmar 2016a: Vorwort, in: Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (Hrsg.): Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Die Leipziger Mitte-Studie 2016, Originalausgabe, Gießen: Psychosozial-Verlag, 7 f.
- Decker, Oliver/Brähler, Elmar 2016b: Autoritäre Dynamiken: Ergebnisse der bisherigen „Mitte“-Studien und Fragestellungen, in: Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (Hrsg.): Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Die Leipziger Mitte-Studie 2016, Originalausgabe, Gießen: Psychosozial-Verlag, 11-21.
- DeGEval 2020: Wir über uns. Mitglieder, Mainz: DeGEval (Gesellschaft für Evaluation e. V.), <https://www.degeval.org/ueber-uns/mitglieder/> (Zugriff: 25.01.2020).
- DeGEval 2017a: Standards für Evaluation. Erste Revision 2016, 1. Auflage, Mainz: DeGEval (Gesellschaft für Evaluation e. V.), https://www.degeval.org/fileadmin/Publikationen/DeGEval-Standards_fuer_Evaluation.pdf (Zugriff: 17.01.2020).
- DeGEval 2017b: Standards für Evaluation. Erste Revision 2016, Kurzfassung, Mainz: DeGEval (Gesellschaft für Evaluation e. V.), https://www.degeval.org/fileadmin/DeGEval-Standards/2019_07_10_DeGEval-Standards_Kurzfassung.pdf (Zugriff: 17.01.2020).
- Deutscher Bundestag 2019a: Deutscher Bundestag, Drucksache 19/7237, 19. Wahlperiode, 22.01.2019. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Grigorios Aggelidis, Katja Suding, Renata Alt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP – Drucksache 19/6852 – Planungen zur Demokratieförderung durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin: Deutscher Bundestag, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/072/1907237.pdf> (Zugriff: 04.11.2019).
- Deutscher Bundestag 2019b: Mediathek. Plenarsitzungen. 131. Sitzung vom 28.11.2019, Top I.16 Familien, Senioren, Frauen und Jugend. Gegenstand der Debatte: Beschlussempfehlungen und Berichte des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss), hier Einzelplan 17, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin: Deutscher Bundestag, <https://www.bundestag.de/mediathek?videoid=7404401#url=bWVkaWF0aGVrb3ZlcmxheT92aWRlb2lkPTc0MDQ0MDE=&mod=mediathek> (Zugriff: 18.03.2020).
- Deutscher Bundestag 2017: Deutscher Bundestag, Drucksache 18/12743, 18. Wahlperiode, 14.06.2017. Unterrichtung durch die Bundesregierung. Bericht der Bundesregierung über Arbeit und Wirksamkeit der Bundesprogramme zur Extremismusprävention,

Berlin: Deutscher Bundestag, <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/127/1812743.pdf> (Zugriff: 17.09.2019).

Deutscher Bundestag 2012: Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Textausgabe, Stand: November 2012, Berlin: Deutscher Bundestag.

DJI 2020: Projekt Programmevaluation „Demokratie leben!“ Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit, München (u. a.): DJI (Deutsches Jugendinstitut e. V.), <https://www.dji.de/ueber-uns/projekte/projekte/programmevaluation-demokratie-leben.html> (Zugriff: 03.01.2020).

Figlesthaller, Carmen/Greuel, Frank/Langner, Joachim/Leistner, Alexander/Roscher, Tobias/Schau, Katja/Steil, Armin/Walter, Elisa/Zimmermann, Eva 2019: Dritter Bericht: Modellprojekte. Programmevaluation „Demokratie leben!“ Wissenschaftliche Begleitung der Modellprojekte zu GMF, Demokratiestärkung und Radikalisierungsprävention. Zwischenbericht 2017, Halle (u. a.): DJI (Deutsches Jugendinstitut e. V.), https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/DemokratieLeben/Dritter_Bericht_MP_2017.pdf (Zugriff: 02.01.2020).

Frei, Norbert/Maubach, Franka/Morina, Christina/Tändler, Maik 2019: Viel Neues vom Alten. Die AfD und die langen Linien des bundesdeutschen Rechtsradikalismus, *Blätter für deutsche und internationale Politik* 64(2): 103–110.

Fuchs, Jürgen/Kreft, Dieter/Löhr, Rolf-Peter 1997a: Vorwort, in: Bohn, Irina/Münchmeier, Richard: Das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt. Bd. 1, Dokumentation des Modellprojektes (Das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt: fünfbändige Buchreihe zum Aktionsprogramm, hrsg. v. Jürgen Fuchs, Dieter Kreft, Rolf-Peter Löhr), Münster: Votum Verlag GmbH, 11-25.

Fuchs, Jürgen/Kreft, Dieter/Löhr, Rolf-Peter 1997b: Vorwort, in: Böhnisch, Lothar/Fritz, Karsten/Seifert, Thomas (Hrsg.): Das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt. Bd. 2, Die wissenschaftliche Begleitung: Ergebnisse und Perspektiven (Das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt: fünfbändige Buchreihe zum Aktionsprogramm, hrsg. v. Jürgen Fuchs, Dieter Kreft, Rolf-Peter Löhr), Münster: Votum Verlag GmbH, 11 f.

Giel, Susanne 2013: Theoriebasierte Evaluation - Konzepte und methodische Umsetzungen (Internationale Hochschulschriften, Bd. 584), Münster: Waxmann Verlag GmbH.

Greuel, Frank/Langner, Joachim/Leistner, Alexander/Roscher, Tobias/Schau, Katja/Steil, Armin/Zimmermann, Eva/Bischoff, Ursula 2016: Zweiter Bericht: Modellprojekte. Programmevaluation „Demokratie leben!“ Wissenschaftliche Begleitung der Modellprojekte zu GMF, Demokratiestärkung und Radikalisierungsprävention. Zwischenbericht für den Zeitraum 01.01.2016 bis 31.12.2016, München (u. a.): DJI (Deutsches Jugendinstitut e. V.), https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/DemokratieLeben/Zweiter_Bericht_Modellprojekte_2016.pdf (Zugriff: 17.09.2019).

Greuel, Frank/Langner, Joachim/Leistner, Alexander/Roscher, Tobias/Schau, Katja/Steil, Armin/Zimmermann, Eva/Bischoff, Ursula 2015: Erster Bericht: Modellprojekte. Programmevaluation „Demokratie leben!“ Wissenschaftliche Begleitung der

- Modellprojekte zu GMF, Demokratiestärkung und Radikalisierungsprävention. Zwischenbericht für den Zeitraum 01.01.2015 bis 31.12.2015, München (u. a.): DJI (Deutsches Jugendinstitut e. V.), https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/DemokratieLeben/Erster_Zwischenbericht_MP_2015.pdf (Zugriff: 17.09.2019).
- gsub - Projektgesellschaft mbH o. J.: BIK NETZ. Präventionsnetz gegen Rechtsextremismus. Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt (AgAG) - Hintergrundinformationen, Berlin: gsub - Projektgesellschaft mbH, https://www.vielfalt-mediathek.de/data/bi-knetz_agag_faktenblatt.pdf (Zugriff: 08.12.2019).
- Haubrich, Karin 2009a: Sozialpolitische Innovation ermöglichen: Die Entwicklung der rekonstruktiven Programmtheorie-Evaluation am Beispiel der Modellförderung in der Kinder- und Jugendhilfe (Internationale Hochschulschriften, Bd. 536), Münster: Waxmann Verlag GmbH.
- Haubrich, Karin 2009b: Rekonstruktive Programmtheorie - Evaluation multizentrischer Programme, *ZQF - Zeitschrift für Qualitative Forschung* 10(1): 79-95.
- Haubrich, Karin/Lüders, Christian/Struhkamp, Gerlinde 2007: Wirksamkeit, Nützlichkeit, Nachhaltigkeit. Was Evaluationen von Modellprogrammen realistisch leisten können, in: Schröder, Ute B./Streblov, Claudia (Hrsg.): Evaluation konkret: Fremd- und Selbstevaluationsansätze anhand von Beispielen aus Jugendarbeit und Schule, Opladen: Verlag Barbara Budrich, 183-201.
- Heinze, Franziska/König, Frank/Rehse, Alina/Schroeter, Ellen 2017: Dritter Bericht: Strukturentwicklung bundeszentraler Träger. Programmevaluation „Demokratie leben!“ Zwischenbericht 2017, München (u. a.): DJI (Deutsches Jugendinstitut e. V.), https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/DemokratieLeben/Dritter_Zwischenbericht_bzT_2017.pdf (Zugriff: 17.09.2019).
- Heinze, Franziska/König, Frank/Rehse, Alina/Reiter, Stefanie/Roscher, Tobias 2016: Zweiter Bericht: Strukturentwicklung bundeszentraler Träger. Programmevaluation „Demokratie leben!“ Zwischenbericht für den Zeitraum 01.01.2016 bis 31.12.2016, München (u. a.): DJI (Deutsches Jugendinstitut e. V.), https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/DemokratieLeben/Zweiter_Zwischenbericht_bzT_2016.pdf (Zugriff: 17.09.2019).
- Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) 2012a: Deutsche Zustände. Folge 10, 1. Auflage, Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Heitmeyer, Wilhelm 2012b: Vorwort, in: dems. (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 10, 1. Auflage, Berlin: Suhrkamp Verlag, 9-12.
- Heitmeyer, Wilhelm 2012c: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) in einem entscheidenden Jahrzehnt, in: dems. (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 10, 1. Auflage, Berlin: Suhrkamp Verlag, 15-41.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) 2003a: Deutsche Zustände. Folge 2, 1. Auflage, Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag.

- Heitmeyer, Wilhelm 2003b: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und empirische Ergebnisse aus 2002 sowie 2003, in: dems. (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 2, 1. Auflage, Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag, 13-32.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) 2002a: Deutsche Zustände. Folge 1, 1. Auflage, Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag.
- Heitmeyer, Wilhelm 2002b: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und erste empirische Ergebnisse, in: dems. (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 1, 1. Auflage, Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag, 15-34.
- Hellstern, Gerd-Michael/Wollmann, Helmut (Hrsg.) 1984: Handbuch zur Evaluierungsforschung, Band 1 (Schriften des Zentralinstituts für Sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin; Bd. 35), Opladen: Westdeutscher Verlag.
- IDA 2020: Vielfalt-Mediathek. Bildungsmaterialien gegen Rechtsextremismus, Menschenfeindlichkeit und Gewalt, Düsseldorf: IDA (Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit e. V.), <https://www.vielfalt-mediathek.de/> (Zugriff: 22.02.2020).
- ISS 2020: Institut. Kurzprofil, Frankfurt a. M.: ISS (Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V.), <https://www.iss-ffm.de/institut> (Zugriff: 04.02.2020).
- Krause, Daniela/Faulbaum, Frank 2016: Methodische Grundlagen der Erhebung, in: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Krause, Daniela: Gespaltene Mitte - Feindselige Zustände: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016 (hrsg. f. d. FES v. Ralf Melzer), Bonn: J. H. W. Dietz Nachf. GmbH, 23-31, <https://www.fes.de/index.php?eID=dump-File&t=f&f=40928&token=04be4a700d52812b4645874741ba3fde5f381a9a> (Zugriff: 06.03.2020).
- Krause, Daniela/Küpper, Beate/Zick, Andreas 2015: Zwischen Wut und Druck: Rechtspopulistische Einstellungen in der Mitte, in: Melzer, Ralf/Molthagen, Dietmar (Hrsg.)/Zick, Andreas/Küpper, Beate 2015: Wut, Verachtung, Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland, Bonn: Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH, 44-60.
- Küpper, Beate/Zick, Andreas/Krause, Daniela 2015: PEGIDA in den Köpfen - Wie rechtspopulistisch ist Deutschland?, in: Melzer, Ralf/Molthagen, Dietmar (Hrsg.)/Zick, Andreas/Küpper, Beate 2015: Wut, Verachtung, Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland, Bonn: Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH, 21-43.
- Lang, Kati 2016: Die „Härte“ des Rechtsstaats, in: Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (Hrsg.): Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Die Leipziger Mitte-Studie 2016, Originalausgabe, Gießen: Psychosozial-Verlag, 201-221.
- Mängel, Annett 2020: Nachhaltig gegen Rechts: Demokratieprojekte sichern, *Blätter für deutsche und internationale Politik* 65(1): 9-12.
- Melzer, Ralf 2016: Vorwort des Herausgebers, in: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Krause, Daniela: Gespaltene Mitte - Feindselige Zustände: Rechtsextreme Einstellungen in

- Deutschland 2016 (hrsg. f. d. FES v. Ralf Melzer), Bonn: J. H. W. Dietz Nachf. GmbH, 9-11, <https://www.fes.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=40928&to-ken=04be4a700d52812b4645874741ba3fde5f381a9a> (Zugriff: 06.03.2020).
- Melzer, Ralf/Molthagen, Dietmar (Hrsg.)/Zick, Andreas/Küpper, Beate 2015: Wut, Verachtung, Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland, Bonn: Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH.
- Melzer, Ralf/Molthagen, Dietmar 2015: Vorwort der Herausgeber, in: Melzer, Ralf/Molthagen, Dietmar (Hrsg.)/Zick, Andreas/Küpper, Beate: Wut, Verachtung, Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland, Bonn: Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH, 7-9.
- Merkel, Angela 1994: Sozialpädagogische Arbeit mit gewaltbereiten Jugendlichen - eine notwendige Gratwanderung, in: Bohn, Irina/Kreft, Dieter/Weigel, Hans-Georg: Zwei Jahre AgAG: Erfahrungen aus der praktischen Arbeit mit gewaltbereiten Jugendlichen. 2. Zwischenbericht zum AgAG 1994 (AgAG - Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt: Berichte und Materialien Nr. 4), Frankfurt a. M./Berlin: Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. (ISS)/Informations-, Fortbildungs- und Forschungsdienst Jugendgewaltprävention (IFFJ) des Vereins für Kommunalwissenschaften e.V., I-IV.
- Moser, Thomas 2019: Rechter Terror oder: Die doppelte Vertuschung, *Blätter für deutsche und internationale Politik* 64(8): 66-71.
- Puls, Hendrik 2018: „Die Rechte“: Von der Holocaustleugnung zum Terror, *Blätter für deutsche und internationale Politik* 63(11): 9-12.
- Regiestelle Vielfalt, gsub - Gesellschaft für soziale Unternehmensberatung mbH/Zentralstelle kompetent. für Demokratie, Stiftung Demokratische Jugend o. J.: Abschlussbericht der Bundesprogramme „Vielfalt tut gut. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ und „kompetent. für Demokratie - Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“, Förderphase 2007-2010, Berlin: Regiestelle Vielfalt, gsub - Gesellschaft für soziale Unternehmensberatung mbH/Zentralstelle kompetent. für Demokratie, Stiftung Demokratische Jugend, https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/content/PDF-DOC-XLS/Abschlussberichte/Abschlussbericht_barrierefrei.pdf (Zugriff: 10.12. 2019).
- Rich, Robert F. 1984: Zur Umsetzung von Forschung in politisches Handeln. Wie kann Evaluierung der Politik nützen?, in: Hellstern, Gerd-Michael/Wollmann, Helmut (Hrsg.): Handbuch zur Evaluierungsforschung, Band 1 (Schriften des Zentralinstituts für Sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin; Bd. 35), Opladen: Westdeutscher Verlag, 557-589.
- Roßbach, Henrike 2019: Fördermittel. Fast 140 Demokratie-Initiativen gehen leer aus, Berlin: Süddeutsche Zeitung, <https://www.sueddeutsche.de/politik/demokratie-leben-giffey-forderprogramm-1.4698069> (Zugriff: 27.11.2019).
- Schramm, Simon 2019: Programm „Demokratie leben [sic]“. Fördermittel werden nicht erhöht, Berlin: taz, <https://taz.de/Programm-Demokratie-leben/!5642359/> (Zugriff: 27.11.2019).

- Schröder, Ute B./Streblow, Claudia (Hrsg.) 2007: Evaluation konkret: Fremd- und Selbstevaluationsansätze anhand von Beispielen aus Jugendarbeit und Schule, Opladen: Verlag Barbara Budrich.
- Steinhagen, Martín 2019: Lübcke-Mord: Terror aus dem „führerlosen Widerstand“?, *Blätter für deutsche und internationale Politik* 64(8): 61-65.
- Stockmann, Reinhard 2017: Die Zukunft der Evaluation in modernen Wissensgesellschaften, in: Stockmann, Reinhard/Meyer, Wolfgang (Hrsg.): Die Zukunft der Evaluation. Trends, Herausforderungen, Perspektiven (Sozialwissenschaftliche Evaluationsforschung, Bd. 13), Münster: Waxmann Verlag GmbH, 35-52.
- Stockmann, Reinhard (Hrsg.) 2000a: Evaluationsforschung. Grundlagen ausgewählter Forschungsfelder (Sozialwissenschaftliche Evaluationsforschung, Bd. 1), Opladen: Leske + Budrich.
- Stockmann, Reinhard 2000b: Evaluation in Deutschland, in: ders. (Hrsg.): Evaluationsforschung. Grundlagen ausgewählter Forschungsfelder (Sozialwissenschaftliche Evaluationsforschung, Bd. 1), Opladen: Leske + Budrich, 11-40.
- Stockmann, Reinhard/Meyer, Wolfgang (Hrsg.) 2017: Die Zukunft der Evaluation. Trends, Herausforderungen, Perspektiven (Sozialwissenschaftliche Evaluationsforschung, Bd. 13), Münster: Waxmann Verlag GmbH.
- Stockmann, Reinhard/Meyer, Wolfgang 2014: Evaluation. Eine Einführung, 2., überarbeitete und aktualisierte Auflage, Opladen (u. a.): Verlag Barbara Budrich.
- Strobl, Rainer/Lobermeier, Olaf/Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) 2012: Evaluation von Programmen und Projekten für eine demokratische Kultur, Wiesbaden: Springer VS.
- von Lucke, Albrecht 2018: Nächste Ausfahrt Weimar? Die Republik nach Chemnitz, *Blätter für deutsche und internationale Politik* 63(10): 5-8.
- Wholey, Joseph S. 1987: Evaluability Assessment. Developing Program Theory, in: Bickman, Leonard (Hrsg.): Using Program Theory in Evaluation. New Directions for Program Evaluation (Nr. 33), San Francisco/London: Jossey-Bass, 77-92.
- Widmer, Thomas 2012: Wirkungsevaluation zu Maßnahmen der Demokratieförderung, in: Strobl, Rainer/Lobermeier, Olaf/Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Evaluation von Programmen und Projekten für eine demokratische Kultur, Wiesbaden: Springer VS, 41-68.
- Widmer, Thomas 2000: Qualität der Evaluation - Wenn Wissenschaft zur praktischen Kunst wird, in: Stockmann, Reinhard (Hrsg.): Evaluationsforschung. Grundlagen ausgewählter Forschungsfelder (Sozialwissenschaftliche Evaluationsforschung, Bd. 1), Opladen: Leske + Budrich, 77-102.
- Widmer, Thomas/Frey, Kathrin 2006: Evaluation von Mehrebenen-Netzwerkstrategien, *Zeitschrift für Evaluation* 5(2): 287-316.

- Wiesner, Reinhard 2012: Sozialgesetzbuch - 8. Buch. Kinder- und Jugendhilfe, in: BMAS (Hrsg.): Übersicht über das Sozialrecht, 9. Auflage, Bonn/Nürnberg: BMAS/BW Bildung und Wissen, Verlag und Software GmbH, 565-586.
- Zick, Andreas/Küpper, Beate/Krause, Daniela 2016: Gespaltene Mitte - Feindselige Zustände: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016 (hrsg. f. d. FES v. Ralf Melzer), Bonn: J. H. W. Dietz Nachf. GmbH, <https://www.fes.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=40928&token=04be4a700d52812b4645874741ba3fde5f381a9a> (Zugriff: 06.03.2020).
- Zick, Andreas/Krause, Daniela/Berghan, Wilhelm/Küpper, Beate 2016a: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland 2002-2016, in: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Krause, Daniela: Gespaltene Mitte - Feindselige Zustände: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016 (hrsg. f. d. FES v. Ralf Melzer), Bonn: J. H. W. Dietz Nachf. GmbH, 33-81, <https://www.fes.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=40928&token=04be4a700d52812b4645874741ba3fde5f381a9a> (Zugriff: 06.03.2020).
- Zick, Andreas/Krause, Daniela/Küpper, Beate 2016b: Rechtspopulistische und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland, in: dens.: Gespaltene Mitte - Feindselige Zustände: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016 (hrsg. f. d. FES v. Ralf Melzer), Bonn: J. H. W. Dietz Nachf. GmbH, 111-142, <https://www.fes.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=40928&token=04be4a700d52812b4645874741ba3fde5f381a9a> (Zugriff: 06.03.2020).
- Zick, Andreas/Küpper, Beate 2015: Einleitung: Der Dreiklang aus Wut, Verachtung und Abwertung, in: Melzer, Ralf/Molthagen, Dietmar (Hrsg.)/Zick, Andreas/Küpper, Beate: Wut, Verachtung, Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland, Bonn: Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH, 11-14.